

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 37 vom 11. September 1981

15. Jahrgang

1 DM

Haushalt 82

Widerstand gegen Bonner Sparprogramm

Warnstreiks im öffentlichen Dienst

BONN. — Neue Angriffe auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen sind bei den abschließenden Beratungen der Bundesregierung über den Haushalt für 1982 beschlossen worden — darunter Streichungen beim Kindergeld, eine Kürzung der Beamtengehälter und ein weiterer Abbau der Leistungen für Arbeitslose.

Führende SPD-Politiker, wie etwa Willy Brandt, versuchen jetzt das Gesamtergebnis der Haushaltsberatungen als „sozial erträglich“ zu rechtfertigen — eine unerträgliche Verhöhnung der arbeitenden Menschen, denen durch die Beschlüsse der letzten Woche neue Lasten aufgebürdet wurden. Tatsächlich sind alle wesentlichen Forderungen des DGB an den neuen Haushalt unberücksichtigt geblieben; stattdessen haben Lambsdorff und Genscher ihre Vorstellungen von einer grundlegenden Wende in der Haushaltspolitik (drastischer Sozialabbau zugunsten von Geschenken für die Unternehmer) weitgehend durchsetzen können.

Das von der SPD großtönend für unverzichtbar erklärte „Beschäftigungsprogramm“ ist jetzt endgültig vom Tisch. Es wird keine Maßnahmen im sozialen Wohnungsbau geben. Dafür wurden in der vergangenen Woche neue Investitionsanreize für die Kapitalisten in Aussicht gestellt. Der Einstieg in eine tiefgehende Beschneidung der Leistungen bei Arbeitslosigkeit ist vollzogen worden. Und Möglichkeiten des Abbaus der Lohnfortzahlung werden jetzt im Auftrag der Bundesregierung überprüft. (Siehe auch Seite 2.)

Angesichts dieser Tatsachen ist die Reaktion der DGB-Spitze auf die neuen Beschlüsse völlig unzureichend. Der DGB-Bundesausschuss begnügte sich damit, diese Beschlüsse als „sozial unausgewogen und beschäftigungspolitisch negativ“ zu kommentieren. Der IGM-Vorsitzen-

de Loderer forderte immerhin noch eine Revision der Bonner Beschlüsse. Durch Protesterkklärungen allein jedoch wird eine solche Revision nicht durchzusetzen sein. Dazu muß schon die gewerkschaftliche Kampfkraft massiv eingesetzt werden.

Im öffentlichen Dienst kam es in der vergangenen Woche schon zu ersten Kampfaktionen. Bereits am Dienstag waren rund tausend Kollegen in Offenbach in einen kurzfristigen Warnstreik getreten. Am Freitag legten auch in Kassel 300 Arbeiter und Angestellte bei den Verkehrsbetrieben für eine dreiviertel Stunde die Arbeit nieder. Konkret richteten sich diese Aktionen gegen das den Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufgebürdete „Sonderopfer“: Gehaltskürzung und Besoldungsstopp sind für Beamte schon beschlossen und sollen

nach dem Willen der Bundesregierung auch auf Arbeiter und Angestellte ausgeweitet werden.

Das ist nicht zuletzt auch ein klarer Angriff auf die Tarifautonomie, den die ÖTV nach den Worten ihres Vorsitzenden Kluncker „mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bekämpfen“ will. Und nach wie vor besteht ja auch die Absicht der Bundesregierung, wenn ihr im öffentlichen Dienst ein Durchbruch gelingt, einen dreimonatigen Lohn- und Gehaltsstopp auch in der privaten Wirtschaft durchzusetzen. Neben dem in Bonn beschlossenen Abbau der Sozialleistungen soll den Werktätigen also auch noch eine weitere Reallohnsenkung aufgezwungen werden. Das bestätigte Bundeskanzler Schmidt am Wochenende erneut, als er den Abbau der Reallohne das „richtige Rezept“ nannte.

Nieder mit der faschistischen Junta in der Türkei!

Ein Jahr ist es jetzt her, daß die türkischen faschistischen Generale mit ihrem Militärputsch die letzten politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Werktätigen der Türkei beseitigten. Seitdem herrschen im ganzen Land Folter, Mord und Verfolgung. Am Samstag, den 12. September, findet aus Anlaß dieses Jahrestags eine Demonstration in Duisburg statt, zu der auch die KPD aufruft.

In diesem Jahr ist der Widerstand gegen die Junta gewachsen, sind sich viele Menschen in ganz Europa des Charakters dieser Junta bewußter geworden. Die Anfangs so wirksame Propaganda, es handele sich bei dem Militärputsch um eine Maßnahme gegen den Terrorismus, verlor immer mehr an Glaubwürdigkeit, je mehr Nachrichten aus dem Land bewiesen, daß der Terror der Junta der Arbeiterbewegung, der revolutionären Bewegung gilt.

Der Druck der internationalen demokratischen Öffentlichkeit hat dazu geführt, daß die Geldgeber der türkischen Faschisten ihre Leute in Ankara verstärkt dazu drängten, die sogenannte „Rückkehr zur Demo-

kratie“ zu versprechen. Zu diesem Vorgehen, daß die Werktätigen der Türkei und die Weltöffentlichkeit täuschen soll, erklärt die Auslandsorganisation der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (TDKP) aus Anlaß dieses Jahrestags unter anderem:

„Das konstitutionelle Parlament, das angeblich die neue Verfassung ausarbeiten und die notwendigen Vorbereitungen für den Übergang zum parlamentarischen System treffen soll, wird ein faschistisches Organ sein, das den Befehlsregeln der ‚Fünferbände‘ (die fünf Mitglieder des jetzigen nationalen Sicherheitsrats — d. Red.) unterliegen wird. Dieses Parlament, das die fünf Generale



Solidarität mit DDR-Genossen.

Bei den gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen zum diesjährigen Antikriegstag verbreiteten Genossen der KPD überall ein Flugblatt, das zur Solidarität mit den in der DDR inhaftierten Kommunisten aufruft. Teilweise wurden — wie hier auf dem Bremer Friedensfest — auch Informationsstände aufgebaut. In Kiel organisierten die Genossen bei einem vom AstA der Universität und den Jusos veranstalteten Friedenskongreß eine Unterschriftensammlung, bei der über achtzig Teilnehmer des Kongresses ihre Solidarität mit den inhaftierten Kommunisten in der DDR bekundeten.

Nach Antikriegstags-Demonstration

Polizeikrawalle in Westberlin

Schwere Krawalle provozierte die Polizei am Rande der Friedensdemonstration des DGB zum Antikriegstag, an der sich etwa 16 000 Westberliner beteiligten. Dabei sind — wie schon bei den sogenannten Bremer Krawallen im vergangenen Jahr — als „Chaoten“ verkleidete Polizei-Provokateure aufgetreten.

Augenzeugen berichteten beispielsweise von einem Mann in einer schwarzen Lederjacke, der Auseinandersetzungen mit dem Ruf anheizte: „Die Bullen kommen, schmeißt Steine!“ Später verfolgte der gleiche Mann mit gezogener Pistole Demonstranten. Die Polizei mußte inzwischen zugeben, daß mehrere verkleidete Beamte im Einsatz waren. Diese Provokateure hatten sich zum Teil mit Knütteln ausgerüstet, einige hatten das Anarchistenzeichen oder das Kraw-

ker-Zeichen am Motorradhelm oder trugen Plaketten der Alternativen Liste (AL).

Reporter, die diese Provokateure fotografieren wollten, wurden von Polizisten angegriffen. Mit auch für Westberliner Verhältnisse ungewöhnlicher Brutalität ging die Justiz gegen festgenommene Demonstranten vor: Gegen elf von 17 wurde Haftbefehl erlassen; neun Demonstranten sitzen jetzt in Untersuchungshaft.

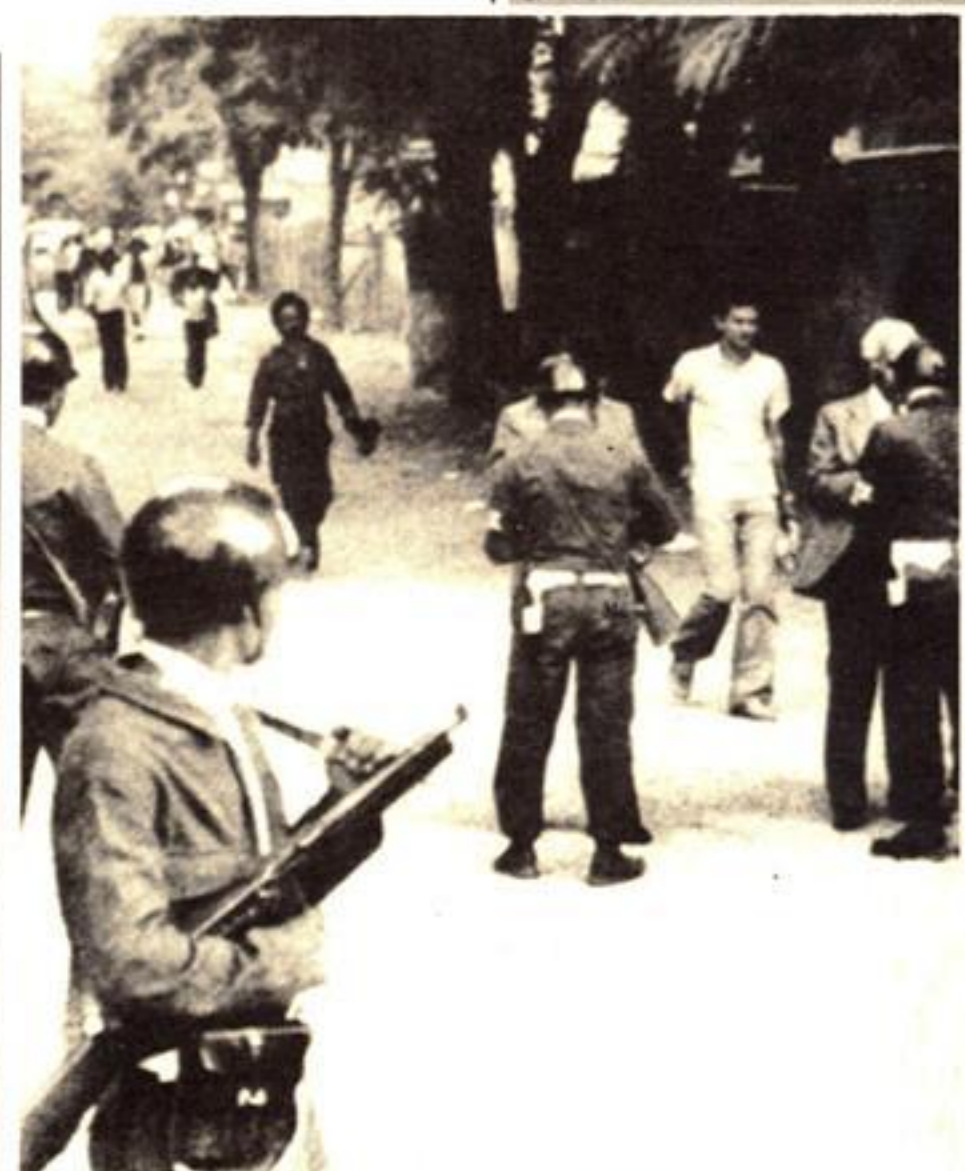
Demo gegen Haig

Am kommenden Wochenende wird Reagans Außenminister, der Exgeneral Haig („Es gibt wichtigeres als den Frieden“) nach Westberlin kommen.

Ein breites Aktionsbündnis, dem auch unsere Partei angehört, hat aus diesem Anlaß zu einer Demonstration aufgerufen:

- gegen Großmachtwahn, NATO-„Nachrüstung“ und Neutronenbombe
 - gegen den Abbau sozialer Leistungen und Erhöhung der Militärausgaben
 - für wirkliche und sofortige Abrüstung
 - für ein atomwaffenfreies Europa
 - für die Ächtung und Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen in der ganzen Welt
- Sonntag, 13. September 11 Uhr
Olivaer Platz

Nieder mit der faschistischen Junta in der Türkei
Demonstration
12. September
11.00 Uhr
Duisburg
August-Bebel-Platz



Militärkontrolle in der Türkei

Nieder mit der faschistischen Militärjunta!
Freiheit für die Türkei!
Für eine unabhängige und demokratische Türkei!

Bundesregierung beschließt Haushaltsentwurf

Neue Schnitte ins „soziale Netz“

BONN. — Bei den Unterhändlern der FDP in den Haushaltsberatungen machte sich in der vergangenen Woche Verwunderung breit. Verwunderung über die Koalitionspartner von der SPD, „die zu schlucken bereit sind, was wir uns im Traum nie vorgestellt haben.“ Tatsächlich war die SPD-Spitze immer mehr auf die harte Linie von Genscher und Lambsdorff eingeschwenkt, die durch rigorosen Sozialabbau einen radikalen „Kurswechsel vom Sozialkonsum zu den Investitionen“ erzwingen sollen.

Exemplarisch deutlich wurde die Kapitulation der SPD-Politiker an der Frage des sogenannten Beschäftigungsprogramms und der Ergänzungsabgabe, die zu seiner Finanzierung dienen sollte. Man kann wohl davon ausgehen, daß diese beiden Maßnahmen auch im Mittelpunkt der Geheimverhandlungen standen, die Schmidt und andere SPD-Führer vor Beginn der Haushaltsberatungen mit der DGB-Spitze geführt haben.

Allerdings hatte der DGB eine Ergänzungsabgabe ausschließlich für die Bezieher höherer Einkommen gefordert. Die SPD-Führung dagegen hatte daraus schon in der vorletzten Verhandlungsrunde über den Haushalt eine Sondersteuer auf alle Einkommen gemacht, eine Steuer also, die damit vor allem die Werktätigen belastet hätte. Schmidt persönlich ließ sich damals eine zeitlang als geistiger Vater dieser Idee einer allgemeinen Sondersteuer feiern. Wie gesagt sollte mit der Ergänzungsabgabe ein „Beschäftigungsprogramm“ finanziert werden, von dem die SPD behauptete, es wäre geeignet, der wachsenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Mehrere Male betonten die SPD-Führer, die Verabschiedung eines solchen „ins Gewicht fallenden Beschäftigungsprogramms“ wäre die unabdingbare Voraussetzung für die Zustimmung der SPD zu den von der FDP geforderten Kürzungen bei Sozialleistungen in den verschiedenen Bereichen. Was dann aber von den beiden Bonner Koalitionspartnern vereinbart wurde, war schon alles andere als ein „ins Gewicht fallendes Beschäftigungsprogramm“. Es war eine Farce, ein Ausgabenkatalog mit einem Rahmen von ganzen 1,5 Milliarden Mark, die auf einige staatliche Aufträge verteilt wurden, zum großen Teil aber als Subventionen für die Unternehmer verteilt werden sollten. SPD-Politiker hatten damals schon deutlich zu verstehen gegeben, daß dieses „Beschäftigungspro-

gramm“ nur Alibi-Funktion haben sollte, um die Gewerkschaften zu beruhigen und um wenigstens vorzuspiegeln, daß Bonn Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergreifen würde.

Und inzwischen sieht nun alles wieder völlig anders aus. Bei den Beratungen am vorletzten Sonntag, an denen neben Schmidt, Matthöfer und Ehrenberg (SPD), Genscher und Lambsdorff (FDP) auch Bundesbankpräsident Pöhl und Ex-Minister Schiller teilnahmen, wurde sogar dieses Alibi-Programm vom Tisch gewischt. Mit der Begründung übrigens, es wäre nicht nur wirtschaftlich wirkungslos, sondern auch „psychologisch schädlich“. Und das bedeutet ja im Klartext, daß jetzt allein schon der Anspruch an den Bonner Staat, die Erwartung, er solle die Massenarbeitslosigkeit mit staatlichen Maßnahmen bekämpfen, zu einem schädlichen Faktor erklärt wird. Ein eindeutiger Schlag gegen die DGB-Führung, die gerade die Einleitung solcher Maßnahmen immer wieder gefordert hat.

Koalition in der Krise

Am vergangenen Mittwoch kamen dann die Haushaltsberatungen zwischen den Bonner Koalitionsparteien an einen kritischen Punkt, über den beispielsweise die „Süddeutsche Zeitung“ zu vermelden mußte: „Gegen 11.00 Uhr abends sah es nach Angaben von Beteiligten sogar danach aus, als scheiterte nicht nur die Einigung über den Etat, sondern die Regierungskoalition“. Die „Bild“-Zeitung hatte an diesem Tag sogar mit der sensationellen „Enthüllung“ aufgemacht, daß die FDP-Spitzen schon konkrete Verhandlungen mit der CDU über die Bildung einer neuen gemeinsamen Regierung aufgenommen hätten. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Genscher und Lambsdorff tatsächlich den Absprung aus der jetzigen Koalition erwogen haben oder ob es sich hier nur um ein gezieltes Erpressungsmanöver gegenüber dem „Regierungspartner“ gehandelt hat. Tatsache ist jedenfalls, daß die FDP-Bosse mit dem von ihnen angestrebten radikalen „Kurswechsel“ in der Haushaltspolitik haargenau auf der Linie der Forderungen liegen, die von allen Unternehmerverbänden in ungewöhnlicher Lautstärke erhoben worden sind.

Das gilt auch für die beiden konkreten Punkte, an denen die Haushaltsberatungen Mitte der

letzten Woche zu scheitern drohten: nämlich die Forderungen der FDP-Unterhändler nach einer Senkung des Arbeitslosengeldes und nach der Beschneidung der Lohnfortzahlung. In diesen Punkten ist nun innerhalb der Bundesregierung keineswegs eine Einigung erzielt worden. Man hat eine endgültige Entscheidung nur aufgeschoben. Genscher gab zu Protokoll, daß es sich die FDP vorbehalte, bei einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation (die mit Sicherheit eintreten wird) die Kürzung des Arbeitslosengeldes wieder auf's Tapet zu bringen.

Aber auch bei den jetzt schon gefaßten Beschlüssen zum Haushalt '82 zeigt sich deutlich, daß der von den Kapitalistenverbänden geforderte und von Genscher und Lambs-

Arbeitslosenversicherung. Unabhängig von der bislang noch ausgeklammerten Frage einer generellen Kürzung der Bezüge sind auch hier letzte Woche schon konkrete Entscheidungen gefallen, die als Auftakt zu einem drastischen Angriff auf die Leistungen für Arbeitslose verstanden werden müssen und die bei den unmittelbar Betroffenen zu erheblicher materieller Not führen werden.

Die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld ist auf diejenigen eingengt worden, die zwölf Monate lang (bisher drei Monate) Beiträge für die Versicherung gezahlt haben. Damit verlieren beispielsweise Saisonarbeiter, die nicht das ganze Jahr über beschäftigt sind, alle Ansprüche auf Leistungen.

Die Sperrzeiten wurden von vier auf acht Wochen verdoppelt. Wer also ein Beschäftigungsverhältnis selbst kündigt oder wer eine vom Arbeitsamt vermittelte Arbeit ablehnt, erhält jetzt zwei Monate lang keine Zahlungen.

Für ledige Umschüler wird das Unterhaltsgeld von 85 auf 68 Prozent des früheren Einkommens gekürzt. Außerdem werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 300 Millionen Mark zusammengestrichen.

Durch diese jetzt beschlossenen Maßnahmen werden im

programm, auf alle staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen und fördert stattdessen die Einführung von Technologien, die sich als bewährte Mittel zum Abbau von Arbeitsplätzen erwiesen haben.

Wohnungsbau. Nach den Beschlüssen der letzten Woche werden nun für den sozialen Wohnungsbau endgültig keine Mittel bereitgestellt. Stattdessen können die Eigentümer von Mietshäusern künftig zusätzlich kassieren. Die Abschreibungsätze für Wohn- und Wirtschaftsgebäude werden um 1,5 auf 5 Prozent erhöht.

Senkung des Nominal-einkommens

Öffentlicher Dienst. Hier hat das lange propagandistisch vorbereitete „Sonderopfer“ nun endgültig Gestalt angenommen. Zum einen bleibt es bei dem schon früher von den Bonner Koalitionsparteien verabredeten Besoldungsstopp für Beamte von drei Monaten. Eine entsprechende Regelung soll auch für Arbeiter und Angestellte getroffen werden.

Die früher vereinbarte Kürzung der Ortszuschläge entfällt, dafür werden jedoch alle Bezüge einmalig um 1 Prozent des An-

sundheitswesens. Hier bleibt es bei den schon beschlossenen Maßnahmen (der „Rote Morgen“ berichtete darüber), durch die den kranken Werktätigen durch höhere Rezeptgebühren, höhere Fahrtkostenanteile, Einsparungen bei Kuren usw. eine runde Milliarde Mark zusätzlich aus der Tasche gezogen wird.

Das Spiel mit dem „kleineren Übel“

Nach dem Bekanntwerden der neuen Beschlüsse zum Haushalt gab es auch innerhalb der SPD Proteste. So erklärten beispielsweise die sozialdemokratischen Betriebsräte aus mehreren Großbetrieben in Südhessen in einem gemeinsamen Protestbrief an Schmidt, es sei ihnen kaum noch möglich, „die derzeitige Diskussion in der Bundesregierung den Kollegen zu vermitteln.“

Das ist ja nur zu verständlich. Die SPD-Führung hat sich in den Haushaltsberatungen wieder einmal als Sachverwalterin der Kapitalinteressen gezeigt. Sie hat alle gewerkschaftlichen Forderungen in den Wind geschlagen und über den Staatshaushalt eine Umschichtung der Einkommen der Werktätigen zugunsten der Monopole — und nicht zuletzt der Rüstungskonzerne — in die Wege geleitet, wie sie in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig dasteht. Und wie immer, wenn die Basis murrte, bringen sich die SPD-Bosse auch jetzt wieder als das „kleinere Übel“ ins Spiel. Brandt etwa warnte unverhohlen mit dem Machtantritt des „Tandems Stauß/Kohl“, wenn die Partei den Haushaltsbeschlüssen ihre Zustimmung verweigern würde.

Und es ist schon jetzt abzusehen, daß sich dieses Spiel in Zukunft ständig wiederholen wird. Denn die Kapitalistenverbände sind selbst mit dem jetzt von der Bundesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf noch nicht zufrieden. Der BDI bemängelte, es sei der Bundesregierung nicht gelungen, Haushaltsbereiche mit besonders dynamischer Ausgabenentwicklung (gemeint sind die sozialen Bereiche) unter Kontrolle zu bringen. Der Bundesverband Deutscher Banken forderte eine weitere „Einschränkung unproduktiver Staatsausgaben“, Wolff von Amerongen, der Boß des Deutschen Industrie- und Handelstages, erklärte, von einer Sanierung der Staatsfinanzen könne noch lange keine Rede sein.

Die Bosse wollen also noch mehr, noch tiefere Einschnitte ins „soziale Netz“. Und wenn es dann soweit ist, wenn etwa der Abbau des Arbeitslosengeldes und der Lohnfortzahlung konkret zur Entscheidung ansteht, werden bei der SPD-Führung wieder einige vorher für „unverzichtbar“ erklärten Positionen über Bord gehen. Und dann wird Brandt sich vielleicht erneut hinstellen und sagen, man habe ja nur die Koalition retten und Schlimmeres verhüten wollen.

Aber dieses Spiel der SPD-Führer hat eben als ganz reale Auswirkung den rapiden Abbau des sozialen Besitzstandes der Werktätigen zur Folge. Und so gilt es zu verhindern, daß der DGB das Spiel mit dem „kleineren Übel“ mitmacht. Nicht irgendeine falsche Rücksichtnahme auf die Bonner Koalition ist angebracht; notwendig ist vielmehr die Organisation gewerkschaftlicher Kampfaktionen. Nur so kann der vom Kapital und seiner Regier in Gang gesetzte Generalangriff auf unseren Besitzstand noch gestoppt werden.



Minister Lambsdorff, Matthöfer, Ehrenberg.

dorff nachdrücklich angestrebte „Kurswechsel“ bereits zu einem großen Teil Wirklichkeit geworden ist:

Den Werktätigen nehmen — den Kapitalisten geben

Lohnfortzahlung: An den Innen-, den Justiz- und den Arbeitsminister ist ein „Prüfungsauftrag“ vergeben worden. Sie sollen untersuchen, ob ein Abbau der Lohnfortzahlung in der Form möglich ist, daß davon Arbeiter, Angestellte und Beamte gleichermaßen betroffen sind. Mit diesem „Prüfungsauftrag“ hat auch die SPD-Führung ihren Widerstand gegen Beschneidungen der Lohnfortzahlung aufgegeben. Finanzminister Matthöfer ist sogar noch einen Schritt weitergegangen und hat sein Einverständnis mit den Forderungen der FDP (Einführung von Karenztagen, bzw. Senkung der Zahlungsquote bei der Lohnfortzahlung) für den Fall zu verstehen gegeben, daß durch diese Maßnahmen nicht nur die Arbeiter betroffen wären. Das ist, nebenbei, ein typisches Beispiel dafür, was die SPD-Bosse unter „sozialer Ausgewogenheit“ verstehen: Wenn schon durch solcherlei reaktionäre Maßnahmen Krankheit zusätzlich bestraft werden soll, dann sollen gefälligst alle Werktätigen gemeinsam schön ausgewogen davon betroffen sein!

nächsten Jahr 345 Millionen und 1983 sogar 645 Millionen Mark eingespart. Insgesamt haben die Bonner Sparkommissare nun sage und schreibe vier Milliarden Mark im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit gekürzt. Um vier Milliarden werden die Arbeitslosen (und auf Umwegen auch die Rentner) bestohlen, damit unter anderem der Rüstungshaushalt auch im nächsten Jahr wieder kräftig ausgebaut werden kann, damit — wie auch die nächsten hier angeführten Beschlüsse zeigen — immer neue Quellen aufgetan werden können, aus denen der Strom der Geschenke für die Kapitalisten fließen kann.

Investitionsanreize. Wie schon oben erwähnt, ist das von der SPD ursprünglich geforderte „Beschäftigungsprogramm“ nun endgültig gestorben. Aber alles, was in diesem Programm an unmittelbaren „Anreizen“ für die Kapitalisten enthalten war, soll trotzdem verwirklicht werden. Das betrifft beispielsweise eine weitere Verbesserung der degressiven Abschreibung, Subventionen für Exporte in Entwicklungsländer, die Förderung der optischen Nachrichtentechnik, die Aufstockung des Kapitals der Kreditanstalt für Wiederaufbau und auch die staatliche Subventionierung der Einführung von Mikroelektronik.

Auch das ist eine glatte Provokation der Gewerkschaften: Man verzichtet also auch noch auf das Mini-„Beschäftigungs-

fangsgrundgehalts gekürzt. Damit ist zum ersten Mal in der neueren Geschichte eine Senkung nicht nur des Real-, sondern sogar des Nominal Einkommens verfügt worden. Wenn das auch als einmaliges „Opfer“ deklariert wird, so liegt es doch auf der Hand, daß — wenn dieses eine Mal nicht am Widerstand der Gewerkschaft scheitert — der Bonner Staat bei der unausweichlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage sich immer wieder am Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst vergreifen wird, und daß zudem auch die Privatkapitalisten Appetit auf „Sonderopfer“ dieser Art bekommen werden.

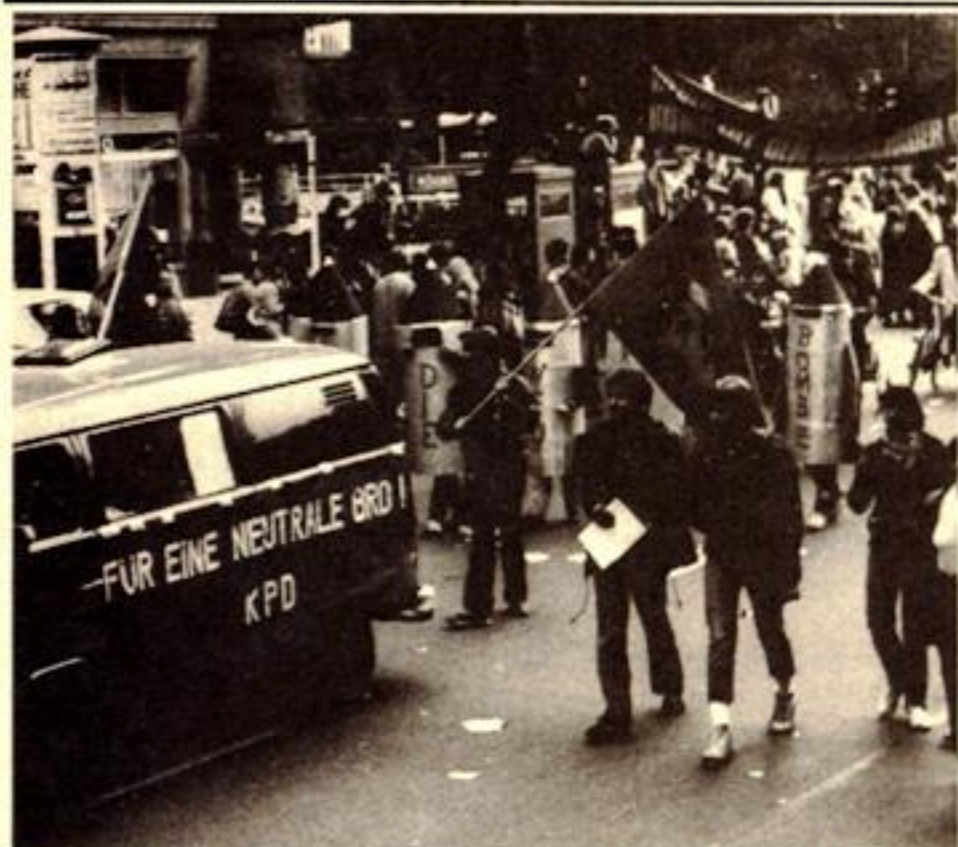
Kindergeld. Für das zweite und dritte Kind werden je 20 Mark im Monat gestrichen. Eine Regelung, nach der Kürzungen beim Kindergeld nur die Bezieher hoher Einkommen treffen würden, ist ausdrücklich abgelehnt worden. Begründung: der Verwaltungsaufwand wäre zu groß. Wenn es darum geht, die Reichen zu schonen und den Werktätigen immer neue Lasten aufzubürden, fällt den Herren in Bonn stets etwas ein.

Steuern. Nach der Tabak- und Sektsteuer wird nun auch die Brantweinsteuer erhöht — schon zum zweiten Mal in diesem Jahr. Die Flasche Schnaps wird sich dadurch je nach Alkohol-Prozenten um eine bis 1,50 Mark verteuern.

Kostendämpfung im Ge-

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



Westberlin: Blick auf den Block der KPD innerhalb der Demonstration der 20000 zum Antikriegstag.



Westberlin: Auch hier unter den Teilnehmern viele betriebliche Gewerkschaftsorganisationen — aufgerufen hatten die Gewerkschaften HBV und GEW.



Hannover: Die KPD verbreitete auch in Hannover die Forderung nach Neutralität der beiden deutschen Staaten.



Frankfurt: Friedensfest in Frankfurt.



Emden: Auch in Emden beteiligten sich mehrere hundert Menschen an der Antikriegstagsdemonstration.



Detmold: Die KJD auf der Demonstration, an der sich fast 1000 Menschen beteiligten.

Antikriegstag im Zeichen von Großdemonstrationen

Das auffälligste am diesjährigen Antikriegstag waren ohne Zweifel die großen Massendemonstrationen, die landauf, landab organisiert worden waren. Sei es wie in Bremen, wo mit rund 25000 Teilnehmern die größte Demonstration seit Jahren stattfand, sei es in Hamburg und Westberlin wo sich jeweils rund 20000 Menschen zusammenfanden. Neben diesen großen Demonstrationen gab es aber auch die 5000 Menschen in Kassel, die 3000 von Kiel und Offenbach, gab es in zahlreichen Städten die größten Antikriegsdemonstrationen und Kundgebungen seit langem, gab es in Nürnberg, Aachen und Heilbronn jeweils über 1000 Menschen, die sich versammelten.

Im Zeichen von Großdemonstrationen heißt denn auch weniger die drei bis vier Aktionen, an denen sich Zehntausende beteiligten, wenn man die begleitenden oder vorausgehenden Friedensfeste berücksichtigt auch Hunderttausende, sondern heißt vor allem, daß es in nahezu allen größeren Städten solche Aktionen gab, daß dort wo letzte Jahr nichts war diesmal Hunderte waren, dort, wo im letzten Jahr Hunderte waren diesmal Tausende. Selbst wenn man nicht in Rechnung stellt, daß die Antikriegsaktionen in verschiedenen Orten noch fortgesetzt werden, daß kein völliger Überblick da ist, kann man ohne den geringsten Zweifel festhalten, daß dies der größte Antikriegstag in den letzten 20 Jahren war.

Auffallend daran war, daß auf diesen, meistens vom DGB organisierten Aktionen immer wieder die zentrale Friedensdemonstration am 10. Oktober Thema war, daß dort immer wieder auch Gewerkschaftsvertreter dazu aufriefen, sich in Bonn zu beteiligen,

daß in anderen Städten dieser Aufruf von solchen Leuten, die der Anweisung des DGB-Bundesvorstands folgten, nicht unterdrückt werden konnte.

Während der DGB-Bundesvorstand selbst auf seiner zentralen Veranstaltung mit geladenen Gästen sich einmal mehr als Fürsprecher der jetzigen Bundesregierung betätigte, war auf den zahllosen gewerkschaftlichen Aktionen zum Antikriegstag sichtbar, daß viele betriebliche und örtliche Organisationen des DGB damit nicht einverstanden sind, daß sie der Politik der Bundesregierung zunehmend ablehnend gegenüberstehen.

Dort, wo der DGB sich weigerte, Aktionen zum Antikriegstag durchzuführen, wo er sich darauf beschränken wollte, geschlossene Veranstaltungen im Saal zu organisieren, dort wurde den Parteigängern des Bundesvorstands das Konzept in vielen Fällen vermasselt, durch überparteiliche Aktionen, durch Aktivitäten aktiver Gewerkschafter. Viele derjenigen Funktionsträger in Betrieb und Gewerkschaft, die sich bereits öffentlich für eine Teilnahme am 10. Oktober in Bonn ausgesprochen hatten, vertraten dies auch an den Antikriegstagsaktionen und beteiligten sich daran, in ihren Orten solche Aktionen zu organisieren, und die Zahl dieser Gewerkschafter wuchs ständig an.

Auch bei diesen gesamten Aktionen fanden die Forderungen nach Neutralität, wie sie von der KPD breit verbreitet wurden, wachsenden Anklang — das zeigen die ersten Berichte von Parteiorganisationen, die bisher bei der Redaktion eingingen und von denen wir einige in der nächsten Ausgabe veröffentlichen werden.



Bremen: Zahlreiche Forderungen wurden von Kollegen verschiedenster Betriebe, vor allem der Stahlarbeiter, aber auch wie hier im Bild, von Daimler-Arbeitern vertreten. Die Bremer Demonstration war, wie ein Berichtstatter schreibt, voll von Transparenten und Schildern.



Bremen: Zu den vielen auffälligen Mitteln, mit denen für politische Losungen Propaganda gemacht wurde, gehörte auch dieses, von vielen Teilnehmern beachtete, Boot der VOLKSFRONT.



Bremen: Stark vertreten unter den 25000 Teilnehmern in Bremen waren Forderungen gegen die Militärblöcke, für ihre Auflösung, für sofortige Abrüstung.

Dafür treten wir nicht ein!

Stellungnahme der KPD zum DGB-Friedensaufruf (Teil I)

Der Bundesvorstand des DGB hat zum diesjährigen Antikriegstag einen Aufruf „Frieden durch Abrüstung“ veröffentlicht. Die Gewerkschaftsmitglieder sind aufgerufen, diesen Aufruf (Schlußsatz: „Dafür trete ich ein“) durch ihre Unterschrift zu unterstützen. Bereits in der Nummer 34 des „Roten Morgen“ wurde der DGB-Aufruf kommentiert. Der Artikel vermied eine Antwort auf die Frage, ob unsere Partei zur Unterstützung dieser vom DGB-Vorstand initiierten

„Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung“. Diese Feststellung des DGB-Aufrufs ist sicher Millionen Gewerkschaften aus dem Herzen gesprochen. Das gilt mit Sicherheit für die nicht unbeträchtliche Zahl von Gewerkschaften, die sich in der letzten Zeit verstärkt in der Friedensbewegung, vor allem im Kampf gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO engagiert haben und denen dabei seitens der DGB-Führung, seitens der Mehrheit der jetzigen Erstunterzeichner des DGB-Friedensaufrufs also, nicht wenige Knüppel zwischen die Beine geworfen wurden. Wurde ihr beharrliches Eintreten dafür, daß die DGB-Gewerkschaften den ihnen gebührenden Platz an der Seite, ja im Zentrum der Friedensbewegung unseres Landes einnehmen, nun mit dem DGB-Friedensaufruf und der Unterschriftenaktion dafür zumindest teilweise von Erfolg gekrönt?

Wir meinen nicht. Zwar ist es zweifellos so, daß die DGB-Führung zu dieser Initiative erst durch das verstärkte Engagement einer großen Zahl von Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Gremien und Gruppen in der Friedensbewegung gezwungen wurde. Auf diesen Druck seitens der friedenspolitisch engagierten Gewerkschaften aber hat die DGB-Führung nicht in der Weise reagiert, daß sie positive politische Forderungen der Friedensbewegung akzeptiert hat. Vielmehr hat sie mit dem Friedensaufruf ein Dokument formuliert, das in äußerst raffinierter und demagogischer Weise an die Friedenshoffnungen und -bestrebungen der Menschen anknüpft, in seinen konkreten politischen Aussagen aber nahezu uneingeschränkt als eine Unterstützung für die derzeitige Regierungspolitik und als Plattform gegen die Friedensbewegung unseres Landes gewertet und benutzt werden kann.

Schon die Vorgeschichte des DGB-Aufrufs ließ wenig Gutes ahnen. Die Ankündigung einer „eigenen“ Friedensinitiative des DGB erfolgte im unmittelbaren Zusammenhang mit dem vom DGB-Vorstand für Organisationen des DGB ausgesprochenen Verbot der Teilnahme an der Friedensdemonstration „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen“, die am 10.10. in Bonn stattfinden wird. Vorausgegangen war ein Beschluß des DGB-Vorstandes, daß Gewerkschaftsfunktionäre vom DGB nicht offiziell getragene Aufrufe nicht mehr mit Funktionsangabe unterzeichnen dürften. Dieser Beschluß ist offensichtlich als Reaktion auf die relativ breite Unterzeichnung des Krefelder Appells durch Gewerkschaftsfunktionäre gefaßt worden. Schließlich wurde fast zeitgleich mit dem Friedensaufruf eine gemeinsame Erklärung der Spitzen von DGB und Bundeswehr veröffentlicht, in der im wesentlichen Harmonie und volle Übereinstimmung festgestellt wurde. Das alles deutet bereits darauf hin, daß die DGB-Führung mehrheitlich die Friedens-

bewegung politisch bekämpfen will. Eben diese Befürchtung wird durch eine genauere inhaltliche Analyse des DGB-Friedensaufrufs bestätigt.

Einiges ist sicher richtig ...

Zweifelloso enthält der Friedensaufruf des DGB-Vorstandes eine Reihe von Feststellungen, Formulierungen und Aspekten, denen man nur zustimmen kann. Das gilt auch für das erkennbare Bemühen, die Verschärfung der Kriegsgefahr aus dem Verhalten beider Supermächte abzuleiten. Unsere Partei hat beispielsweise auch nicht zur Unterstützung des Krefelder Appells aufgerufen, weil dieser zwar richtige und notwendige Forderungen enthält, aber in der Tat die Gefahr eines atomaren Krieges einseitig aus der Politik des USA-Imperialismus herleitet und deshalb mißbraucht werden kann zur Unterstützung der sowjetischen Politik, was von interessierter Seite auch unübersehbar versucht wird.

Positiv sind für sich genommen viele Forderungen des Aufrufs (u.a.: Verzicht auf Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa, Einstellung der Produktion von Atomwaffen, Abbau der bereits stationierten Mittelstreckenraketen). Nichts einwenden läßt sich auch gegen noch weitergehende Vorstellungen des Aufrufs: „Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien mit dem Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung.“

Arbeiter- und Friedensbewegung dürfen kein Spielball der imperialistischen Geheimdiplomatie sein!

Das alles klingt nicht schlecht. Aber es gibt einen riesigen Pferdefuß, der diese lange Reihe unterstützenswerter Forderungen und richtiger Zielvorstellungen mit einem Schlag in einen Haufen wertloser Phrasen verwandelt: alle diese richtigen Forderungen und Ziele sollen ausschließlich das Ergebnis von Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten sein. Keine einzige dieser Forderungen ist an die Bonner Regierung gerichtet. Von der Bundesregierung wird nicht eine praktische Maßnahme verlangt, die tatsächlich einen Schritt in Richtung der im DGB-Aufruf genannten Forderungen und Ziele bedeuten würde. Der DGB-Aufruf appelliert lediglich an den Bundestag und die Bundesregierung, alle Möglichkeiten zur Verhandlungen zwischen den Regierungen der USA und der Sowjetunion nutzen.

Tut aber die Bonner Regierung nicht genau das? Rechnet Schmidt es sich nicht als Ver-

kampagne aufrufen soll, äußerte aber nach grundsätzlicher Kritik an zentralen Positionen des Aufrufs die Auffassung, der Aufruf enthalte „eine mögliche Basis für eine verstärkte Friedensbewegung der Arbeiterklasse“. Nach eingehender Auseinandersetzung mit den politischen Positionen des DGB-Aufrufs kommt unsere Partei nun zu folgender Stellungnahme, die sich nicht unwesentlich vom ersten Kommentar des „Roten Morgen“ unterscheidet:

dienst an, daß die Washingtoner Neutronenbombenbauer ihre Bereitschaft erklärt haben, noch in diesem Jahr Verhandlungen mit der Sowjetunion aufzunehmen? Versuchen die Führer der SPD von Schmidt über Brandt bis Bahr nicht seit Monaten, die Opposition gegen den Nachrüstungsbeschluß in der eigenen Partei mit der heuchlerischen Beteuerung einzudämmen, daß sie ja auch gegen die Stationierung neuer Atomraketen seien und deshalb davon ausgingen, daß Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten die Durchführung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses überflüssig machen müßten?

Die Friedensbewegung in unserem Land aber hat überwiegend eine völlig andere, nach unserer Überzeugung richtige Haltung in dieser Frage eingenommen: sie verlangt, daß die Bonner Regierung ihre Zustimmung zu einer Stationierung weiterer Atomraketen in Westdeutschland zurückzieht. Und zwar unabhängig davon, ob Washington das gefällt und unabhängig davon, ob es auf dem Verhandlungswege gelingt, Moskau zur Reduzierung seiner auf Westeuropa gerichteten SS-20-Raketen zu bewegen (was gelinde gesagt höchst unwahrscheinlich ist) oder nicht (was leider sehr wahrscheinlich ist).

Im ersten Jahr des 1. Weltkrieges hat Lenin eine Gedanken niedergeschrieben, über den es sich auch heute heftig nachzudenken lohnt: „Eine Friedenspropaganda, die nicht begleitet ist von der Aufrufung der Massen zu revolutionären Aktionen, kann in der gegenwärtigen Zeit nur Illusionen erwecken, das Proletariat dadurch demoralisieren, daß man ihm Vertrauen in die Humanität der Bourgeoisie einflößt und es zu einem Spielball in den Händen der kriegführenden Länder machen.“ (Bd. 21, S. 152)

Lenin sprach für seine Zeit und die unterschied sich nicht unwesentlich von der unseren. Glücklicherweise zum Beispiel darin, daß damals das imperialistische Völkermorden bereits tobte, während es sich heute erst anbahnt. Damals ging es darum, den imperialistischen Weltkrieg zu beenden. Heute geht es darum, ihn zu verhindern. Der Grundgedanke Lenins aber ist für die heutige Friedensbewegung von brennender Aktualität.

Wir haben auf der einen Seite eine Friedensbewegung, die heute schon in der Lage ist, Hunderttausende zu Friedensaktionen zu mobilisieren. Sie verfolgt unter anderem das Ziel, die Regierung zu zwingen, keiner weiteren Stationierung von Atomraketen zuzustimmen. Das kann durchaus gelingen; denn diese Bewegung ist in den letzten 1 1/2 Jahren über alles erwartete Ausmaß angewachsen. Ohne Übertreibung kann man feststellen, daß diese Bewegung die Regierung, die den amerikanischen Kriegskurs im Grundsatz unterstützt, bereits in arge Bedrängnis gebracht hat. Würden die DGB-Gewerkschaften, diese machtvollen Organisationen der

arbeitenden Menschen, sich eindeutig auf die Seite dieser Friedensbewegung stellen, dann stünde diese Regierung über kurz oder lang wohl tatsächlich vor der Wahl, entweder aus der NATO-Nachrüstung auszusteigen oder, wie Schmidt und Genscher es versprochen haben, mit dem Nachrüstungsbeschluß zu fallen.

Gewiß, bei einem Zusammenbruch der gegenwärtigen Regierung käme in Bonn mit hoher Wahrscheinlichkeit die CDU/CSU an die Macht, die ohne Zweifel noch aggressiver und rüstungsgeiler ist als die jetzige Regierung. Die Möglichkeit und die negativen Folgen eines solchen Regierungswechsels nehmen wir durchaus nicht auf die leichte Schulter. Das weitere Anwachsen und Erstarren einer kämpferischen (besser: klassenkämpferischen) Friedensbewegung in unserem Land erscheint uns aber wesentlich wichtiger als die Frage, welche der beiden gegenwärtig denkbaren Koalitionen in Bonn an der Macht ist.

Mancher Friedensfreund mag sich heute an Lenins Forderung nach „revolutionären Aktionen“ stoßen. Aber auch heute gilt unserer Auffassung nach, daß nur eine wirkliche Massenbewegung durch kämpferische Aktionen Maßnahmen gegen die imperialistischen Kriegstreiber durchsetzen kann, durch die tatsächlich die Kriegsgefahr gemindert werden kann. Unsere Partei sieht in der sich gegenwärtig entwickelnden Friedensbewegung einen möglichen Ansatz dazu. Und diese Bewegung hat durchaus Aussicht auf Erfolg und Grund zum Optimismus.

Auf der anderen Seite haben wir nun diesen DGB-Aufruf, der zwar allgemeine Friedenspropaganda enthält, aber keine einzige Forderung an die eigene Regierung, der alle möglichen Hoffnungen im Zusammenhang mit Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten erweckt.

Zur Klarstellung: wir sind keineswegs gegen solche Verhandlungen. Auch wir finden es entschieden besser, wenn sie miteinander verhandeln als wenn sie aufeinander schießen lassen. Aber wir sind ganz entschieden dagegen, daß die Ar-

beiter- und Friedensbewegung große Hoffnungen in diese Verhandlungen setzt und wegen dieser trügerischen Hoffnungen den Kampf dafür aufgibt, die eigene Regierung zu konkreten Schritten zu zwingen, die dem Wettrüsten und der Verschärfung der Kriegsgefahr im allgemeinen entgegenwirken. Verhandlungen gibt es zwischen den beiden Supermächten mittlerweile seit fast zwei Jahrzehnten. Herausgekommen ist jedesmal nur eine neue Runde im Wettrüsten.

Die beiden Supermächte sind die Hauptkriegstreiber in der heutigen Welt. Zu glauben, daß ausgerechnet von ihnen in Zukunft Aktivitäten für den Erhalt des Weltfriedens ausgehen werden, ist eine aberwitzige Illusion. Der Frieden kann nur erfolgreich verteidigt werden durch den Kampf der Arbeiter, der friedliebenden Menschen aller Länder. Dieser Kampf wird mit Notwendigkeit auch darum geführt, konkrete dem Frieden dienende Forderungen gegen die eigene imperialistische Regierung durchzusetzen. Wer dagegen auftritt mit dem lautstarken Ruf nach Verhandlungen zwischen den Hauptkriegstreibern, sabotiert den Friedenskampf, treibt die Friedensbewegung in die Demoralisierung und Resignation, macht sie zum Spielball der imperialistischen Geheimdiplomatie.

Gegen einseitige Abrüstungsschritte?

Eben dieser schwerwiegende Vorwurf ist dem DGB-Aufruf zu machen. So fordert der Aufruf eine „allgemeine, ausgewogene und kontrollierte Abrüstung“. Das ist schön und gut. Aber man muß schon beide Augen vor der politischen Realität verschließen, um nicht zu erkennen, daß diese Forderung hier erhoben wird gegen die Forderung der Friedensbewegung nach einseitigen Abrüstungsschritten. Horst Niggemeier, Chefredakteur des IG Bergbau- & Energie-Organ „einheit“ macht in einem Kommentar zum DGB-Aufruf deutlich, worum es geht:

„Im DGB-Appell ist deshalb sehr konsequent von allgemeiner, ausgewogener und kontrollierter Abrüstung die Rede. Die Absage des DGB an die kommunistischen Drahtzieher des sogenannten ‚Krefelder Appells‘, der nur in einer westlichen Abrüstung das Heil sieht, ist für jedermann deutlich erkennbar.“ („einheit“ 17/1981)

Auch Horst Niggemeier, im übrigen selbstverständlich ein fanatischer Nachrüstungsbeiförderer, ist klar, daß der bei weitem überwiegende Teil der Friedensbewegung unseres Landes auch in der sowjetischen Hochrüstung eine Bedrohung des Friedens sieht. Die überwie-

gende Mehrheit der Friedensbewegung tritt darum für Abrüstung in Ost und West ein. Da liegt in Wahrheit überhaupt nicht das Problem. Wie aber kommt man zu dieser allseitigen Abrüstung? Etwa dadurch, daß die für die zügellose Aufrüstung in Ost und West Verantwortlichen plötzlich erklären: „Schluß mit dem Quatsch! Jetzt wird abgerüstet“? Daran mag glauben, wer will. Wir glauben es nicht. Wir glauben noch nicht einmal, daß Horst Niggemeier das glaubt.

Nach unserer Überzeugung gibt es nur einen Weg zur allseitigen Abrüstung: die Arbeiterklasse und die Volksmassen aller Länder (in den USA und in Westdeutschland, in der Sowjetunion und in der DDR) müssen ihre Regierungen dazu zwingen, selbst (also einseitig) abzurüsten. Sollte dieser Kampf dazu führen, daß in einigen Ländern der Imperialismus gestürzt wird und die Arbeiterklasse die Macht erobert, wäre das nebenbei bemerkt nach unserer Auffassung der größte Beitrag zur Verteidigung des Weltfriedens.

Wer gegen einseitige Abrüstungsmaßnahmen des Westens im allgemeinen und des westdeutschen Imperialismus im besonderen auftritt, der geht aus von der imperialistischen Theorie der Abschreckung. Er will den eigenen Imperialismus stark machen, damit die anderen imperialistischen Mächte diesem nicht überlegen sind. Wer heute von der Theorie der Abschreckung ausgeht, der ergreift zugleich Partei für die NATO unter der Führung der USA; denn mit der Bundeswehr allein läßt sich eine ernstzunehmende Abschreckung auf die Sowjetunion und den Warschauer Pakt nicht begründen.

Zugegeben: das steht so nicht im DGB-Aufruf. Aber es steht zwischen den Zeilen. Anders ergeben die Positionen dieses Aufrufs überhaupt keinen Sinn.

Darum unterschreiben wir nicht!

Wir haben hier wesentliche Gründe dafür dargelegt, warum wir diesen Aufruf des DGB-Vorstandes für ein demagogisches und reaktionäres Manöver halten, durch das ein Keil zwischen der Friedensbewegung und den Gewerkschaften unseres Landes getrieben werden soll.

Das wird unsere Partei nicht unterstützen. Wir unterschreiben nicht einen Aufruf, der zum Kampf gegen die Friedensbewegung und zur Unterstützung der imperialistischen Regierungspolitik benutzt werden wird.

In der nächsten Nummer des „Roten Morgen“ werden wir auf weitere Fragen im Zusammenhang mit dem DGB-Friedensaufruf eingehen.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.	3000 Hannover, Parteibüro der KPD, Ellisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.
4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.	7100 Heilbronn, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.
2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.	7500 Karlsruhe 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestr. 25 b (Nahe Kaiserallee), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408.
4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.	2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.
4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.	5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.
4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.	6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Röhr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.
4000 Düsseldorf (Eiler), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eiler 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.	8500 Nürnberg, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 18 - 19 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.
6000 Frankfurt 1, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611 / 552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.	4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.
7800 Freiburg, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.	7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432986, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.
2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.	Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Jetzt offiziell: VW will die Frankfurter Adlerwerke schließen

„Wollt ihr uns zu Flüchtlingen machen?“

Der Widerstand wird organisiert

FRANKFURT. — Auf einer Betriebsversammlung am 2. September wurde nach vielem Hin und Her und nach verschiedenen Versuchen, die Ruhe durch eine sogenannte Debatte über alternative Pläne zu bewahren, von der Geschäftsleitung der Frankfurter Adlerwerke kurzer Prozeß gemacht: aus „kaufmännischen Gesichtspunkten“ sei eine gründliche Rationalisierung nötig, und die einzige Möglichkeit dazu sei die völlige Schließung der Frankfurter Adlerwerke zum 1. Juli 82.

Was seit Monaten als Gerücht kursierte, dementiert wurde, wo beschwichtigt und gelogen wurde, jetzt ist es also amtlich verkündet: das Aus für sämtliche 2700 Arbeitsplätze.

Ein Verlust in Höhe von 40 Millionen im ersten Halbjahr und Verluste im letzten Jahr, trotz des 1979 eingeleiteten Sanierungskonzepts, das war das Ende. Freilich nur, wenn es nach dem Management geht und nach dem Eigentümer, dem VW-Konzern. Dessen „großzügiges“ Angebot, ledige und mobile junge Arbeiter nach Wolfsburg zu holen, stieß auf totale Ablehnung. „Wir sind doch keine Flüchtlinge“ sagte einer der Arbeiter auf der Betriebsversammlung, „hier wollen wir arbeiten, hier gehören wir hin“.

Die Empörung drückte sich nicht nur in bereits mitgebrachten Transparenten und Sprechchören sowie lautstarken Mißfallenskundgebungen aus, sondern auch in einer sofort anschließend durchgeführten Demonstration. „Im Gallus soll's erschallen, der Adler hat noch Krallen“ war die Losung dieser Aktion. Man werde der Demontage der Maschinen Widerstand entgegensetzen, man werde sie verhindern, und die Besetzung der Fabrik organisieren.

Die Solidarität mit den Adler-Arbeitern ist breit: Die bereits begonnene Unterschriftensammlung wurde auch von der Kirche unterstützt, verschiedene andere Gewerkschaften bekundeten ihre Bereitschaft zur Unterstützung, und auch in der Stadt selbst, die erst vor wenigen Tagen das Todesurteil für die VDM-Werke in Hedderheim erleben mußte und einen Ver-

htungsfeldzug gegen die Arbeitsplätze in den Verwaltungen der Banken und Versicherungen der Stadt erwartet, sind die Unruhe und der Protest groß. So, schrieb eine Lokalzeitung, kann Frankfurt innerhalb eines einzigen Jahres vollends von einem immer noch einigermaßen gutstehenden Ort zu einem Sorgenkind werden.

Denn gerade in der Metallindustrie sind in Frankfurt schon in den letzten Jahren zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet worden.

Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß der Betriebsrat der Adlerwerke bisher alles getan hat, um das Spiel der Geschäftsleitung zu ermöglichen. Die erste „Sanierungsaktion“ von 1979, die mit einem Sozialplan durchgeführt wurde, hatte bereits die erste Bresche geschlagen. Jetzt, in der ganzen Zeit davor, waren Geheimverhandlungen und Unterredungen organisiert worden, um die Ruhe zu sichern und um das Beste herauszuholen, wie man sagte — Ergebnis ist bekannt. Kritische Stimmen aus Betriebsrat und Gewerkschaften hatten schon vor zwei Jahren völlig zu Recht betont, das damals verabschiedete Konzept sei nur der Anfang vom Ende und die Erfahrung zeige dies.

Das hat sich jetzt abermals bestätigt. Wenn man sich auf die Logik des Kapitals einläßt und dessen Gewinnrechnungen als Entscheidung über die Arbeitsplätze gelten läßt, dann beginnt der Vernichtungsfeldzug, und die Belegschaften sollen nur noch Rückzugsgefechte liefern.

Die Geschäftsleitung, die in ihrer arroganten Art den Zorn

der Belegschaft noch weiter herausforderte, hat denn auch ganz klar gesagt, es lägen zwar auch Entscheidungsfehler im Management vor — ein Hauptargument, das jetzt Vertreter der Betriebsratsspitze für das Scheitern des 79er Konzepts anführen — aber das sei jetzt nicht mehr wichtig, es müßte geschlossen werden. Und es gäbe auch keine Möglichkeit, den damals ausgehandelten Sozialplan weiter zu verbessern, wie es aus dem Betriebsrat gefordert worden war, weil die damaligen Beschlüsse ohnehin optimal seien.

Mit dieser provokatorischen Haltung, diesem harten und schroffen Kurs können sich nun natürlich auch die Anhänger der „Sozialpartnerschaft“ im Betriebsrat nicht abfinden. Ob sie sich aber bereit finden werden, den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze zu organisieren, erscheint sehr zweifelhaft, auch wenn jetzt starke Worte gebraucht werden.

Denn andere als diese passen gegenwärtig nicht in die Landschaft, weil die Kampfbereitschaft der Belegschaft offensichtlich hoch ist, weil die unbedingt nötige Diskussion um die Besetzung des Betriebs schon geführt wurde.

Scharfe Angriffe wurden dabei auch gegen den VW-Konzern gerichtet, der die Vernichtung der Frankfurter Adlerwerke kaltblütig geplant hat. Es gäbe keine wirtschaftlich sinnvolle Umstellung der Produktion für Frankfurt, hieß es lapidar auf entsprechende Anfragen hin. Vor Jahren hieß es noch, die Anlehnung an einen Großkonzern sichere die Existenz des Betriebs, zumal VW auch noch ein Betrieb mit staatlichem Anteil sei. Jetzt tritt das Gegenteil ein.

Dementsprechend wurde auch von den Frankfurter Politikern verlangt, sie sollen die Schließung des Werkes verhindern, als eine politische Entscheidung, und entsprechende Aktivitäten haben ebenfalls bereits begonnen.

Dort ist inzwischen Dortmund, mit einer Arbeitslosenquote von rund neun Prozent, der traurige Rekordhalter, und es ist keine Änderung abzusehen, nachdem bei Hoesch jetzt Entlassungen vorbereitet werden und auch andere Betriebe, wie O & K, solche ankündigten. Letzteres übrigens ein Betrieb, dessen angeblich geplanter Ausbau im letzten und vorletzten Jahr erhebliche Landes- und Kommunalzuschüsse verschlang. Jetzt ist das Geld eingesackt, und die Ausbaupläne erweisen sich als Abbaupläne.

Auch die Zahl der Kurzarbeiter, im Vergleich zum Juli gesunken, ist gegenüber dem Vorjahresmonat fast um das Vierfache angewachsen, und sie hat, als Vorbote der Arbeitslosigkeit, auch jene Branchen voll erfaßt, die bis heute als bessergestellt galten.



Die Heinze-Frauen im Demonstrationszug.

Prozeß der „Heinze-Frauen“ vor dem BAG beginnt

„Unser Urteil steht fest: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“

7 000 demonstrierten in Kassel

KASSEL. — Mit einer eindrucksvollen Demonstration bekundeten am 6. September 7000 Kolleginnen und Kollegen ihre Solidarität mit den „Heinze-Frauen“, den 29 weiblichen Beschäftigten der Gelsenkirchener Firma „Foto-Heinze“, die im Kampf um gleiche Entlohnung von Frau und Mann vor dem Bundesarbeitsgericht einen Prozeß von übergreifender Bedeutung ausfechten. Am 9.9. beginnt die Verhandlung. „Ihr Richter, merkt es euch genau — gleiches Recht für Mann und Frau!“ lautete die vieltausendfach erhobene Forderung der Demonstranten.

Delegationen aller Einzelgewerkschaften des DGB aus dem gesamten Bundesgebiet waren nach Kassel gereist. Der Demonstration vorausgegangen war eine kämpferische Solidaritätsveranstaltung. Dort wurde die Bedeutung dieses Prozesses unterstrichen und gleichzeitig betont, daß es nicht nur um den Kampf vor Gericht, sondern um einen festeren Kampfbündnis der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben geht.

Auch Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG DruPa, hob dies in seiner Ansprache hervor. „Lohnkämpfe sind Lernprozesse der Arbeiterbewegung“, sagte er. Es werde sich zu zeigen haben, ob die Bundesarbeitsrichter an dieser machtvollen Kundgebung so einfach vorbeischießen könnten. „Prozesse sind kein Ersatz für solidarisches Handeln!“ Er unterstrich die Bedeutung kompromißlosen gewerkschaftlichen Kampfes und appellierte an das Selbstbewußtsein der Kolleginnen und Kollegen, indem er, an die Kapitalisten gewandt, ausrief: „Sie sind doch die Parasiten des Systems, nicht wir!“ Im Kampf gegen die Lohndiskriminierung müßten den Kapitalisten „viele schlaflose Nächte bereitet“, ihnen müsse „gemeinsam das Handwerk gelegt werden“.

Bemerkenswert auch die Ausführungen der Frauensekretärin beim Hauptvorstand der IG DruPa, Gisela Kessler. „Die Lohndiskriminierung muß und wird fallen!“, sagte sie. 80000 Unterschriften zur Unterstützung der Heinze-Frauen konnte sie bekanntgeben. Sie wies auf

die große Tradition der Frauen in der Arbeiterbewegung hin und sagte unter anderem: „Clara Zetkin und Rosa Luxemburg begleiten uns und die vielen Namenlosen in den Büros und Fabriken in unserem Kampf.“

Der Kampf der Heinze-Frauen war für viele Ansporn zu eigenen Aktionen. Auf der Veranstaltung wurde das durch Abordnungen kämpfender Frauen aus anderen Betrieben, wie von Schickedanz in Neuss, von den Kabelspulerninnen aus Wetzlar und anderen deutlich gemacht.

Der ganze Saal stand auf und klatschte minutenlang Beifall, als eine der Heinze-Frauen stellvertretend für ihre Kolleginnen das Wort ergriff und betonte: „Die Solidarität und der Kampf geht weiter!“

Eine Parole auf einem Transparent brachte die Meinung aller Anwesenden über den bevorstehenden Prozeß zum Ausdruck: „Unser Urteil steht fest: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“

Und als dann der Zug der 7000 durch Kassel zog, stiegen Tausende roter Luftballons in die Luft, die Glückwünsche und

Grußworte an die Heinze-Frauen über die ganze Stadt trugen.

Bezüglich der Reden auf der Veranstaltung muß noch ergänzt werden, daß sie sich nicht allein auf den Prozeß beschränkten. Wichtige gewerkschaftliche Aufgaben wurden angesprochen. Die neuesten Bonner Sparbeschlüsse wurden scharf angegriffen. Mahlein bezeichnete unter anderem die Erhöhung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als „Kampfziel Nummer 1 in den 80er Jahren“. Und unter großem Beifall aller Anwesenden forderte er eine Verstärkung des Widerstandes gegen die Kettenstationierung und die Neutronenbombe. Wörtlich sagte er: „Wenn Millionen Gewerkschafter auf der ganzen Welt sich zu einer breiten Friedensbewegung zusammenschließen, dann haben wir, dann hat die Mehrheit eine echte Chance.“ Worte, die gerade angesichts der aktuellen Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaften von großer Bedeutung sind und denen unbedingt entsprechende Taten, volle Mobilisierung aller Gewerkschaftsmitglieder zum Friedenskampf folgen müssen.

Mit Spannung beobachteten alle kämpferischen Kolleginnen und Kollegen den Kasseler Prozeß. Die Heinze-Frauen sind auf dem richtigen Weg. Ihr Kampf kann und muß gleichzeitig Beispiel dafür sein, wie die Gewerkschaft solche wichtigen Prozesse anzupacken hat. Die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen waren begeistert, nicht ohne oftmals festzustellen: „Wenn in den Betrieben und an der Gewerkschaftsbasis bessere Mobilisierung gelaufen wäre, dann wären wir heute noch viel mehr gewesen!“ Die Solidarität mit den Heinze-Frauen geht weiter!



Kämpferische Stimmung bei der Großveranstaltung.

Arbeitslosigkeit steigt weiter an

Mitten im Sommer ist Winter auf dem Bau

NÜRNBERG. — Jeden Monat neue Ausreden für die Steigerung der Zahl der Arbeitslosen — nur diesmal fielen sie noch weniger überzeugend und auch weniger umfangreich aus. Mit 1,289 Millionen Arbeitslosen ist der höchste August-Stand seit 29 Jahren erreicht. Gegenüber dem Vorjahr, als die regierungsamtliche Propaganda schon das Ende der Krise heraufbeschwor, eine Steigerung um 49 Prozent von damals 865 000 Menschen, die Arbeit suchten.

Insbesondere in der Bauindustrie, die rund 30 000 Arbeitslose mehr als letztes Jahr um diese Zeit registrierte und auf über 54 000 kam, sehen die Perspektiven schwarz aus. Die oft gerade für die Bauindustrie beschworene Suche nach Facharbeitern bietet gerade noch 12 000 freie Stellen.

Besonders betroffen sind dabei auch Frauen, die rund 650 000, also mehr als die Hälfte der Arbeitssuchenden ausmachen, davon über 200 000 Teilzeitarbeiterinnen. Auch die

offiziell als längst überwunden gefeierte Jugendarbeitslosigkeit trifft über 130 000 amtlich registrierte Jugendliche unter 20 Jahren.

Von den fast 43 000 neuen Arbeitslosen im August kamen 35 000 aus Nordrhein-Westfalen und Bayern. Allmählich vollzieht sich dabei eine Annäherung der Lage in den verschiedenen Bundesländern, wobei neben dem Saarland Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen die Schwerpunkte sind und bleiben.

WESTWÄRTS



**Zu Besuch bei der
Kommunistischen
Jugendunion
Kanadas / ML**

Am 24. Juli, morgens um 10.00 Uhr trafen wir uns auf dem Flughafen in Frankfurt. 26 Freunde und Genossen aus allen Teilen unseres Landes. Endlich war es soweit. Der Trip nach Westen auf den anderen Kontinent konnte beginnen. Wir waren voller Erwartungen. Nur einer, unser Theo aus Bielefeld, war schon einmal „drüben“ gewesen. Der Rest der Truppe wußte lediglich aus Büchern, Filmen, Gesprächen oder auch Gerüchten, was man in dem zweitgrößten Land der Erde so alles erleben kann.

Wir folgten der Einladung unserer kanadischen Genossen. Wir wollten dabei sein beim „All Canada March“, den die People's Front organisiert hatte. Von St. John's auf Newfoundland, im Osten Kanadas, bis nach Vancouver in British Columbia, an der Westküste, war der Marsch geplant. 7403 Kilometer quer durch das ganze Land.

Von Frankfurt ging es nach London. Leider hatten wir hier nur drei Stunden Aufenthalt. Zu gerne wären wir in die Stadt gefahren, um die Vorbereitungen für die Hochzeit des Jahrhunderts zu sehen. So standen wir jetzt dort rum vor den Shops auf dem Flughafen und bestaunten Charles und Diana auf Kleiderbügeln, T-Shirts, Illustrierten, Keks-Dosen und diversen anderen Gegenständen. Geschmackloser kann man ein Königspaar wirklich nicht verkaufen.

Endlich wurde unser Flug aufgerufen. Rein in den Jumbo. Und rein in unsere erste Enttäuschung. Wir hatten uns ein Flugzeug mit zwei Etagen erhofft, mit Kino, Bar und ähnlichen Einrichtungen zum Zeitvertreib. War ja auch alles da. Doch das meiste eben nur zur 1. Klasse. Die normalen Fluggäste quetschten sich in der 747 wie Ölsardinen. Und das bei sechs, später zehn Stunden Flugzeit. Früher faßte ein Jumbo 350 Passagiere, heute sind es 450. Der letzte Millimeter ist inzwischen ausgenutzt, um Leute unterzubringen. Eine Gewinnsteigerung um 30 Prozent für die Fluggesellschaften.

In der Bundesrepublik war bereits Mitternacht, als wir schließlich in Toronto landeten. Hier setzte gerade die Dämmerung ein, es war 19.45 Uhr, sechs Stunden hatten wir dazu gewonnen. Die ständige Zeitverschiebung — in Kanada gibt es sechs verschiedene Uhrzeiten — sollte uns in den nächsten drei

Wochen noch so einige Probleme bereiten.

Auf zu den Niagara-Fällen

Die erste Nacht in Kanada verbrachten wir im Desh Baga Tempel von Toronto. Das ist ein Versammlungshaus des East Indian Defence Committee, der Selbstorganisation der Inder in Kanada. Nach so langer und doch anstrengender Reise freuten sich die Teilnehmer unserer Truppe auf ein schönes Bier. Fehlanzeige. Im Tempel darf kein Bier ausgeschenkt werden. Nicht aus religiösen Gründen, in Kanada ist das verboten. So streng wie in Skandinavien ist hier die Alkohol-Gesetzgebung. Alkohol, einschließlich Bier, gibt es nur in den „Liker-Shops“ zu kaufen, und die sind gesichert wie eine Bank. Zum Ausschank von alkoholischen Getränken braucht man eine extra Genehmigung und die bekommen nur die „Pubs“ (Kneipen) und teuren Speiserestaurants. Ausschank nur an Personen über 19 Jahren (obwohl man in Kanada bereits mit 18 Jahren volljährig

wirtschaftlichen Probleme dieses riesigen Landes kennen.

Kanada ist fast so groß wie Europa. Es verfügt über alle wichtigen Rohstoffe, hat unendlich weite Landstriche, auf denen Ackerbau und Viehzucht betrieben wird. Und es leben nur 23 Millionen Menschen hier, 2,3 pro Quadratkilometer. Eigentlich dürfte hier kein einziger Einwohner arbeitslos sein. Von den Möglichkeiten her müßte Kanada wirtschaftlich völlig selbstständig sein, ohne Abhängigkeit und Schulden gegenüber dem Ausland.

Die amerikanischen Monopole

„Dort drüben, am anderen Ufer des Sees, beginnen die Staaten“, erklärt uns unser Betreuer. Geographisch betrachtet, hat er recht. Doch wirtschaftlich ist die Grenze zwischen den beiden Ländern nur schwer festzustellen.

Wir blicken noch immer auf die Stahlwerke. Das linke und größte von beiden gehört einem amerikanischen Konzern. (Des-

samen Im- und Exports bestreitet Kanada mit den USA. Es gibt in Kanada, außer dem Landmaschinen- und Fahrzeugbau, faktisch keine Weiterverarbeitung. Die Rohstoffe werden gewonnen, hauptsächlich in die USA exportiert, und die fertigen Produkte müssen dann wieder importiert werden.

Wir fahren weiter. Immer am Lake Ontario entlang. Er ist der kleinste der fünf großen Seen im Osten Kanadas und der USA. Es sind die größten Süßwasserseen der Welt. In unserem Auto ist es sehr heiß. Wir fahren in einem „Käfer“ und der hat keine Air-Kondition wie die großen amerikanischen Schlitten. „Jetzt anhalten und baden, das wäre gerade das Richtige“, kommen wir ins Schwärmen. „Baden?“, unser Fahrer muß lachen, „in keinem der fünf großen Seen könnt Ihr baden. Die sind alle verseucht. Das hier ist das Industriegebiet von Nordamerika. Auf amerikanischer Seite stehen die großen Autofabriken und Stahlwerke an den Seen und hier auf kanadischer Seite auch. Den Dreck leiten die Kapitalisten ins Wasser. Genauso wie bei Euch in Westdeutschland.“

Endlich hören wir das Rauschen der Niagara-Fälle. „Donnerndes Wasser“ nannten die Indianer früher dieses Naturereignis. Und ein Erlebnis ist es bis heute geblieben. Den typisch amerikanischen Kitsch rundherum muß man vergessen. Eine ganze Touristenstadt haben sie hier aus dem Boden gestampft, gleich fünf Aussichtstürme gebaut... (die spinnen, die Amis!).

900 Meter breit ist der kanadische oder Hufeisenfall und 300 Meter der amerikanische Fall. Sechs Millionen Liter Wasser stürzen hier durchschnittlich pro Sekunde über 50 Meter in die Tiefe. Die Wassermassen werden aufgewirbelt und verursachen einen dichten Regennebel, der vom Wind bis über die Straße entlang des Flusses gedrückt wird. Hier regnet es immer. Bei schönem Wetter werden die Sonnenstrahlen durch den Regennebel gebrochen und buntschillernd steht ein Regenbogen über den Wasserfällen.

62 Stunden Bus-Fahrt

Die nächste Nacht verbringen wir im Greyhound-Bus. Unser

Kanada wird der Personenverkehr hauptsächlich mit Bussen oder mit dem Flugzeug befördert. Die Eisenbahn übernimmt den Gütertransport. Zwar sieht man auch Personenwaggons auf der Schiene. Doch sie werden vornehmlich von den Touristen genutzt. Die Busse sind billiger, fahren häufiger und erreichen auch die kleinen Ortschaften.

Sudbury ist eine Nickel-Stadt. Schon von weitem sehen wir den riesigen Schornstein der Nickel-Mine. „Den haben sie erst vor wenigen Jahren gebaut“, erzählt uns ein Taxifahrer. „Der alte war nicht so hoch. Und der ganze Dreck wurde immer in die Stadt reingeblassen. Die Leute hier haben protestiert. Jetzt weht der Dreck ein paar Kilometer weiter.“ — Trostlos ist diese Stadt.

Wir sind am Sonntag hier angekommen und die Straßen sind wie ausgestorben. „Nur raus hier“, werden die meisten

Teilnehmer auf einer Demonstration in Vancouver, Montreal oder Toronto, das sind in Kanada richtige Großdemonstrationen.

Von Sudbury ging es weiter nach Thunderbay. Hier waren wir nur wenige Stunden am späten Nachmittag und Abend. Unser Bus hatte vier Stunden Verspätung und die kanadischen Genossen hatten an diesem Ort auch keine größeren politischen Aktivitäten eingeplant. Unsere nächste Station war dann Winnipeg.

Die älteste Stadt

Winnipeg zählt 550 000 Einwohner und liegt genau in der Mitte Kanadas in der Provinz Manitoba. Manitoba ist die östliche der drei Prärieprovinzen von Kanada. Im Süden der Provinz erstrecken sich kilometerweit die



Die Niagarafälle.

Familien gedacht haben. Raus aus der verdreckten Stadt. Wir sehen Häuser, grau und schwarz von dem Dreck, abgestorbene Bäume, die keine Blätter mehr tragen. Vergleichbar mit Strassenzügen in Duisburg oder Dortmund, direkt neben den großen Stahlbetrieben.

Hier in Sudbury wird nachmittags um 14.00 Uhr die erste Demonstration stattfinden, an der auch unsere Gruppe teilnimmt. Sonntagnachmittag? — Ein ungünstiger Zeitpunkt, das meinen auch die kanadischen Genossen. Aber sie halten es dennoch für richtig, zu demonstrieren.

Am Vormittag treffen immer mehr Teilnehmer des All Canada March in Sudbury ein. Genossen von den Maritimes, so nennen die Kanadier die atlantischen Provinzen, aus New Brunswick, Quebec, Montreal, Toronto und Ottawa. Und es sind zwei Genossen aus Dänemark dabei, die genau wie wir auf Einladung nach Kanada gereist sind.

Größte Demo seit 35 Jahren

Schließlich sind wir so 120, 130 Personen und unsere erste Demonstration beginnt. Wenig Teilnehmer? Wir dachten es auch, doch es war die größte Demonstration seit 35 Jahren in Sudbury. Ja, selbst eine noch wesentlich kleinere und von uns bewußt auf dem Bürgersteig durchgeführte Demonstration war die größte seit Jahrzehnten. So stand es jedenfalls den Tag darauf in der bürgerlichen Presse von Thunderbay.

Wir mußten umdenken. Wir lernten jetzt die Größenverhältnisse in Kanada begreifen. Die Masse der Bevölkerung konzentriert sich an den Küsten, am Atlantik und am Pazifik. Und hier spielt sich logischerweise auch das politische Leben ab. Dazwischen ist das Land nur dünn besiedelt, mit wenigen großen Städten. Über 100 000 Menschen auf einer Demonstration, wie sie jetzt für den 10.10. in Bonn erwartet werden, sind für kanadische Verhältnisse unvorstellbare Größenordnungen. 600, 700 vielleicht einmal 2000

Weizenfelder und im Norden beginnen dann die riesigen Wälder und die Prärie.

Winnipeg feierte 1974 das 100jährige Bestehen als Stadt. Sie ist damit die älteste Stadt des kanadischen Westens. Hier wird das erste Mal deutlich, wie arm an Geschichte, wie jung das ganze Westkanada ist. Ein Gebäude, das älter als 100 Jahre ist, gilt von Manitoba bis Britisch Columbia als Sensation.

Unser Quartier für den Tag haben wir in der Universität von Winnipeg aufgeschlagen. Wir waren erstaunt. Nicht nur darüber, daß es den Genossen gelungen war, die Cafeteria für einen Tag zu mieten. Erstaunt hat uns vor allem das Äußere der Uni. Wo man auch hinsah, keine einzige Parole an den Wänden, nicht ein Plakat, das wild, außerhalb der offiziellen Anschlagtafeln geklebt war...

Im Zentrum der Stadt, in einem Park, sammelten wir uns wieder zur Demonstration. Rund 300 Teilnehmer kamen zusammen. Die Genossen in Manitoba hatten offensichtlich gute Arbeit geleistet. Unsere Demonstration zog durch die Geschäftsstraßen von Winnipeg, an den streikenden Postarbeitern vorbei und dann in die Wohnviertel der Stadt.

Drei Stunden dauerte die Demo. Zwei Stunden hätten sicherlich auch gereicht. Es war zur Mittagszeit brütend heiß in Winnipeg. Und die kanadische Art zu demonstrieren strengt den ungeübten Demo-Teilnehmer doch ganz schön an. Von der ersten bis zur letzten Minute werden Parolen gerufen — diszipliniert, auf Kommando und ohne Unterbrechung. „Wir wollen mit der Demonstration Propaganda für die grundsätzlichen Ziele der People's Front machen“, erklärten uns die kanadischen Genossen. Propagandademonstrationen waren es ohne Zweifel. Doch die Losungen waren sehr allgemein gehalten, und ob sie immer das gewünschte Ziel bei der Bevölkerung erreicht haben, blieb für uns bis zum Schluß offen. Als Ausländer konnten wir das natürlich auch nicht umfassend beurteilen.

(Fortsetzung im nächsten RM.)



Der deutsche Demo-Block.

ist) und das Biertrinken auf der Straße ist erst recht verboten. Kommt eine Polizeistreife vorbei, hält sie an und kippt das Bier aus. In Vancouver haben wir es selbst erlebt.

Morgens, nach einem guten Frühstück, mit gebratenem Speck und Ei, ging es dann los zu den Niagara-Fällen. Zwischenstation in Hamilton am Lake Ontario. Wir blicken auf die Stahlstadt Kanadas. Hier in Hamilton stehen zwei Stahlwerke, die einzigen in ganz Kanada. Zum ersten Mal lernen wir die

halb sind die Arbeiter dieses Betriebes auch in einer amerikanischen Gewerkschaft organisiert... Alle großen Autofabriken hier in Ontario gehören amerikanischen Monopolen. Die großen Erzminen des Landes sind in den Händen der Amis. Der Obst- und Getreideanbau wird von ihnen mitgetragen, genauso die Viehzucht. Und natürlich im Öl- und Erdgasgeschäft haben die Amis ihre Finger drin. Die kanadische Wirtschaft ist abhängig von den USA. Je zwei Drittel des ge-

Ziel ist Sudbury, rund 600 km von Toronto entfernt. Sechs Stunden Fahrtzeit mit dem Bus. Es ist die kürzeste Etappe, die wir auf unserer Reise zurücklegen. Weitere sechs Nächte werden wir auf dem Transcanada Highway, eine der längsten Strassen der Welt, verbringen. Und unsere längste Fahrt wird über 16 Stunden dauern.

Es sind Linienbusse, mit denen wir fahren. Wir wundern uns, denn hier bei uns legt man ja in der Regel längere Strecken mit der Eisenbahn zurück. In

Immobilienfirma läßt Haus räumen

Mit Schlägertrupp gegen Hausbesetzer

AACHEN. — Mit brutalem Terror ließ die Stuttgarter Immobilienfirma Consulting AG ein besetztes Haus in Aachen räumen. Die Bosse mochten nicht darauf warten, daß die Polizei dieses schmutzige Geschäft besorgen würde. Sie mieteten sich ein Rollkommando für den Überfall auf die Hausbesetzer.

Das Höver-Haus in Aachen war erst vor wenigen Monaten von den „Armen Brüdern vom Heiligen St. Franziskus“ für 1,7 Millionen Mark an die Consulting AG verkauft worden. Und die hatten es offenbar sehr eilig damit, das „guterhaltene Haus“ — so die „Süddeutsche Zeitung“ — zu zerstören und die Besetzer daraus zu vertreiben. Denn anstelle des ehemaligen Klostergebäude sollten profitable Eigentumswohnungen gebaut werden.

Die Consulting AG heuerte also die Kölner Abbruchfirma Vesper an und gab ihr den Auftrag, die Räumung des Höver-Hauses zu besorgen. Vesper stellte daraufhin ein Rollkommando von 40 Leuten zusammen. Wie einer dieser Männer später aussagte, war das Kommando eigens zu diesem Zweck angemietet worden. Jedem Angehörigen des Schlägertrupps wurden 300 Mark auf die Hand versprochen.

Die Bewohner des besetzten Hauses schliefen noch, als in den frühen Morgenstunden des vorletzten Donnerstags das Rollkommando anrückte. Ohne jede Vorwarnung machten sich

die mit Äxten, Spitzhacken, Vorschlaghämmern und Knüppeln bewaffneten Schläger an ihre „Arbeit“. Sie zertrümmerten Türen und Fenster, drangen in das Haus ein und begannen sofort mit einer unbeschreiblichen Zerstörungorgie.

Es dauerte einige Zeit, bis die Hausbesetzer genügend Verstärkung herbeigerufen hatten, um das Rollkommando zurückzudrängen, das nicht nur die

Einrichtung zerschlug, sondern mit den Schlagstöcken auch auf die Besetzer einprügelte. Bei der Abwehr des Schlägertrupps ging unter anderem auch der VW-Bus des Kommandos in Flammen auf.

Nun erscheint auch die Polizei mit zwei Hundertschaften auf dem Plan, allerdings nicht zur Unterstützung der überfallenen Hausbesetzer. Die Polizisten versuchen im Gegenteil nun ihrerseits, die Besetzer aus dem Höver-Haus zu verjagen. Weil aber inzwischen auch ein Fernsichteam am Ort des Geschehens aufgetaucht ist, wird der Räumungsversuch abgebrochen.

Die Consulting AG hatte



Zerstörungen im Höver-Haus durch das Rollkommando der Bauspekulanten.

Zwei Grüne aus dem Parlament geworfen

Mit Polizei gegen Abgeordnete

FRANKFURT. — Manfred Zieran und Jutta Dittfurth, Mitglieder der Fraktion der Grünen in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, sind bei der 4. Plenarsitzung des Parlaments aus dem Saal geworfen und für zwei weitere Sitzungen ihrer Rechte entzogen worden.



Grünen-Abgeordneter Zieran (rechts) nach der Frankfurter Kommunalwahl Ende April.

Der Grund für den Rausschmiß waren Proteste der Grünen gegen reaktionäre, ausländerfeindliche Äußerungen von CDU-Abgeordneten. Die CDU-Leute hatten gegen den Grünen Milan Horacek geäußert, einen gebürtigen Tschechen, der vor 13 Jahren als Emigrant in die Bundesrepublik gekommen ist und inzwischen die westdeutsche Staatsbürgerschaft hat. Horacek hatte die CDU-Mehrheit im Parlament dadurch erbost, daß er die geplante Erweiterung eines Kriegerdenkmals am Bockenheimer Rohmerplatz kritisierte und stattdessen die Errichtung eines Ehrenmals für KZ-Opfer forderte.

Eine Frau Haller von Haller-

stein pöbelte den Abgeordneten daraufhin an, er solle doch gefälligst nicht seine neue Heimat beleidigen. Zwischenrufer aus der CDU-Fraktion machten Horacek klar, daß es sich hier um „deutsche Angelegenheiten“ handele, in die er sich nicht einzumischen hätte. Und schließlich brüllte einer der CDU-Leute auch noch: „Gehen Sie doch zurück, woher Sie gekommen sind.“

Dieser Haßausbruch bei der CDU-Fraktion ist ja umso mehr ein Skandal, als Milan Horacek aus einem Land kommt, das besonders schwer unter dem Terror jener Wehrmacht zu leiden hatte, die nach dem Willen der

CDU mit dem umstrittenen Denkmal geehrt werden soll. Für den Parlamentsvorsitzenden Hellwig (ebenfalls CDU) war das aber kein Anlaß, um seine Parteifreunde zur Ordnung zu rufen. Stattdessen verfügte er den Rausschmiß der beiden Grünen, die ihrer Empörung über die Hetze der CDU-Leute Ausdruck gegeben hatten. Als die Abgeordneten Zieran und Dittfurth keine Anstalten machten, die Sitzung zu verlassen, rief Hellwig erst das haus-eigene Wachpersonal und dann auch noch die Polizei. Darauf-

hin verließen die beiden Grünen, begleitet von den vier anderen Mitgliedern ihrer Fraktion, die Versammlung.

Hellwigs weitergehende Maßnahme, der Ausschluß der Abgeordneten für die nächsten Sitzungen, macht den Skandal komplett. Sie bedeutet die gezielte Ausschaltung einer Opposition, die das „normale“ parlamentarische Geschäft stören könnte. Und auf der Tagesordnung stehen in Frankfurt gegenwärtig so brisante Themen wie der Bau der Startbahn West auf dem Rhein-Main-Flughafen.

„Deserteur“ an Bank gekettet

OSNABRÜCK. — Ein 18jähriger Bundeswehrsoldat, der sich „eigenmächtig von der Truppe entfernt“ haben soll, wurde von zwei Unteroffizieren vor dem Osnabrücker Hauptbahnhof öffentlich an eine Sitzbank gekettet und mußte eine ganze Stunde lang in dieser Position ausharren.

Der Vorfall wurde bekannt, nachdem Taxifahrer die Lokalpresse alarmiert hatten. Sie waren Zeugen der Aktion gewesen und hatten bei den Unteroffizieren dagegen protestiert: „Ihr könnt den doch nicht anketten wie einen Hund!“ Besonders empört waren die Taxifahrer darüber, daß die beiden Unteroffiziere, nachdem sie ihren Gefangenen an die Bank gekettet hatten, erst einmal Pommes frites holen gingen.

Auf die Proteste reagierte einer der Unteroffiziere mit den Worten: „Ich führe nur meinen Befehl aus.“ Nach einer Stunde erschien dann ein Jeep der Bundeswehr, mit dem die drei Soldaten fortfuhren. Umfragen der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ bei den Standorten der Bundeswehr in Ostwestfalen und im benachbarten Niedersachsen erbrachten nur Dementis: Niemand wollte etwas von der Verhaftungsaktion wissen.

Erst Tage später bequeme sich der stellvertretende Bataillonskommandeur des Panzerbataillons 332 in Fürstenau, Meyer-Völkel, zu einer Bestätigung des Vorfalls. Dabei rechtfertigte er das öffentliche Anketten des Soldaten auch noch. Der Gefangene, so Meyer-Völkel, sei immerhin „eigenmächtig abwesend“ gewesen. Außerdem wären die beiden Unteroffiziere dadurch verunsichert gewesen, „daß sie von den Taxifahrern erheblich angepöbelt wurden.“

Während der Kommandeur so auf einen forschen Kurs der „Vorwärtsverteidigung“ ging, verhielt sich das Bonner Kriegsministerium wesentlich zurückhaltender. Schließlich hatte die Sache ja auch schon einigen Staub aufgewirbelt. Und so sah sich das Ministerium gezwungen, eine Untersuchung des Vorfalls durch den sogenannten Wehrbeauftragten anzukündigen.

Solidarität mit den inhaftierten Genossen in der DDR

Bei der Roten Hilfe Deutschlands können diese Protest-Postkarten bezogen werden, die massenhaft an die Ständige Vertretung der DDR in Bonn geschickt werden sollten.

RHD
Postfach 215
4600 Dortmund 1



Ich habe gehört, daß sich gegenwärtig acht bis zehn Bürger der DDR einzig und allein wegen des Vorwurfs kommunistischer Tätigkeit in Untersuchungshaft befinden. Unter ihnen der Arbeiter Manfred Wilhelm und der Dipl.-Mathematiker Andreas Bortfeld. Das ist Geknirsch und Gekloppe gegen diese schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte und fordert die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen. Der Prozeß gegen sie muß öffentlich und im Beisein internationaler Beobachter stattfinden.

Für Frieden und Solidarität ins Gefängnis Kommunistische Oppositionelle in der DDR verhaftet



8 bis 10 Bürger der DDR wurden in den letzten Monaten verhaftet:

- weil sie zur Solidarität mit den Streiks in Polen aufgerufen haben;
- weil sie den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt fordern;
- weil sie gegen das Honecker-Regime, für Sozialismus und Demokratie kämpfen.

Unterstützt den Kampf für die sofortige Freilassung von Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeld und ihren politischen Freunden



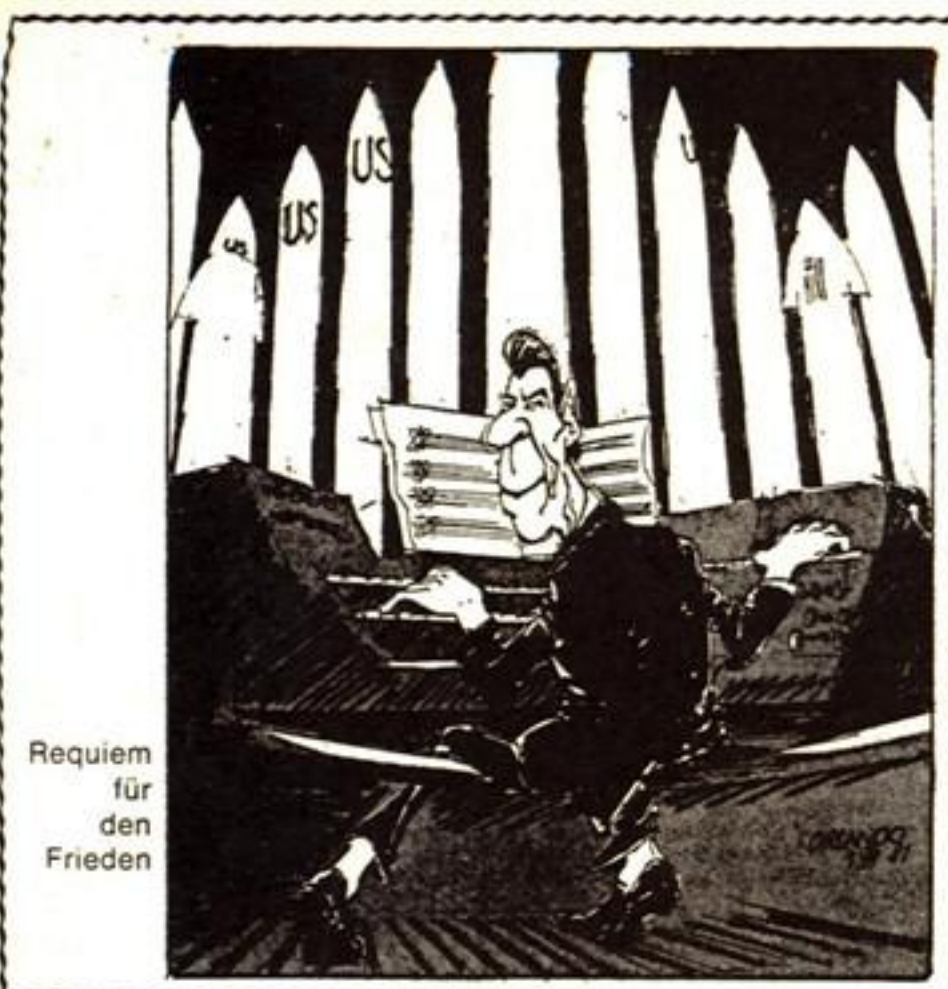
Dieses Plakat (Format DIN A 2), das sich gut für Info-Stände, zum Aushängen in Jugendzentren usw. eignet, gibt es kostenlos beim Verlag RM.

Die unbekannte Opposition in der DDR



Über den Kampf der Sektion DDR der KPD informiert diese Broschüre, die Artikel aus dem „Roten Morgen“ (Ausgabe DDR), aus dem Ostberliner Sammelflugblatt „Roter Stachel“ und andere Flugblätter enthält.

Themen sind unter anderem: Die Ereignisse in Polen aus der Sicht der ostdeutschen Kommunisten, Berichte aus den Betrieben, Frauen in der DDR, Widerstandsaktionen der Jugend, Wohnungsbau, Versorgungslage und Nationale Volksarmee.



Die 1. Großveranstaltung des „Kasseler Forums gegen Atomraketen“

Korrespondenz aus Kassel

Nach zweimonatiger Vorbereitung begann das „Kasseler Forum gegen Atomraketen“ — ein überparteilicher Zusammenschluß Kasseler Bürger, Gewerkschafter und politischer Organisationen, die an die Tradition der Kasseler Friedensbewegung in den 50er und 60er Jah-

ren anknüpft — seine Friedensaktionen mit einer großen Podiumsveranstaltung in der Kasseler Stadthalle.

Die Veranstaltung wurde ein eindrucksvoller Ausdruck der Breite der Friedensbewegung. Zwischen 2000 bis 3000 Besucher füllten die Stadthalle und

hörten den Redebeiträgen von verschiedenen Vertretern der Friedensbewegung zu.

Auf dem Podium saßen Lorenz Knorr (Krefelder Forum), Jörg Huffschildt (Uni Bremen), Gisela Rüber (Demokratische Fraueninitiative), Joachim Albrecht (GEW Kassel), Pastor Mochalski (Weltfriedensrat) sowie Horst Peter (SPD-Bundestagsabgeordneter aus Kassel).

Alle Redner arbeiteten in überzeugender Weise die tödliche Gefahr eines Dritten Weltkrieges durch den NATO-Doppelbeschuß, die neuen Mittelstreckenwaffen, die neue strategische Konzeption der US-Regierung heraus (wobei je nach politischem Standort auch die sowjetische Politik abgelehnt wurde — am deutlichsten Pastor Mochalski). Unterschiedliche Akzente wurden in der Beurteilung der Bundesregierung gesetzt. Hier bezog vor allem Pastor Mochalski und Joachim Albrecht von der GEW deutliche Angriffsposition gegen die Regierung.

So sagte Albrecht: „Wenn wir unsere Kinder angesichts sozialen Abbaus, Reformstopps, politischer Einschüchterung und Vernichtung der Umwelt und beständiger Aufrüstung nicht aufklären, betrügen wir sie um ihr Recht auf Information und die Chance, daß daraus Widerstand entstehen kann.“

Albrecht deckte auch den Zusammenhang der Aufrüstung mit dem Abbau an sozialen

Rechten und Leistungen, die von der Arbeiterschaft erkämpft wurden, auf und griff dabei scharf die Regierungskoalition an.

Unüberhörbar war auch die Kritik, daß die Gewerkschaften sich bisher distanziert oder sehr reserviert zur Friedensbewegung verhielten (Huffschildt und Albrecht).

Am deutlichsten und klarsten war die Position von P. Mochalski der auch den größten Beifall erhielt. Er sagte u.a.: „Es findet sich kein Staatsanwalt bereit, die Minister wegen Vorbereitung zum Völkermord zu belangen. Deshalb muß der Staatsbürger das selbst in die Hand nehmen.“

Mochalski erhob als einziger Redner als Konsequenz aus allen vorherigen Beiträgen die Forderung, daß Deutschland als ganzes sich aus der Hörigkeit gegenüber den Blöcken der Supermächte lösen sollte, daß Deutschland neutral werden sollte, und daß man eine atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal, von Norwegen bis Italien in Europa schaffen müßte — dafür bekam er den allerstärksten Beifall aller Teilnehmer.

Im Anschluß an die Redebeiträge folgten noch einzelne Diskussionsbeiträge von Lehrern, Schülervertretern u.a.

Das Kasseler Forum hat am Montag, 31.8. nachmittags einen Friedensmarsch durch Kassel veranstaltet, an dem sich rund 5000 Menschen beteiligten.

Unglück im Degussa-Werk Rheinfelden

Volkskorrespondenz aus Freiburg

Am Sonntag, den 30.8., explodierte am frühen Morgen im Degussa-Werk Rheinfelden ein Glycid-Tank. Die Detonation war noch im Umkreis von zwei Kilometern zu hören. Drei Arbeiter, alles Familienväter, starben sofort, vier weitere wurden verletzt. Man spricht davon, daß eine größere Katastrophe nur zufällig nicht stattfand; weitere

vier Tanks hätten in die Luft gehen können, mehr Arbeiter hätten an der Unglücksstelle sein können, wäre nicht Sonntag gewesen.

Glycid ist eine äußerst gefährliche Chemikalie, die in Medikamenten, Pulverlacken und in der Lebensmittelkonservierung eingesetzt wird. Die Rheinfelder Anlage, die einzige

Deutschlands, war auf dem neuesten technischen Stand. Erst seit Ende '80 wurde hier Glycid produziert. Das Produkt wurde bis nach Japan und in die USA verkauft. Trotzdem sagte der Werksleiter jetzt: „Glycid wird von Degussa erst wieder hergestellt und verkauft, wenn die Ursache der Explosion restlos geklärt und alle Sicherheits-

maßnahmen gegeben sind.“ Der große Markt für das Produkt und bisherige Erfahrungen lassen aber darauf schließen, daß dies ein leeres Versprechen bleibt.

Nach Angaben der Werksleitung lief der Betrieb bisher reibungslos, aber in Rheinfelden erzählt man davon, daß es bereits einmal, wie jetzt am Sonntag, einen unerklärlichen Druckanstieg im Tank gegeben hätte, ein Unglück hätte damals gerade noch verhindert werden können. Bei Reparaturen werden oft auswärtige Arbeiter beschäftigt, die über die Risiken in diesem Chemiebetrieb nicht aufgeklärt werden. Auch die Arbeiter der Glycid-Anlage waren offenbar über deren Gefährlichkeit nicht voll informiert, denn statt sich in Sicherheit zu bringen, gingen sie in der Annahme zum Tank, dort noch etwas ausrichten zu können. Die Frau eines Verstorbenen meinte auch, ihr Mann hätte dort bestimmt nicht gearbeitet, wenn er von der Gefährlichkeit der Anlage gewußt hätte.

Die Vermutung, daß man beim Bau der Anlage sparen wollte und dies mit Sicherheitsmaßnahmen getan hat, liegt nahe.



Ein Riesenloch und Trümmerberge — das ist der sichtbare Rest der Katastrophe in Rheinfelden, die drei Todesopfer forderte.

Faschisten-Treffen wird vorbereitet

Volkskorrespondenz aus Bremerhaven

Vom 11. bis 13. September will die rechtsradikale Gesellschaft für freie Publizistik (DFP) in Bremerhaven einen Kongreß zum Thema „Meinungsfreiheit“ heute“ abhalten.

Das Ganze soll auf der Dreimastbark „Seute Deern“ stattfinden, einem Museumsschiff, das dem Schiffahrtsmuseum gehört. Das Schiff hat eine Kneipe und verschiedene Räume und wird von der Stadt verpachtet. (Der Pächter, der die Räume zur Verfügung stellt, war früher auf einer NS-Eliteschule). Die Unterkünfte für die Kongreßteilnehmer werden von der Stadt über eine Tourismuseinrichtung besorgt.

Durch Zufall von einem Antifaschistischen Arbeitskreis aufgedeckt, sorgte diese Meldung für große Empörung in Bremerhaven. Unter anderem sprachen sich DGB und VVN gegen den Kongreß aus.

Die „Seute Deern“ liegt im „Alten Hafen“, in dem zur Nazi-Zeit ein Gefängnis der Gestapo lag, das Gespensterschiff genannt wurde.

Es hatte die Funktion eines Folterkellers und viele Antifaschisten wurden hier gefoltert bzw. sogar ermordet.

Es fanden sich sofort viele Organisationen, unter anderem die VOLKSFRONT, die KJD, Alternative Liste, Jungdemo-

kraten, VVN, DJP, zu einer Aktionseinheit gegen das Nazi-Treffen zusammen. Ergebnis: Ein gemeinsamer Aufruf gegen das Treffen, breite Öffentlichkeitsarbeit dagegen in der Zeit bis zum 11. September, am 11. selbst eine Demonstration gegen das Treffen.

Der Aufruf, der auch von zwei Schülerbeiräten und der Gesamtschülervertretung der Stadt unterstützt wird, wird breit verteilt werden, viele Leserbriefe an die örtliche „Nordseezeitung“ geschrieben, eine Presseerklärung verfaßt. Außerdem wird die Bevölkerung durch verschiedene Aktionen informiert. Demonstration und Kundge-

bung finden um 14.00 Uhr, eine Stunde vor Kongreßbeginn, direkt vor der „Seute Deern“ statt. Aber viele Antifaschisten werden bereits vorher da sein, um zu verhindern, daß die Nazis das Schiff überhaupt betreten können.

Da am selben Wochenende in Wilhelmshaven auch der niedersächsische Landeskongreß der Jungen Nationaldemokraten mit anschließender Demonstration zu einem Asylantenheim (!!!) stattfindet, wird befürchtet, daß am Freitag auch viele JN-Schläger in Bremerhaven sind. Aber auch das wird den Nazis wohl kaum helfen können. Über den Verlauf werden wir noch berichten.

Gegen Nachrüstung und Nuklearmarsch!

Fahrrad-Friedensstaffette

im Rheinland
Der Frieden und Neutralität!

Maass (graue Trikot) (200) 24.48.

Krefeld 23.40.

Düsseldorf 22.40.

Lehr- Kassen 21.48.

Köln 20.40.

Düren 19.40.

Aachen 18.40.

Informationen und Anmeldung bei der Genossin
der KJD oder bei:
bis spätestens 1.10.81
Antifaschistischer
Akt-Elter 7
4000 Düsseldorf-Elter

Pr. 17-19 Uhr
Sa. 10-12 Uhr
4000 Köln 30
4000 Köln 30
4000 Köln 30

Kommunistische Jugend Deutschlands

Veranstaltung:

Die Türkei —
364 Tage auf dem
Weg zur
Demokratie?

Veranstaltung am
Freitag, den 11.9.,
19.30 Uhr, Sieglerbräu,
Heidelberg

Liebe „Roter-Morgen“- Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Das Vermächtnis von Borova

Westdeutsche Antifaschisten besuchen ein von den Nazis zerstörtes Dorf

107 Greise, Frauen und Kinder — niedergemetzelt, erschossen, erstochen, erschlagen — das war die grausame Bilanz des Nazi-Massakers vom 6. Juli 1943 in Borova im Bezirk Erseka, südlich von Korça, unweit der albanisch-griechischen Grenze.

Kaum ein Deutscher hat seitdem Borova, das die Nazi-Wehrmacht dem Erdboden gleichgemacht hatte, betreten. Einer der ersten war wohl Detlef Schneider, Chefredakteur des „Roten Morgen“, der das wiederaufgebaute Borova im Rahmen seiner Albanienreise im Frühjahr 1979 besuchte. Ein Jahr später war der Antifaschist Max von der Grün zu Gast.

Am Vormittag des 28. Juli 1981 traf eine gut 20köpfige Gruppe (west)deutscher Antifaschisten, organisiert von der Deutsch Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V., in Borova ein, um der 107 Greise, Frauen und Kinder, der Opfer der deutschen Nazi-Wehrmacht zu gedenken.

Der Albtourist-Reisebus hält, von Erseka kommend, direkt am Fuß der breiten, in der Sonne weiß glänzenden Treppe, die zum Mahnmal emporführt, das auf einem weithin sichtbaren Hügel errichtet worden ist. Links neben der Treppe stehen Parteisekretär, Dorfratsvorsitzender und Überlebende des Nazi-Massakers.

Die Reiseleiterin der DAFG gibt allen die Hand zur Begrüßung, die herzlich, aber im Gegensatz zu anderen Gelegenheiten sehr still ausfällt.

Dann begibt man sich die Treppenstufen hinauf. An der Spitze schreiten der etwa 60jährige Genosse Harry Dubinski, langjähriger KZ-Häftling in Sachsenhausen, und ein junger Hamburger Antifaschist. Sie tragen einen Kranz. Auf der dunkelroten Bandschleife steht in goldenen Buchstaben: „Temos harrojme kurre Boroven! Grupi antifaschist gjerman“ (Wir werden Borova niemals vergessen).

Sorfüchtig legen die beiden Antifaschisten — der alte KZ-Häftling und der Vertreter der neuen Generation — den Kranz am Fuß des Denkmals nieder.

Der junge Genosse fordert die Anwesenden zu einer Gedenkminute auf — für die 107 Greise, Frauen und Kinder, ermordet von der deutschen Nazi-Wehrmacht.

Selbst die sonst ständig klickenden Auslöser der Fotoapparate schweigen. Was mag den einzelnen deutschen Antifaschisten in diesem Moment durch den Kopf gehen? Was den Albanern, den Überlebenden? Wie sind die Gefühle zueinander?

Die albanischen Genossen weisen in Richtung eines rötlichen im Grundriß quadratischen Gebäudes, das etwa 20 Meter hinter dem Mahnmal liegt. Das Dorfmuseum.

Mit kräftiger, erhobener Stimme erzählt ein vielleicht 40jähriger Genosse vom antifaschistischen nationalen Befreiungskampf des albanischen Volkes. Auch Partisanen aus Borova haben teilgenommen, berichtet er stolz. Am Mittag des 6. Juli 1943 überfielen albanische Partisaneneinheiten eine aus Griechenland kommende Autokolonie der deutschen Nazi-Wehrmacht und bringen ihr Verluste bei. Die Nazi-Wehrmacht nahm Rache — an der in Borova zurückgebliebenen Bevölkerung, löschte mit dem tierischen Fanatismus des Herrenmenschen alles Leben aus, das sie fand, brannte alle Mauern nieder, die ihr im Weg standen.

Der albanische Genosse mit der kräftigen, erhobenen Stimme tritt zurück. Man ist an einer hinter Glas angebrachten Tafel angelangt. Die Opfer des Nazi-Massakers von Borova, nach Familien geordnet; wo Fotografien fehlen, eine leere Stelle mit dem Namen darunter. Ehrwürdige Greise mit langen gewellten Bärten, junge, blühende Frauen- und Mädchengesichter, Kinder... In einer Glasvitrine steht eine aus Holz gearbeitete kleine Wiege. Hier hat am 6. Juli 1943

ein Säugling gelegen...

Eine auf die Fünzig zugehende Frau, ganz in schwarz, mit harten Gesichtszügen — die meisten älteren Frauen in Albanien haben diese harten Gesichtszüge — tritt an die Stelle des Genossen.

Sie spricht sehr leise und deutlich, in kurzen Sätzen. Sie war damals noch Kind. Manchmal stockt der Reiseleiterin der DAFG, die gleichzeitig dolmetscht, die Stimme...

Die Nazis brechen durch die Tür und erschließen Kinder, die sich auf ihre erschossenen Eltern werfen, speien andere Kinder mit Bajonetten auf.

Am 6. Juli 1943 werden 47 bis zu 20jährige, 37 21 - 60jährige, 23 61 - 80jährige das Opfer des Terrors der deutschen Nazi-Wehrmacht. Einige deutsche Antifaschisten, die 38 Jahre später nach Borova gekommen sind, weinen.

Die auf die Fünzig zugehen-



Genosse Harry Dubinski (Mitte) verabschiedet sich vom Parteisekretär von Borova; rechts: Doris Röhm, Reiseleiterin der DAFG.

de Frau, ganz in schwarz, mit den harten Gesichtszügen, ist fertig mit ihrem nüchtern vorgelegten Bericht. Sie und die Reiseleiterin umarmen sich.

Die Reiseleiterin schreibt eine Widmung in das ausliegende Gästebuch, alle unterschreiben mit vollem Namen. Der KZ-Häftling hat ein Gedicht über die Haft in Sachsenhausen geschrieben; er überreicht es und ergreift das Wort, danach auch



Ein Teil der Gruppe nach einem Hausbesuch; in der Mitte: die Gastgeberin.

der junge Hamburger Antifaschist, Worte, die das Unausprechliche ausdrücken und nur in dieser Situation verstanden werden können, denn niemand kann das, was einem das Herz zusammenkrampfen läßt, in Worte fassen.

Was mag den einzelnen deutschen Antifaschisten in diesem Moment durch den Kopf gehen? Was den Albanern, den Überlebenden? Wie sind die Gefühle zueinander?

Hat es in Deutschland am 8. Mai 1945 überhaupt die Stunde

Null gegeben? Steht an der Spitze des westdeutschen Staates nicht ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, ein Geistesverwandter der Massenmörder von Borova? Waren die Nazi-Henker nicht kurz vorher von der bundesdeutschen Justiz im Majdanek-Prozess eingewaschen worden?

Ist die antifaschistische Bewegung in Westdeutschland, die im Ansteigen begriffen ist, schon groß genug?

Haben wir es nicht mit einer gefährlichen Gleichgültigkeit zu tun (man sollte auch das nicht verschweigen!), mit Menschen, die die Geschichte kennen, die die Entwicklung sehen und trotzdem die Hände in den Schoß legen?

Gibt es nicht noch immer die Mentalität, „nicht in alten Wunden zu rühren“, „das Vergangene zu vergessen“, die nach Kräften von den Herrschenden geschürt wird? Haben wir nicht gegen den gefährlichen Zustand anzukämpfen, den Bert Brecht mit dem Vers ausdrückte:

Doch zu dem Schmutze eurer schmutzigen Welt Gehört — ich weiß es — meine Billigung.

Ein Zustand, dessen fürchterliches Resultat Brecht im selben Gedicht beschrieben hat:

Ich seh sie kommen, seh den Zug der Schlächter Will doch noch brüllen: Halt! Und da, nur weil Ich weiß: Es stehen, Hand am Ohr, da Wächter Hör ich mich ihm entgegenbrüllen: Heil!

Meldungen

Mutterschaftsurlaub verlängert

Während in allen kapitalistischen Ländern gegenwärtig die Sozialleistungen drastisch beschnitten werden, geht das sozialistische Albanien genau den entgegengesetzten Weg. Ein konkretes Beispiel dafür sind die neuen Regelungen über den Mutterschaftsurlaub, die Ende August von der Volksversammlung beschlossen wurden.

Danach wird der Mutterschaftsurlaub nach der Geburt auf 135 Kalendertage ausgedehnt, so daß jetzt der Urlaub vor und nach der Geburt insgesamt 170 bis 180 Tage beträgt. Während dieser Zeit bezieht die Mutter nach den Gesetzen der Sozialversicherung ihren Lohn weiter.

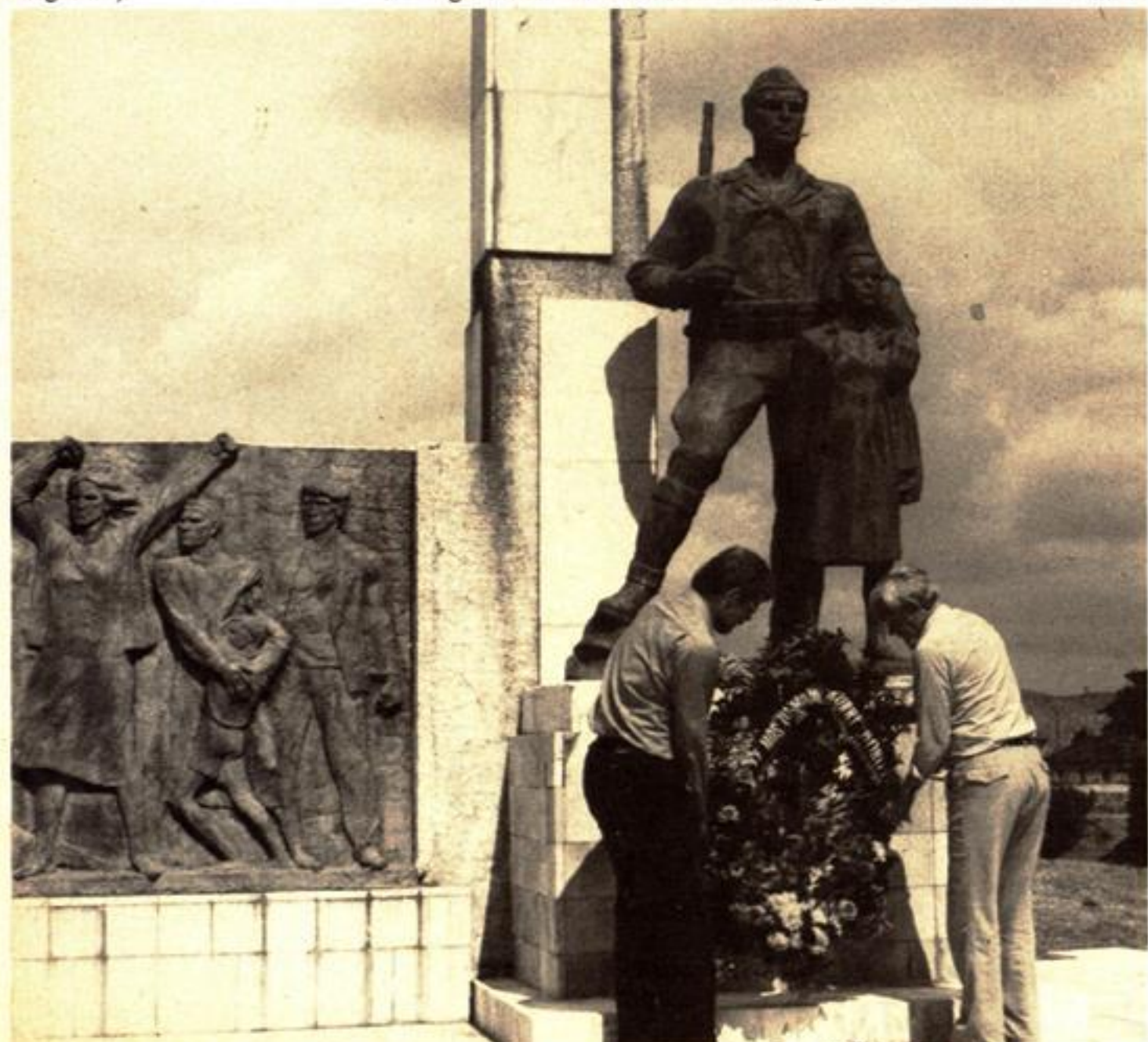
Sofort nach der Befreiung des Landes hatte die Volksmacht Gesetze erlassen, die den Müttern zum ersten Mal in der Geschichte des Landes einen bezahlten Urlaub gewährten, und zwar von jeweils sechs Wochen vor und nach der Geburt. Wenn man diese Regelung mit dem jetzt beschlossenen Gesetz vergleicht, wird deutlich, daß für Albanien nicht Sozialabbau wie in den kapitalistischen Ländern kennzeichnend ist, sondern daß dort — entsprechend der Verbesserung der materiellen Bedingungen — auch der soziale Besitzstand der Werktätigen kontinuierlich vermehrt wird.

Industrieproduktion gestiegen

In diesem Jahr, das im Zeichen der Einberufung des 8. Parteitags und des 40. Jahrestages der Gründung der PAA steht, haben die albanischen Werktätigen in der Produktion neue Erfolge errungen. In den ersten sieben Monaten konnte die Industrieproduktion — gemessen am gleichen Zeitraum im Vorjahr — um 7 Prozent gesteigert werden.

ÜBER DIE EREIGNISSE IN KOSOVA

198 Seiten, 1,80 DM
Bestellungen an Verlag
Roter Morgen, Postfach
300526, 46 Dortmund 30.



Deutsche Antifaschisten ehren die albanischen Opfer der deutschen Nazi-Wehrmacht.

Johannes Vetter

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5960 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Ein Jahr danach

Eine Bilanz des Terrors

ANKARA. — Ein Jahr nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 ist die Bilanz die man ziehen muß, die eines Jahres des blutigen Terrors gegen die Arbeiterbewegung und die revolutionäre Bewegung.

Das Verbot der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung führte nicht nur zu Massenverhaftungen und dazu, daß die Folter in der Türkei so alltäglich wurde, daß sie sich nicht mehr verheimlichen läßt.

Es führte auch zur Vorbereitung von Tausenden von Prozessen gegen linke und revolutionäre Kräfte, die reine Gesinnungsprozesse sind, entgegen etwa dem Prozeß gegen Türke und seine Bande, die wegen begangener Verbrechen vor Gericht stehen.

Zahlreiche Erschießungen auf offener Straße wurden vollzogen. Menschen wurden wegen ihrer politischen Ansichten zu Tode gefoltert. Aufgrund der zunehmend kritischen öffentlichen Meinung in ganz Westeuropa haben die Generale bisher Todesurteile, die ausgesprochen

wurden, nur sehr zögernd vollstreckt. Dies ist nicht zuletzt ein Ergebnis dessen, daß die westeuropäische Solidaritätsbewegung mit den türkischen demokratischen Kräften die betreffenden Regierungen dazu gezwungen hat, von ihren Generalsfreunden eine gewisse Mäßigung zu verlangen, sie mußten zumindest ihre Präsenz im Europarat zurückschrauben und anderes mehr.

Sicherlich sind die bevorstehenden Prozesse gegen 52 Gewerkschaftsführer der DISK der deutlichste Beweis für den Charakter dieses Regimes, das jedem Streikenden einen Umsturzversuch vorwirft, und es ist abzusehen, daß sie auch einen Höhepunkt der internationalen Solidarität bilden werden. Dieser bevorstehende Prozeß führte ja unter anderem auch dazu,



Razzia einer Militärstreife in Istanbul.

daß selbst solche Gewerkschaftsführer wie Klunker, die sich zunächst eindeutig für die Militärjunta ausgesprochen hatten, jetzt allmählich abrücken.

Aber ebenso sicher ist es auch, daß dahinter der alltägliche Terror gegen die organisierten Revolutionäre und gegen die arbeitende Bevölkerung, die keinerlei Rechte mehr hat, fort-

gesetzt werden wird.

Allen diesen Unterdrückten und Ausgebeuteten muß ebenso die Solidarität der Demokraten und Antifaschisten des Auslands gehören, denn ihr Widerstand, der Widerstand der Massen allein bietet die Perspektive des Sturzes der Diktatur.

Die von der Junta versprochene Verfassung jedenfalls

sieht für die breiten Massen keinerlei Verbesserungen vor. Die Bilanz, die nach einem Jahr faschistischer Militärdiktatur zu ziehen ist, ist nicht im mindesten dazu geeignet, von einer wie auch immer gearteten Rückkehr zur Demokratie zu reden, sondern vom Terror gegen die Arbeiterbewegung und die Völker der Türkei.

Wer profitiert am meisten von dem Putsch?

Militärischer Geheimvertrag mit den USA

Die Bundesrepublik, Hauptgeldgeber der türkischen Militärjunta, profitiert ohne Zweifel in großem Maße wirtschaftlich von dieser Diktatur, die den Arbeitern alle Rechte genommen hat. Sie versteht ihre Mammutzuweisungen als Beitrag zur Stabilisierung eines NATO-Partners. Und ohne Zweifel ist es auch die NATO-Hauptmacht, die am meisten von diesem Putsch profitiert hat.

Wirtschaftlich, was die Öllieferungen und die Entwicklung der Automobilindustrie betrifft, aber vor allem militärisch.

Die amerikanischen Militärbasen in der Türkei waren schon immer eine der Hauptangelegenheiten zwischen beiden Staaten, seit sie im Jahre 1954 ein erstes geheimes Militärabkommen schlossen.

Diese Basen dienen zwei Zielen: der Spionage gegen den sowjetischen Konkurrenten und als strategische Basis für Operationen im Nahen Osten. Von diesen Basen aus wurde 1977 der Überfall auf den Libanon gestartet, bei der Aggression gegen Vietnam dienten sie als Zwischenstation.

Der Umfang dieser Basen ist enorm: ihr Gebiet umfaßt bei-

nahe ein Zwanzigstel des gesamten Territoriums des Staates Türkei.

Ein halbes Jahr vor dem Putsch, am 29. März 1980, wurde eine neue Regelung, ein neues Geheimabkommen getroffen. Offiziell bekanntgegeben wurde damals der Abschluß eines Abkommens über die Verwendung der Militärbasen, dessen Artikel 5 bestimmte, daß der Umfang der Zusammenarbeit in einem weiteren Abkommen geregelt würde, das dem Parlament nicht vorgelegt würde. Darin sind solche Bestimmungen enthalten, wie, daß die Basen auch für Aktivitäten der USA außerhalb der NATO benutzt werden dürfen und daß türkische Behörden nur auf Genehmigung Zugang zu diesen Basen haben. Wenige

Wochen später landeten die Maschinen für den Überfall auf den Iran auf diesen Basen.

Seit dem Putsch haben die USA ihre Anwesenheit in diesen Basen wesentlich verstärkt und vor allem Incirlik bei Adana zum Zentrum ihrer gesamten Operationen im östlichen Mittelmeer, bis hin nach Libyen, gemacht.

Verschiedene Berichte britischer Zeitungen weisen außerdem darauf hin, daß nach dem Putsch auch die nukleare Bewaffnung dieser Militärbasen entscheidend verstärkt worden sein soll — Berichte derselben Zeitungen, die sich bereits in der Zeit der Vorbereitung des Putsches über die Verbindungen des türkischen Generalstabs zu den USA und zur NATO-Zentrale gut informiert erwiesen.

Im System amerikanischer Stützpunkte und Stellvertreter ist die Türkei neben Israel heute der wichtigste Aktivposten der USA geworden, und die faschistischen türkischen Generale tun alles, um ihr Land zum totalen Vasall der USA zu machen.

Die Märchen der Faschisten

Von wirtschaftlicher Besserung keine Spur

ANKARA. — In den letzten Monaten verbreiten die Propagandisten der türkischen Militärjunta und die Hintermänner des Putsches im Westen vor allem zwei Gerüchte, um das Ansehen der Militärs zu bessern. Zum einen stünde die Rückkehr zur „Demokratie“ vor der Tür, zum anderen gelinge es immer besser, die Wirtschaft des Landes in den Griff zu bekommen.

Damit soll, nachdem die Propagandakampagnen vom „demokratischen“ und vom „antiterroristischen“ Putsch — erstere schnell, die zweite allmählich — unglaubwürdig wurden, der Eindruck verbreitet werden, die sogenannten angeblich notwendigen harten Maßnahmen trügen wenigstens Früchte, die auf eine bessere Zukunft hoffen ließen.

So behauptet die Regimepropaganda, die Inflationsrate sei von 130 auf 40 Prozent gesunken. Daß dies eine ungeheuerliche Lüge ist, geht aus der Tatsache hervor, wie diese Inflationsrate berechnet wird, nämlich mit einem jahrzehntealten Warenkorb. In diesem Waren-

korb sind als Energiekosten und Beleuchtungskosten nicht etwa Strom und Heizöl enthalten sondern — Kerzen. So fällt also die gesamte Teuerung im Ölbereich aus dieser Berechnung heraus. Gerade hier aber sind allein die Kosten der Importeure auf 4,8 Milliarden Dollar angestiegen, die ja ihrerseits noch daran verdienen.

Hauptlieferant von Öl sind dabei — wenig überraschend — die amerikanischen Ölmultis. Während sie andererseits in den staatlichen Betrieben eine Entlassungskampagne durchführen, behaupten die Sprecher des Regimes gleichzeitig, die Arbeitslosenzahl sei ebenfalls gesunken, auf 2,2 Millionen oder

12,6 Prozent. Selbst offizielle Beobachter der EG aber schreiben in ihren Berichten von einer Zahl der Arbeitslosen, die bei über 20 Prozent liegt — also auf über 3 Millionen Menschen ohne Arbeit angewachsen — ohne jede Unterstützung. Was für diese wesentlich höhere Annahme spricht ist beispielsweise die Tatsache, daß die Autoindustrie nur noch zu 30 Prozent ausgelastet ist. Und sie ist einer der wichtigsten Industriezweige und wird von den westlichen „Helfern“ völlig ausgetrocknet. Denn den amerikanischen und westdeutschen Automonopolen paßt eine eigene türkische Automobilindustrie gegenwärtig nicht so recht in den Kram, haben sie doch selbst Absatzschwierigkeiten.

So kommt unter dem Strich für die arbeitenden Menschen in der Türkei keine Besserung, sondern eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage durch das Militärregime heraus.

Schlaglichter

Gutachten

Die internationale Juristenkommission hat in einem am 25. Juni 1981 abgegebenen Gutachten festgestellt, daß die türkische Militärjunta die europäische Menschenrechtskonvention verletzt.

Die Untersuchung, die vom Politischen Ausschuss des Europarats initiiert worden war, stellte fest, daß die getroffenen Maßnahmen über das Maß hinausgehen, das aufgrund der innenpolitischen Lage erforderlich sei. Dazu muß man wissen, daß die Initiatoren dieser Untersuchung der Meinung sind, daß ein „begrenztes Eingreifen des Militärs“ durchaus akzeptiert werden könne — aber selbst für diese Befürworter einer Militärdiktatur gehen die Maßnahmen der Evren-Junta zu weit...

Spitzenreiter

in ausländischen Kapitalanlagen in der Türkei ist das westdeutsche Finanzkapital. Von 95 Industriebetrieben mit ausländischer Beteiligung haben 22 ihre entscheidenden Aktionäre in der Bundesrepublik sitzen, also alleine fast ein Viertel aller Betriebe, mehr als die USA, die in 19 Betrieben ihr Kapital angelegt haben. Ein Drittel des Kapitals dieser 22 Gesellschaften ist in westdeutscher Hand — vor allem aus der Chemie, dem Automobilbau und der Metallindustrie.

Armeeunternehmen

gibt es in der Türkei die meisten der NATO. Nicht nur die seit einiger Zeit im Aufbau befindliche eigene Rüstungsindustrie für alle drei traditionellen Waffengattungen, sondern auch die OYAK (Büro der gegenseitigen Unterstützung der Armee), die verschiedene Großbetriebe besitzt, die bei einem Gesamtkapital von etwa 70 Millionen Mark rund 20.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Damit ist die Armee in der Türkei eine der größten bestehenden inländischen Kapitalgruppen.

Vor zehn Jahren

im März 1971, fand der letzte Militärputsch statt — den Plan dazu, das deckte der frühere türkische Außenminister auf, arbeitete die CIA gemeinsam mit dem türkischen Geheimdienst MIT aus. Spezialisten der CIA entwarfen damals für Ankara und Istanbul einen Sofortplan, der die unmittelbare Verhaftung von 400 Oppositionellen in diesen beiden Städten vorsah.

Die CIA hatte davor und danach vor allem beim Aufbau der faschistischen Mordtruppe „Konter-Guerilla“ mitgearbeitet, die nach dem Muster der amerikanisch organisierten Putsche von Griechenland und Santo Domingo arbeitete.



Protestveranstaltung des Komitees „Freiheit für die Türkei“

Es ist ein Jahr her, daß die Militärjunta in der Türkei am 12. September 1980 die Macht ergriffen hat. Die von den Generalen in diesem Jahr durchgeführte Politik (Folter, Hinrichtungen, Terror und Massaker) machen den wahren Charakter der Junta deutlich. Trotzdem ist sie weiterhin Mitglied im Europarat und wird von westeuropäischen Ländern militärisch und wirtschaftlich unterstützt, weil die Generale ein „konstitutionelles Parlament“ errichteten und dies als erster Schritt zurück zur Demokratie begriffen wird.

Die Hilfe, die die Bundesrepublik und andere westeuropäische Länder leisten, trägt entscheidend dazu bei, die Junta auch weiter an der Macht zu halten. Diese ausländische Unterstützung kann nur dann unterbunden werden, wenn die Politik der Generale verurteilt wird und die europäische Öffentlichkeit über die Realität in der Türkei aufgeklärt wird. Aus diesem Grunde organisiert das Komitee „Freiheit für die Türkei“ die Protestveranstaltung „Die Generale und Demokratie in der Türkei“.

Auf dieser Veranstaltung werden viele Fragen von Antifaschisten und Demokraten beantwortet werden:

Was ist das „konstitutionelles Parlament“?
Was für eine Demokratie ist es, zu der die Generale angeblich zurück wollen?

Was ist das für ein Regime, das die Bundesrepublik und andere westeuropäische Länder mit Milliarden unterstützen und warum muß die „Türkei-Hilfe“ gestoppt werden?

Warum muß die Junta der Generale vom Europarat ausgeschlossen werden? etc.

Wir rufen alle Demokraten und Antifaschisten auf, an dieser Protestveranstaltung teilzunehmen und sich solidarisch zu erklären mit den politischen Gefangenen, die in türkischen Gefängnissen gefoltert werden, und mit den Völkern der Türkei!

Podiumsdiskussion

- Claude Dejardin, belgischer Abgeordneter (Sozialistische Partei), Mitglied des Europarates
- Lady Fleming, griechische Abgeordnete (PASOK), Mitglied des Europarates
- Klaus Thüsing, MdB-SPD
- Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin, Vize-Präsidentin des PEN-Clubs, Berlin
- Cafer Cebe, Arbeiter, Vorsitzender der DİF, Bielefeld

Kulturprogramm

Melike Demirag, Mehmet Erdogan, Folkloregruppen aus der Türkei, Dia-Vortrag

Rhein-Ruhr-Halle Duisburg-Hamborn
Samstag, 19. September 14.00 Uhr
Komitee Freiheit für die Türkei

In einer nach wie vor gespannten Lage

Kongreß der Solidarität in Polen

WARSAU. — Am letzten Wochenende begann, rund ein Jahr nach der Unterzeichnung der Dokumente, die ihre Gründung ermöglicht hatten, der erste Kongreß der polnischen Gewerkschaft „Solidarität“. Er findet in einer Lage statt, in der die polnische Regierung immer massivere Drohungen gegen neue Streiks ausstößt und in der die Widersprüche innerhalb der Organisation zunehmend sichtbar werden.

In einer Rede, die Regierungschef General Jaruzelski vor Offiziersanwärtern hielt, verlangte er von dem Kongreß „ultimativ“ eine Antwort auf die Frage, ob „Solidarität“ mit der Regierung zusammenarbeiten wolle oder ob man einen Kurs der Konfrontation beschreiten wolle.

Einen Tag später betonte Parteichef Kania in einer Rede vor einer Parteiversammlung, neue Streiks würden zu „entschlossenen Reaktionen“ des Staates führen.

Dabei geht es aber nicht um den jetzt — vordergründig nach oben gespielten — Streit um den Zugang der „Solidarität“ zu den Massenmedien. Tatsache ist, daß dieser Zugang seit längerem besteht und auch weiterhin wahrgenommen wird — es geht also höchstens um seine Ausdehnung.

In Wahrheit sind diese Dro-

hungen vor allem gegen den Kampf der polnischen Werktätigen um die Verbesserung ihrer materiellen Lebenslage gerichtet, der das Wirtschaftsprogramm des Generals und seiner Regierung, das ja das Programm der Parteiführung ist, zum Scheitern bringen könnte.

Die drastischen Preiserhöhungen, die entweder bereits in Kraft getreten oder noch in Vorbereitung sind, die Mehrarbeit an ursprünglich freien Samstagen und die Ausbreitung von Unterschlagung und Schwarzhandel: Alles das sind Probleme, bei denen einige Führer der Solidarität der Regierung gegenüber bereits Zugeständnisse gemacht haben. Zugeständnisse, die zumindest ein Teil der Basis der Gewerkschaft nicht bereit ist mitzumachen.

Die Führung von Solidarität hat bei solchen Problemen — wenn auch oft nur mit sehr

knappen Mehrheiten — verschiedentlich bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, die Regierung zu unterstützen. Die Drohungen gelten also auch weniger diesen Instanzen, als der Forderung nach Widerstand gegen diesen Kurs, die in der Gewerkschaft relativ weit verbreitet ist.

Denn hier bilden sich in Gdansk, Radom und einigen anderen Städten Zentren eines härteren Widerstands der Gewerkschaft heraus. Es gibt Gewerkschaftsgruppen, die zum Beispiel nicht bereit sind, die abstrusen Steuerungsbeschlüsse der polnischen Regierung zu akzeptieren.

Begleitet wird dies alles von einem erneuten internationalen Propagandachor der anderen revisionistisch beherrschten Staaten. Allen voran ist es diesmal die Presse der UdSSR, die Polen vorwirft, es habe sich zu tief in den westlichen Wirtschaftsstrudel eingelassen, sei zu stark von Kapital und Technologie des Westens abhängig.

Ohne Zweifel ein Vorwurf, der nicht von der Hand zu weisen ist. Und trotzdem ist klar, daß auch dies nur ein weiterer

Vorwand ist, um hinter einer angeblichen Verteidigung des Sozialismus den Versuch, die eigene Vorherrschaft zu sichern, zu verstecken.

Denn: Diese polnische Wirtschaftspolitik wurde ja eben von jenen Gierke und Konsorten eingeleitet und mit Nachdruck öffentlich verfolgt, deren Abgang Moskau und die reaktionären Kräfte des Landes — sofern sie prosozialistischer Prägung sind — so sehr bedauern. Diese Politik war seit langem bekannt und wurde nie kritisiert, obwohl sie gerade der UdSSR am meisten bekannt sein dürfte.

Wäre eine solche Kritik jetzt ernst gemeint, müßte sie nicht nur die dafür Verantwortlichen in den eigenen Reihen nennen, sondern auch die — in die gleiche Richtung zielende Politik etwa Ungarns und Rumaniens vor allem, in gewissem Maße aber aller osteuropäischen Staaten — entsprechend kritisieren, nicht zuletzt die eigene sowjetische Wirtschaftspolitik. Aber die Kritik gilt ja nicht dieser kapitalistischen Politik, sondern auch diese Drohung gilt einmal mehr nur den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die damit als „prowestliche Elemente“, die sich als Resultat der bisherigen Politik entwickelt haben, verleumdet werden sollen.

So ist der Druck auf diesen Kongreß groß. Zumal ja auch die reaktionären Kräfte innerhalb der Gewerkschaft versuchen werden — mit eben diesem Argument — ihre Linie der Aussöhnung mit den kapitalistischen Maßnahmen der Regierung durchzusetzen. Auf der anderen Seite werden die prowestlichen Kräfte mit Sicherheit versuchen, ihre Positionen weiter zu festigen.



Die Befreiungskämpfer in Salvador haben Mitte August eine neue Offensive gestartet

Eine Folge des Widerstands und der Solidarität

Opposition als Vertretung des Volkes anerkannt!

PARIS/MEXICO CITY. — In der vergangenen Woche gaben die Regierungen von Frankreich und Mexiko gemeinsam bekannt, daß sie die Revolutionäre Demokratische Front (FDR) El Salvadors als politische Interessenvertretung des Volkes anerkannt hätten.

Dieser Vorgang ist in verschiedener Hinsicht von großer Wichtigkeit. Zum einen stellt er eine Unterstützung für den Kampf des Volkes von El Salvador gegen die US-gesteuerte Junta um seine Freiheit dar. Zum anderen schafft er auch bessere Möglichkeiten der Verstärkung der internationalen Solidaritätsbewegung mit dem salvadorianischen Befreiungskampf.

Diese Maßnahme durchkreuzt die Pläne der USA-Regierung, die Befreiungsfront in El Salvador vor der Weltöffentlichkeit als Terrorbande darzustellen und zu isolieren, einen Kurs, den Reagan und Co. gerade in den letzten Wochen erneuert hatten.

Schließlich ist es auch eine Herausforderung an jene Kräfte innerhalb der sozialistischen Internationale, die sich seit langem als Befürworter eines — wie auch immer gearteten — Kompromisses geben, ohne bisher konkrete Schritte eingeleitet zu haben.

Dieser Schritt der beiden Regierungen ist denn auch von drei Seiten auf das Heftigste kritisiert worden: Von der Regierung der USA, von der in Salvador herrschenden Junta selbst und vom Staatspräsidenten Venezuelas, der seit langem die Rolle übernommen hat, die Hilfe der lateinamerikanischen Reaktion für die Diktaturen Mittelamerikas zu organisieren.

Diese Entwicklung stellt auch und gerade eine Herausforderung an die Bundesregierung dar, haben sich doch verschiedene Vertreter der SPD in den letzten Monaten damit gebrüht, Kontakte zur FDR hergestellt zu haben — ohne allerdings irgendeinen praktischen Schritt zu unternehmen, und insofern war die SPD auch innerhalb der sozialistischen Internationale eine der Parteien, die eine wirksame Unterstützung für die FDR bisher verhindert haben. Anerkennung der FDR und zwar sofort, ist die Forderung der Antimperialisten an die Bundesregierung.



Immer öfter streiken polnische Arbeiter gegen den Willen verschiedener Führer der Solidarität

Nach dem erneuten Bombenanschlag

Weiter unsichere Lage im Iran

TEHERAN. — Abermals fand ein Bombenanschlag auf die iranische Regierung ihr Ziel. Letzten Montag, bei der Beerdigung von Präsident Rajai und Ministerpräsident Bahonar, sammelte sich, wie schon nach dem Attentat vom Juli, eine Menschenmenge in Millionenstärke zum letzten Geleit. Ihre Parolen und ihr Haß galten vor allem dem USA-Imperialismus. Wie geht es weiter im Iran? Was wird noch passieren? Diese Frage muß man sich stellen, wenn man sieht, daß der Kampf innerhalb des Landes immer erbitterter geführt wird.

Klar ist, daß die einzige Kraft, die von der gegenwärtigen Entwicklung profitiert, der Imperialismus, die Weltreaktion ist. Das gilt natürlich vor allem für den USA-Imperialismus, der seine Hoffnung auf einen Zerfall der nationalen Unabhängigkeit Irans setzt und sich gegenwärtig darin bestätigt sieht. Das gilt aber auch für alle reaktionären Kräfte, vor allem am Arabischen Golf, deren Herrschaft ja durch die Erschütterung im Iran ebenfalls berührt wurde, wie etwa in Saudi-Arabien.

Was sich schon mit der Absetzung Bani-Sadrs zeigte, der Zerfall der Einheitsfront zwischen verschiedenen bürgerlichen und feudalen gesellschaftlichen Schichten, diese Entwicklung hat sich weiter fortgesetzt

und zu einer wachsenden Konfrontation zwischen Regierung und islamischer Partei auf der einen und unterschiedlichsten politischen Kräften auf der anderen Seite geführt.

Solch eine Entwicklung, die immer dann möglich ist, wenn innenpolitisch reaktionäre Kräfte die Führung in einer antiimperialistischen Bewegung ergreifen, war im Iran nach dem Scheitern der irakischen, von den USA gesteuerten Aggression, die Hoffnung des Imperialismus. Die proamerikanischen Kräfte tun denn auch alles, um diese Entwicklung zu verstärken.

Von diesen Kräften gehen mit Sicherheit die Bombenattentate aus, in der berechtigten Hoffnung, sie könnten die

Regierung zu immer wilderem Vorgehen gegen die innere Opposition veranlassen.

Die Revolution im Iran hat einen unabhängigen Nationalstaat geschaffen, der aus einer Aufmarschbasis des amerikanischen Imperialismus zu einer eigenständigen Kraft wurde. Die verschiedenen antiimperialistischen Maßnahmen, die die Regierung nach dem Sieg über den Schah ergriffen hat, beweisen das eindeutig.

Und diesem nationalen, antiimperialistischen Kurs muß die Unterstützung der Antimperialisten gelten — nach wie vor, denn der Hauptfeind dieses Landes, der Völker des Iran bleibt, trotz aller inneren Entwicklungen, der USA-Imperialismus.

Von Behörden angeklagt

Texaco erpreßt Honduras

TEGUCIGALPA. — Honduras hat einen staatlich regulierten Benzinpreis. Honduras hat aber auch ein absolutes Monopolunternehmen in der Ölversorgung: die amerikanische Texaco. Und die will einen höheren Benzinpreis.

Gemeinsam mit dem Innenministerium von Honduras hat jetzt eine internationale Seefahrtsbehörde die Texaco angeklagt, bewußt einen Lieferboykott gegen Honduras zu organisieren, um den Benzinpreis in die Höhe zu treiben.

Ein Tanker der Texaco mußte auf Anweisung des Managements die „lange Route“ fahren,

um so seine Ladung um einen Monat zu verzögern und eine — für honduranische Verhältnisse — entscheidende Verknappung von Öl zu erreichen.

So will man das mittelamerikanische Land dazu zwingen, Notkäufe zu einem höheren Preis zu tätigen und dann allgemein erhöhte Preise zu akzeptieren.

Dies ist nicht das erste Mal,

daß die Ölmultis mit offener Erpressung arbeiten, um ihre Profite zu erhöhen. Erst kürzlich stießen sie gegenüber Österreich dieselben Drohungen aus (wir berichteten darüber).

Nachdem jetzt die Behörden die Untersuchung der Fahrtroute und der entsprechenden Anweisungen an den Kapitän des Tankers veröffentlicht hatte, gaben die Texaco-Manager ihre Erpressung sogar ganz offen zu und meinten, es sei ja üblich, dorthin zu liefern, wo man mehr bekäme.

Nach der Debatte im Sicherheitsrat

Das Veto isoliert die USA

NEW YORK. — Das Veto, mit dem die USA im UNO-Sicherheitsrat eine Verurteilung der südafrikanischen Aggression gegen Angola verhindert haben, hat weitreichende Folgen. Nicht nur alle Staaten Schwarzafrikas und nahezu alle Staaten Nordafrikas, sondern auch eine Vielzahl arabischer Staaten ließ durch ihre UNO-Delegationen ihre Bestürzung über die amerikanische Haltung zum Ausdruck bringen.

Darunter waren auch zahlreiche Regierungen, die ansonsten engstens mit den USA verbunden sind, die aber aufgrund der Empörung in ihren Ländern dazu gezwungen waren, sich von den USA zu distanzieren.

Ebenfalls ins Kreuzfeuer der Kritik der internationalen Staatenorganisation geriet die Regierung Großbritanniens, die sich der Stimme enthalten hatte. Frankreich hatte der Verurteilung zugestimmt.

In den USA selbst hat sich eine Gruppe von rund 20 Abgeordneten und Senatoren an die Regierung gewandt. Diese — farbigen — US-Politiker sehen die Haltung der Reagan-Regierung als eine Schädigung der amerikanischen Interessen an, weil sie dazu beitrage, der UdSSR verbessertes politisches Ansehen vor allem in Afrika zu ermöglichen.

Inzwischen häufen sich in der internationalen Presse die Berichte, nach denen die USA im voraus vom Überfall Südafrikas auf Angola unterrichtet worden waren und in den Tagen davor die Verbindungen des amerikanischen Geheimdienstes CIA zu der sogenannten „Widerstandsbewegung“ in Angola intensiviert hatten.

So treffen die zahlreichen Aktionen, die gegenwärtig weltweit organisiert und vorbereitet werden auf großen Widerhall. Auch in der Bundesrepublik haben verschiedene Organisationen die berechnete Forderung erhoben, die Bundesregierung solle endlich konkrete Schritte gegen das südafrikanische Rassistensystem unternehmen.

„Shenja gestorben am 28. Dezember um 12 Uhr 30. Großmutter starb am 25. Januar um 3 Uhr nachmittags. Onkel Wasja starb am 13. April um 2 Uhr nachts. Ljoka starb am 17. März um 5 Uhr. Onkel Ljoscha am 10. Mai nachmittags 4 Uhr. Mama am 13. Mai 1942 um 7 Uhr 30 früh. Alle Sawitschewas sind tot, nur Tanja ist noch übrig...“



Bild aus der Serie „Der unvergessene Krieg“ mit einer Tagebuchaufzeichnung der 12jährigen Tatjana Sawitschewa, deren gesamte Familie während der Belagerung Leningrads durch die Faschisten den Hungertod starb.

„Der unvergessene Krieg“

Massive Störmanöver gegen Fernsehserie

Bis kurz vor Weihnachten wird die jetzt beginnende Fernsehserie „Der unvergessene Krieg“ in den Dritten Programmen (außer BR) laufen, und schon jetzt kann man sicher sein, daß diese Serie ähnliche Diskussionen auslösen wird wie „Holo-caust“.

„Der unvergessene Krieg“ — das ist die Darstellung des großen Befreiungskrieges, den die Rote Armee und das sowjetische Volk gegen die Invasions-truppen Hitler-Deutschlands geführt haben. 252 sowjetische Kameraleute haben das Material für diese Serie mitten im Kampfgeschehen produziert, jeder fünft von ihnen ist dabei im Krieg gefallen.

Die Entstehungsgeschichte dieser großen Dokumentation mutet aus heutiger Sicht eher sonderbar an. Es war eine amerikanische Gesellschaft, die den „Unvergessenen Krieg“ in Auftrag gab und gemeinsam mit sowjetischen Filmstudios produzierte. Das Unternehmen wurde übrigens, wie Burt Lancaster — der als Moderator auftritt — im Vorspann erklärt, vom US-Außenministerium mit „ganzem Herzen unterstützt“, ein heute völlig undenkbarer Vorgang.

Sicher gibt diese hezlige Kooperation der beiden Supermächte bei der filmischen Aufarbeitung des wichtigsten Abschnitts im antifaschistischen Krieg zu einigem Mißtrauen Anlaß. Man kann sich leicht vorstellen, daß dabei — etwa in der Darstellung der Rolle J.W. Stalins — einiges von der historischen Wahrheit auf der Strecke geblieben ist. Aus bisher vorliegenden Beschreibungen der Serie, vor allem auch aus den wütenden Reaktionen des Strauß-Klüngels, kann man jedoch ablesen, daß der „Unvergessene Krieg“ im Wesentlichen ein korrektes Bild der Wirklichkeit des antifaschistischen Krieges vermittelt.

• Es werden die schier unglaublichen Verbrechen der deutschen Faschisten gezeigt, die insgesamt 20 Millionen Sowjetbürger — Soldaten und Zivilisten — das Leben gekostet haben. Und belegt wird diese faschistische Barbarei nicht durch dürre Zahlen, sondern durch erschütternde Bilder und Einzelbeispiele wie etwa das der 12jährigen Schülerin Tanja Sawit-

schewa, die den Hungertod ihrer gesamten Familie während der Belagerung Leningrads im Tagebuch festhielt.

• Entgegen allen Verfälschungen bürgerlicher Historiker weist die Fernsehserie nach, daß die Sowjetunion nicht nur der Hauptschauplatz des Krieges war, sondern, daß die Rote Armee auch den Hauptschlag gegen das faschistische Deutschland geführt hat. Daneben werden auch einzelne zählbare Geschichtsfälschungen entlarvt, wie etwa die angebliche Mitverantwortung der Sowjetunion für den Krieg („Hitler-Stalin-Pakt“) oder das angebliche sowjetische Massaker an polnischen Offizieren bei Katyn.

• Schließlich bringt die Serie auch die moralische und materielle Überlegenheit des sozialistischen Systems, wie es damals in der Sowjetunion bestand, über den hochgerüsteten deutschen Imperialismus zum Ausdruck.

So kann es denn auch nicht verwundern, daß der „Unvergessene Krieg“ schon vor Beginn seiner Ausstrahlung in unserem Land ein Wutgeheul bei allen reaktionären Kräften hervorgerufen hat. Der Strauß-Sender Bayerischer Rundfunk weigerte sich von vornherein, die „sowjet-russische Propagandaserie“ ins Programm zu nehmen, die vom BR-Direktor Oeller zudem noch — Gipfel der Dreistigkeit — als „Verherrlichung des Krieges“ diffamiert wurde. Aber auch der Hessische Rundfunk wird nur 6 der 20 Folgen der Serie übernehmen. Und selbst der WDR, der die Serie gekauft hat, strich fünf Folgen aus dem Programm, darunter „Partisanen“ und den letzten Teil „Der unbekannte Soldat“. Die Begründung des verantwortlichen Redakteurs Jürgen Rühle für die Streichung dieser Folge: „Das ist doch nur ein propagandistischer Zusammenschnitt von Siegesfeiern und Erklärungen der politischen Führer“. Tatsächlich aber werden in diesem letzten Teil 20 Minuten lang Greuel der Faschisten gezeigt, die von den sowjetischen Befreiern bei ihrem Vormarsch entdeckt wurden, darunter auch eine Fabrik, in der Bottiche mit Leichen standen — zur Produktion von Seife.

Der WDR hat sich aber nicht mit Streichungen begnügt. Er hat die amerikanische Fassung der Serie „frei“ übersetzt: Aus „Faschisten“ beispielsweise sind dadurch „Deutsche“ geworden. Jeder einzelnen Folge ist zudem ein „Historisches Stichwort“ von jeweils einer Viertel Stunde angehängt, in dem sich sogenannte Experten darum bemühen werden, die in der Serie dargestellten Wahrheiten wieder zu verfälschen.

Ähnlich wie bei „Holo-caust“ soll es auch vier Life-Sendungen geben, wo Zuschauer Fragen zum „Unvergessenen Krieg“ stellen können, die dann von den „Experten“ beantwortet werden sollen. Aber alle diese Vorsichtsmaßnahmen des WDR haben die reaktionären Kräfte keineswegs beruhigt. Der Bayerische Rundfunk will eine eigene Serie produzieren, die den Zweiten Weltkrieg aus deutscher Sicht darstellen soll — und das kann ja nur heißen, aus der Sicht des damaligen Deutschlands. „Bild am Sonntag“ hat eine große Kampagne begonnen, in der alle ehemaligen Kriegsteilnehmer aufgerufen sind, Briefe zum Thema „Rußland-Feldzug — wie war es damals wirklich“ zu schreiben.

Es geht hier aber nicht allein darum, daß die reaktionären Kräfte die Darstellung der geschichtlichen Wahrheit verhindern wollen. Die auf dieser Seite auszugewählte dokumentierten Schreiben, mit denen die Strauß-Partei und Soldatenverbände den WDR unter Druck setzen wollten, um eine Absetzung der Serie zu erreichen, offenbaren noch andere — und sehr aktuelle — Motive. Da ist die Rede von einer „demoralisierenden Wirkung für unsere Bevölkerung“ oder ganz offen von der Gefährdung des „Wehrwillens“, die von dieser Fernsehserie ausgehe. Hoffen wir, daß es tatsächlich so ist! „Der unvergessene Krieg“ würde dann zu einem bedeutenden Fernsehereignis, wenn er das bewirkte, was diese Leute so sehr fürchten und was ihnen gerade jetzt überhaupt nicht in den Kram paßt: Eine tiefgehende Erschütterung über die Greuel und Schrecken des Krieges, ein Nachdenken über seine Ursachen und über die Gefahr eines möglichen neuen Krieges.

„Wehrwillen auf das äußerste gefährdet“

Aus Briefen an den WDR zum „Unvergessenen Krieg“

Ring Deutscher Soldatenverbände e.V.

Bonn, den 29.8.1980
...Dieser in Rußland produzierte Film ist — wie jedes „Kunstwerk“ der Sowjets — ein hochpolitischer Film, der vor allem der Werbung für das Regime und für die Rote Armee dienen soll...

Dieser Film kann bei Menschen, die die ganze Härte des Krieges in Rußland nicht persönlich miterlebt haben, nur zu einem völlig falschen Bild führen und damit letztlich Wehrwillen und Verteidigungsbereitschaft auf das äußerste gefährden.

Die Verteidigungsbereitschaft

und der Wille, sich gegen jede Einschränkung der Freiheit oder Gefährdung des Friedens zur Wehr zu setzen, sind aber nach Auffassung aller im Bundestag vertretenen Parteien unabdingbare Voraussetzung für unsere Sicherheit und jede Form der Entspannungspolitik. Aus diesen Erwägungen heraus stelle ich für den Ring Deutscher Soldatenverbände erneut die Forderung, von einer Ausstrahlung dieser Dokumentationsserie „Der unbekannte Krieg“ Abstand zu nehmen...

Niemack,
Generalmajor a.D.



Roman Karmen, Regisseur der Serie „Der unvergessene Krieg“ (rechts) mit Burt Lancaster.

CDU/CSU- Bundestagsfraktion

Ich habe gegen die Ausstrahlung der Serie ernste Bedenken. Auch ohne Einzelheiten zu kennen, wird man davon ausgehen müssen, daß der Film — bei allen historischen, künstlerischen und technischen Qualitäten — in erster Linie den Zielen der sowjetischen Propaganda dient, denn dafür ist er geschaffen worden...

Ich befürchte eine schwere politische Desorientierung und eine halb bewußte, halb unbewußte demoralisierende Wirkung für unsere Bevölkerung, besonders der Jugend, zumal sich die Sendung über viele Folgen erstrecken und damit eine psychologische Tiefenwirkung von langer Dauer erzielen wird. Sie wird besonders bei denjenigen eintreten, die wenig Möglichkeiten gedanklicher Ausbalancierung haben, weil sie sich mit historisch-politischen Themen der Sowjetunion wenig befassen. Gerade bei diesem Publikum werden auch die kurzen „historischen Stichworte“ nur wenig Korrektur bewirken können.

Der Hinweis, unsere Bevölkerung könne die sowjetische Filmserie ebenso verkraften wie das amerikanische Publikum, verfährt m.E.

Paul Röhner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Deutscher Bundeswehrverband e.V. — gemeinsamer Ausschuß

Deutscher Bundeswehrverband e.V.
Deutscher Marinebund e.V.
Kyffhäuserbund e.V.
Verband deutscher Soldaten e.V.
= 1 Million Mitglieder

Bonn, den 30.9.1980
Sehr geehrter Herr Hübner!
Nach interner Diskussion bin ich als Sprecher des gemeinsamen Ausschusses beauftragt worden, Ihnen die Bedenken aller darin zusammengeschlossenen Verbände gegen eine Ausstrahlung der Serie mitzuteilen. Diese Bedenken bitte ich nicht

als Versuch zu werten, die Pressefreiheit in irgendeiner Weise einschränken zu wollen, die auch nach unserer übereinstimmenden Auffassung unantastbar sein und bleiben muß. Diese Pressefreiheit kann sich aber unseres Erachtens nur auf eine faire Berichterstattung erstrecken und nicht die Möglichkeit einschließen, Propaganda gegen das eigene Volk in den Medien zu veröffentlichen...

Mit vorzüglicher Hochachtung
Volland

Tips

Samstag, 12. September, 21.25 Uhr, HR III
Unternehmen Babarossa. Auftaktssendung zu der Serie „Der unvergessene Krieg“.

Samstag, 12. September, 23.05 Uhr, NDR III
Berliner Jazztage 1980. Mit dem „Sogenannten linksradikalen Blasorchester.“

Montag, 14. September, 20.15 Uhr, ARD
Strumpet City. In der neuen Folge der siebenteiligen Serie wird der Streik der Dubliner Arbeiter von der Polizei zerschlagen. In der Rolle des revolutionären Streikführers James Larkin Peter O'Toole.

Montag, 14. September, 21.30 Uhr, WDR III
21.50 Uhr, Südwest III.
Der unvergessene Krieg. Unter dem Titel „22. Juni 1941“ läuft der erste Teil der sowjetisch-amerikanischen Fernsehserie (siehe Artikel auf dieser Seite), die in einigen Sendern über 15 Folgen gehen wird. Das Datum im Titel der ersten Folge bezeichnet den Tag, an dem die Truppen der Hitler-Wehrmacht unter Bruch eines bestehenden Nichtangriffspakts in die Sowjetunion einfielen.

Dienstag, 15. September, 21.15 Uhr, WDR III
1122 Kilometer für den Frieden. In der Reihe „Frauenstudien“ zeigt Inge von Bönninghausen diesen Bericht über den Friedensmarsch skandinavischer Frauen für ein atomwaffenfreies Europa. Dem Marsch, der von Kopenhagen nach Paris führte, schlossen sich unterwegs auf Teilstrecken Zehntausende Friedenskämpfer an (Der RM berichtete wiederholt darüber).

Mittwoch, 16. September, 19.00 Uhr, Südwest III
Michael David: Ich war Neonazi. Bericht von Tillmann Scholl über einen Aussteiger aus der Nazi-Szene.

Freitag, 18. September, 16.20 Uhr, ARD
Kambodscha im Jahre 2. Reportage von Peter Krebs über das heutige Kambodscha.

Freitag, 18. September, 20.15 Uhr, WDR III
Die Interessenvertreter. Zweiter Teil einer Dokumentation der Kölner Film- und Video-Gruppe über die Arbeit von Funktionären der IGM.

Freitag, 18. September, 23.15 Uhr, ZDF
Eine Dame verschwindet. Als Alfred Hitchcock noch nicht auf dem „Psycho“-Trip war und noch in England arbeitete, gelangen ihm schöne Filme wie diese mit britischem Humor angereicherte Spionage-Geschichte.

GOTTHOLD GLOGER

Die Rheinfahrt

Als Ergänzung zu unserer Artikelreihe über die Geschichte des Friedenskampfes in der Bundesrepublik bringen wir auf dieser Seite einen Abschnitt aus dem Roman „Der gestohlene Berg“ von Gotthold Gloger. Die Handlung des Romans, der die Zeitspanne vom Vorabend des Ersten Weltkriegs bis in die 50er Jahre umfaßt, ist in den Dörfern um Gelnhausen am nördlichen Spessart angeordnet. Im Mittelpunkt steht der Kampf, den die Bauern und Arbeiter gegen die Beschlagnahme ihres Bodens für militärische Zwecke führen. Zweimal unterliegen sie dabei — gegen die Behörden des Kaiserreichs und gegen die faschistische Diktatur — und es zeigt sich, daß jedes Mal die Beschlagnahmeaktionen im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Weltkriegen gestanden haben. Beim dritten Mal, jetzt geht es gegen die amerikanischen Besatzer, ist der Kampf erfolgreich.

Unser Auszug aus dem Roman beschreibt eine Fahrt, die die Gelnhäuser im Jahr 1950 mit einem Lastwagen an den Rhein unternahmen, um dort an einer großen Friedenskundgebung teilzunehmen. Unter den Aktivisten, die diese Fahrt organisiert haben, sind der FDJ-Gruppenleiter Rudolf und sein Freund Alfred, der auch seine Eltern, Albin und Mielchen Debus, mitgenommen hat.

(Kürzungen im Text sind durch Klammern gekennzeichnet.)

„Lesen Sie eigentlich unsere Zeitung, Herr Debus“, forschte Rudolf. „So ab und zu, wenn mein Sohn mir eine mitbringt.“ — „Dann wissen Sie sicher nicht, was die Amerikaner im Rheintal vorhaben.“ — „Keine Ahnung“, sagte Debus. Rudolf kam etwas näher an ihn heran und erzählte dann: „Sie haben den Loreleifelsen mit Sprengkammern versehen. In die Felsen haben sie Stollen hineingetrieben, in denen Sprengstoffe lagern. Wenn es ihnen paßt, lassen sie alles in die Luft gehn, damit würden sie die engste Stelle im Rheintal verschütten und eine Überschwemmung verursachen. Bis zum Bodensee würde das Rheintal unter Wasser stehen, die Dörfer würden mit Mann und Maus versaufen. Aber das ist den Herren gleich, sie machen es aus taktischen Erwägungen.“

Albin fiel aus allen Wolken, davon hatte er bestimmt noch nichts gehört. „Eine Schweinerei ist das“, stieß er hervor.

„Auf demselben Standpunkt stehen die Friedenskämpfer auch, deshalb fahren wir hin, um das mal in aller Öffentlichkeit auszusprechen.“

Albin war noch ganz verstört von der Nachricht. Er drehte sich um zu seiner Frau und erzählte ihr diese ungeheuerliche Tatsache. „Denk mal, Mielchen“, fing er an. Und als er geendet hatte, seufzte sie auf. „Ich habe es dir immer gesagt“, sagte sie, „die Welt ist schlecht, und du wolltest mir das nie glauben.“

Aus allen Richtungen kamen Menschen, die gegen das schändliche Verhalten der Amerikaner protestieren wollten. Ihr Rhein war es schließlich, ein deutscher Strom. Von Heidelberg, der alten Neckarstadt voll ehrwürdiger Traditionen; vom Mannheim der Mercedes-Werke, der Farbstofffabriken, in denen sich jüngst eine Explosionskatastrophe ereignete; von dem doppelgetürmten Köln kamen sie und dem handelstreibenden Düsseldorf. Sie alle strömten zu einem Punkt, der Lorelei. Zu dem gefährdeten Berg. Und es war nicht toter Stein, der in

Gefahr schwebte, sie alle waren bedroht, wenn es nicht gelang, die verfluchten Löcher zuzuschmieren, sie wegzuwischen vom Antlitz der deutschen Landschaft.

Der gefährdete Berg, der in der französischen Zone lag, war von Panzerwagen umstellt worden. Eine Mauer aus Eisen baute sich vor ihm auf. Militärstreifen sperren die Straßen ab. Die Schiffe sogar auf dem Rhein wurden angehalten und durchsucht, aber was nutzte das schon. Dem stärksten Polizeiaufgebot selbst konnte es nicht gelingen, die Menschen zu bannen, sie aufzuhalten, deren Herzen von glühender Heimatliebe erfüllt waren.

Gegenüber von Bingen liegt Rüdesheim, das schmucke Weinstädtchen unter dem Niederwald. Wenn man von dort die Straße nach Wiesbaden entlangfährt, gelangt man in den Ort Geisenheim. Er ist den Leuten am Rhein durch seine Weinbauschule genügend bekannt. Hier hatten sie nun ihre Zelte aufgeschlagen, dicht am Ufer des Rheins auf grüner Wiese. Hier hielten alle Autos an. Das Ufer des Rheins füllte sich bald mit Menschen. (...)

Drüben auf dem Schiff sangen sie ein Lied, das weit übers Wasser schallte. Alfred machte seinen Vater darauf aufmerksam, daß es das „Weltjugendlied“ war. Der Vater legte seinen Arm um den Jungen und ging mit ihm eine Strecke auf und ab. An früher erinnerte er sich, damals, als er mit Willi auf dem Rad den Maiumzug eingeleitet hatte. Fast bei jeder Kundgebung waren sie dabeigewesen. Es war gut so, daß Alfred ihn mitgenommen hatte, fast hätte er vergessen, daß er auch noch dazu gehörte.

Zurückgebliebene sollte es in Geisenheim nicht geben, alles, was auf dem Dampfer keinen Platz mehr fand, stieg in Lastwagen ein. Man fuhr nach Rüdesheim, um sich von dort mit der Fähre übersetzen zu lassen.

Albin und Mutter Mielchen, Rudolf, Alfred und Leni, alle, die aus dem Kreis Gelnhausen waren, fanden sich auf dem Fahrzeug wieder. Sie wollten auch zusammenbleiben. Ihr Lastwagen rollte auf die große Fähre, auf der außer ihm noch zwei Personenwagen Platz hatten. Während der Überfahrt blieben sie nicht im Wagen sitzen. Sie stiegen aus und stellten sich an die Reling. Von dort konnten sie besser sehen. (...)

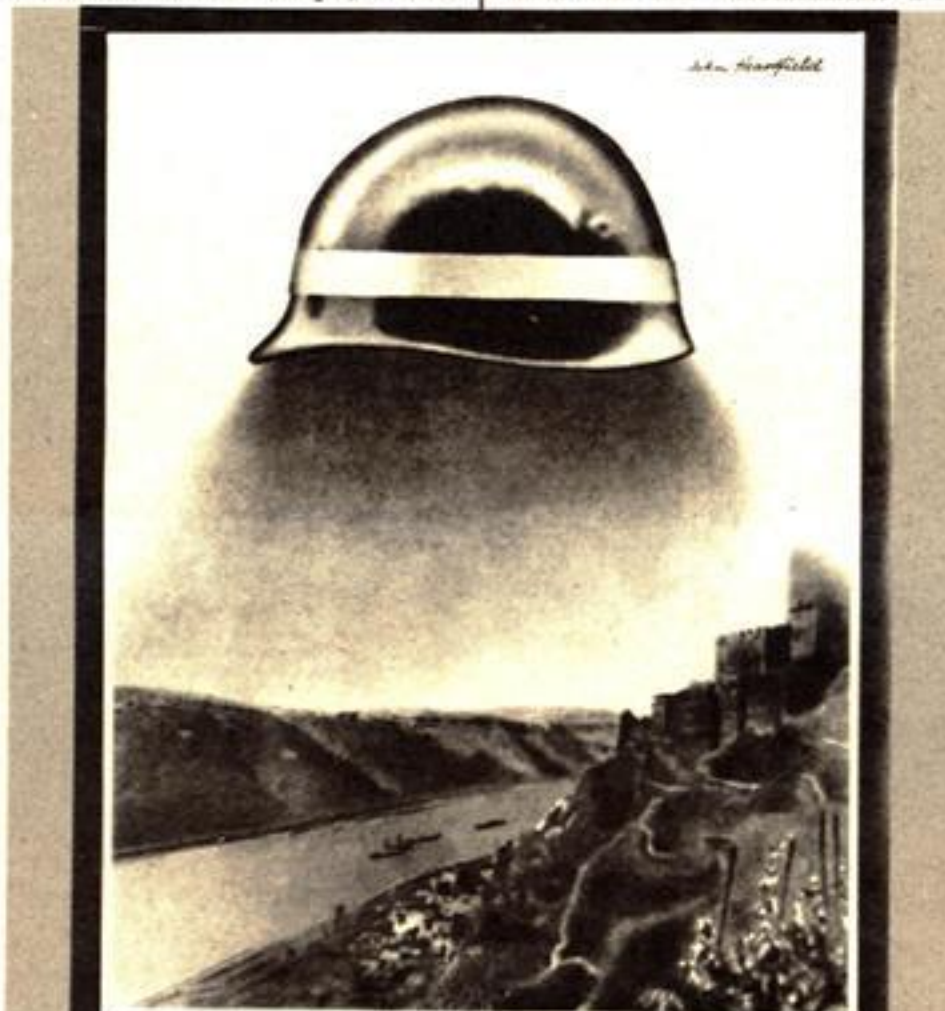
Zwischen Rüdesheim und Bingen bildete der Rhein die Grenze zwischen den Besatzungsgebieten der Franzosen und Amerikaner. Die Rüdesheimer Fähre kam also in eine andere Zone, als sie bei Bingen landen wollte. Am Landeplatz wartete schon eine dichte Kette deutscher Polizisten auf die Ankömmlinge. Hinter den Deutschen patrouillierten Gendarmen der Besatzungsmacht auf und ab, wohl um die Maßnahmen der deutschen Polizei zu überwachen.

Albin hatte als erster von allen Gelnhäusern das Polizeiaufgebot bemerkt. Das kann ja gut werden, dachte er besorgt. Mielchen, die die Gefahr nicht ahnte, sagte ganz harmlos: „Die viele Polizei, sieh mal. Ist es nicht eine Schande, am Sonntag Dienst machen zu lassen?“ Sie dachte an nichts Böses. „Die kommen zu uns, die stehen zu

unserem Empfang bereit“, klärte sie Alfred auf. „Ist das wahr?“ fragte Mielchen ungläubig den Vater. Albin nickte. „So was Ähnliches wird es schon sein“, sagte er. Nun fing die Mutter an, aufgeregt zu werden. Wenn nur nichts passiert, bangte sie. „Nehmt euch nur in acht! Seid vorsichtig“, riet sie Rudolf, der neben ihr stand, „und laßt es nicht auf eine Schlägerei ankommen.“ — „Sie brauchen keine Angst zu haben, Frau Debus“, beruhigte er sie und ging nach vorn, denn die Fähre mußte gleich anlegen. Albin hakte seine Frau ein. Er war froh, daß sie nur gesagt hatte: „Seid vorsichtig“, und nicht etwa „Geht lieber zurück“ oder sonst was.

Die Fähre lief auf dem steinigen Ufer auf. Der Fährmann sprang an Land und legte die Stahltrosse um einen Betonklotz.

Die Polizeikette stand dicht am Wasser. „Keiner verläßt das Schiff“, sagte der Wachmeister. Da drückte der Lastwagenchauffeur auf die Hupe, so daß



Weg mit der Sonnenfinsternis am Rhein!
Plakat von John Heartfield.

ihr lautes Lärmen die Rede des Polizisten übertönte. Schon fuhr ihm der Lastwagen auf den Leib.

„Zurückbleiben“, schrien die Polizisten. Der Lastwagen fuhr weiter. Links und rechts hielten alle mit ihm Schritt.

Leni war als erste durch. Dann auch Alfred. Die Jugend quetschte sich einfach an den Graujacken vorbei. Vor Albin, der das Mielchen am Arm hatte, humpelte ein Kriegsverletzter. Ein Polizist packte den Amputierten so hart an, daß er wimmernd in die Knie knickte.

Das hätte er nicht tun sollen. Albin löste sich von Mielchen, stieß den Polizisten vor die Brust, daß er wegtaumelte, und hob den Invaliden auf. Der Polizist, der sich wohl von Albin angegriffen fühlte, sprang auf ihn zu und wollte ihn abführen. Darauf schlug der Invalide mit seinen Krücken zu. Der Polizist mußte Albin loslassen und sich wieder dem Amputierten zuwenden. Die Gruppe geriet dabei in die Nähe des Stroms. Wie es kam, wußte keiner. Auf einmal zappelte der Polizist im Wasser herum. Die übrigen Polizisten sprangen zur Hilfe und zerrten ihn heraus. Unterdessen hatte die Gruppe aus Gelnhausen

sen schon den Anschluß an die anderen gefunden, und sie marschierten mit ihnen auf den Berg, den man den Rochusberg heißt.

Ein gewaltiger Zug war es, der da die Straße heraufschritt, die sich zwischen Weingärten langsam in die Höhe wand. Viele der Einwohner von Bingen winkten ihnen vom Fenster aus zu. Aber nur manche entschlossen sich, mit zur Kundgebung hinaufzuziehen. Sie fürchteten sich vor der Polizei, die der Kolonne, wohin sie auch ging, auf dem Fuße folgte. „Nun ja“, scherzte Rudolf, der neben Albin und Mielchen im Zuge schritt, „vielleicht haben sie es gerade am nötigsten, sich die Kundgebung anzuhören.“ Ihre Anhänglichkeit war bewundernswert.

Am Nachmittag verlor der Himmel seinen klaren, heiteren Blick. Er verhagelte sich mit schweren, nassen Wolken. Und als sie oben ankamen, fing es an zu gießen, als würde das Wasser mit Eimern ausgeschüttet. Es gab aber auf dem Plateau genug Bäume mit breitausladenden Ästen, um sich unterzustellen.

Von einem Wagen aus sprach der Redner. Die überhängende Plane schützte ihn vor dem Regen. Obwohl es goß, hatte sich alles um ihn versammelt. Die

sie kennen, können wir sie auch bekämpfen.“

Trotz des Regens klatschten die unter Planen und Mäntel verborgenen Menschen dem Redner Beifall. Da griff die Polizei an. Mit Überfallwagen fuhren sie dicht an die Menge heran. „Auseinandergehen“, riefen sie den Leuten zu. — „Schämt ihr euch nicht“, rief das Mielchen einem in ihrer Nähe stehenden Polizisten zu, „ihr wollt wohl den Krieg, was?“ — „Wir wollen gar nichts“, sagte der Polizist, „wir haben Befehl, die Kundgebung aufzulösen, daran müssen wir uns halten.“ — „Ihr sollt euch was schämen“, rief das Mielchen weiter. „Pscht!“ Die Freunde bedeuteten ihr, den Mund zu halten, der Redner wollte zu Ende sprechen. „Wir werden nicht ablassen, für den Frieden einzutreten. Niemand hat Lust, sich für die New Yorker Bankiers abschlagen zu lassen.“ Wieder Beifall. Jetzt machte es den Zuhörern schon nichts mehr aus, ob der Mantel verrutscht, ob die Plane heruntergefallen war. In Sprechchören riefen sie: „Friede! Friede!“ Und dazwischen die hellen Stimmen der Jungen, die „Freundschaft siegt!“ riefen.

Albin kümmerte der Regen nicht. Mehr als naß werden konnte man nicht. Im Wagen lag außerdem noch eine warme Decke, mit der man sich zur Not abdecken konnte. Er klatschte und rief: „Nieder mit Adenauer und den Kriegsbrandstiftern!“ Ein Polizeileutnant hatte diesen Ruf gehört. Da war also der Mann. Er gab fünf Leuten den Befehl, Albin abzuführen. Sie stürzten sich in die Menge und rissen Albin heraus. Alfred, der weiter abstand, kam nicht mehr zurecht, seinem Vater zu helfen. Er hörte nur, wie die Mutter rief: „Laß meinen Mann frei!“ Auch auf den Redner ging ein ganzer Trupp Polizisten los.

Männer, Frauen, alle Jugendlichen stellten sich schützend vor den Wagen. Mit Knüppeln versuchten sich die Polizisten einen Weg zu bahnen. Sie kamen nicht durch. Dabei hatten sie den Redner vor sich, direkt vor der Nase.

Und er redete noch weiter, ihnen ins Gesicht: „Wir werden weiter kämpfen. Glaubt nicht, wenn ihr eine Kundgebung auflöst, hättet ihr schon was erreicht.“ Die wütenden Polizisten zerrten an dem Menschenknäuel, es war aber nichts zu machen. Wenn sie einen weggedrängt hatten, sprangen zwei andere dafür ein. „Seht mal nach eurem Leutnant, wo bleibt er, warum schickt er euch vor, die Prügel zu beziehen.“

Einer hatte angefangen, die Internationale zu singen. Nun sangen sie alle. „Auf, auf Verdammte dieser Erde!“ Auch Albin, der abgeführt wurde, sang noch mit. Da gab es der Polizeileutnant auf, er zog seine Trillerpfeife, und die Polizisten, wie die gehorsamen Hunde, ließen ab. Dieses Lied sangen sie noch zu Ende, alle Strophen, soweit sie bekannt waren. Dann erklärte der Redner, daß die Kundgebung ordnungsgemäß geschlossen sei. „Keine Polizei hat uns davon abhalten können.“ Es hieß: „Alles in den Wagen.“ Die Rückreise wurde angetreten.

Mielchen lief von einer Gruppe zur anderen. „Wo ist mein Albin“, rief sie immer wieder. „Er wird schon noch kommen“, beruhigte sie Rudolf, „die tun ihm nichts.“

Vor Bingen, dicht vor den ersten Häusern, waren Einheiten der Besatzungsmacht mit Panzern aufgefahren. Sturmgeschütze richteten drohend ihre Mündungen auf die in aller Ordnung zurückfahrenden Lastwa-

genkolonne. In den Weingärten waren Maschinengewehre in Stellung gebracht worden. Unter französischer Aufsicht verübte die deutsche Polizei allerlei Schändlichkeiten. So warfen sie unbarmherzig alles, was sich auf den Wagen befand, auf die Straße. Auch alte und gebrechliche Leute. Wer nicht gleich ihrer Aufforderung folgte, wurde mit Fußtritten von den Wagen getrieben.

„Faschist!“ rief ein Bauer aus dem Rheintal. Ihm wurde das Gesicht blutig geschlagen, bis er liegenblieb. „Da haste deinen Faschist“, spottete einer der Polizisten noch, die ihn geschlagen hatten.

Um die Fahne zu retten, sprang Rudolf noch einmal auf den Wagen. Die Soldaten schlugen ihn mit dem Kolben nieder und ließen ihn auf der Straße liegen.

Es hieß: alle Photoapparate müssen abgegeben werden, auch die Kennkarten. Man wollte sich die Personalien merken. Eingeschüchtert, wie sie waren, zogen die Leute ihre Ausweise und ließen sie von der Polizei einsammeln.

Der Polizeileutnant lief aufgeregt die Front auf und ab. Jedesmal, wenn er an die Stelle kam, wo Rudolf lag, machte er einen anmutigen Satz und sprang drüber weg. „O Pardon“, sagte er jedesmal.

Unter den einfachen Polizisten war aber auch einer, dem sein Dienst zuwider war. Als er die Ausweise einsammelte, sagte er leise zu den Leuten: „Am liebsten möchte ich mich zu euch stellen, Kinder. Diesen faulen Zauber hier mache ich nicht mehr mit.“

„Wir glauben es dir“, sagte ein alter Arbeiter, „komm doch zu uns, so lange wie die Hitlerzeit wird dieser Spuk nicht dauern.“

Nachdem alles untersucht war, konnten sie abrücken, einzeln oder nur in Trupps zu drei Mann. Mielchen ging mit Leni und Alfred zusammen.

Unter an der Fähre trafen sie Albin an. „Na, Gott sei Dank, daß du da bist“, sagte Mielchen erleichtert. „Beim allerschlimmsten bist du noch gar nicht dabeigewesen, kannst froh sein, den Rudolf haben sie zusammengeschlagen.“ Albin vernahm, was sich dort oben bei den Weingärten alles zugetragen hatte. „Komm rüber“, riet er seiner Frau, „ans andere Ufer, auf die andere Seite des Rheins, dort wollen wir warten. Vielleicht ist es drüben nicht mehr so gefährlich wie hier.“ Das sagte er Mielchens wegen. Es hätte ja sein können, daß sie Angst hatte. Angst vor den Panzern, den Gewehren der Besatzungssoldaten. Aber wie schlecht kannte er seine Frau. Das Mielchen hatte heute vieles mit eignen Augen gesehen. Darüber war ihr der Verstand gekommen. „Erst müssen wir warten“, sagte sie, „bis die andern hier sind. Und außerdem unser Wagen, wo ist der? Ob wir nun hier oder drüben auf unseren Wagen warten, ist doch gleich. Ohne ihn kommen wir sowieso nicht nach Hause.“ (...)

Es dauerte länger als zwei Stunden, bis sich alles aus Gelnhausen zusammengefunden hatte. Der Chauffeur schimpfte. „Das nennt sich nun Freiheit“, sagte er, „und Demokratie — wenn man noch nicht einmal das Wort ‚Frieden‘ aussprechen darf, ohne daß sie einen am Kanthaken haben.“ Es stellte sich heraus, daß er mit dem Friedenskomitee gar nichts zu tun hatte. Er war nur als Fahrer der Autos gekommen. Sonst hatte er immer den Mund gehalten, „um nicht aufzufallen“, wie er sagte. „Aber das geht mir doch über die Hutschnur.“ (...)

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 37 11 Eylül 1981

Yıl: 15

1 DM

1982 bütçesi: Emekçilere yönelik yeni bir soygun

Sosyal haklarımızın kısıtlanmasına hayır!

Kamu işletmelerinde uyarı grevlerine gidildi

BONN. — Federal Hükümet, 1982 bütçe hazırlık çalışmalarını sona erdirmesiyle emekçilerin sosyal haklarına yapılacak yeni saldırıları kararlaştırmış oluyor. Şimdiye kadar görülmemiş kısıtlanmaların yapıldığı bu bütçeyle diğer şeylerin yanı sıra, çocuk parası ve memur maaşları düşürülecek, sağlık alanında kısıtlanmalara gidilecek ve işsizlik parası alabilmek için 12 ay çalışmanın şart koşulmasıyla genelinde emekçilerin zararına büyük ölçüde düşürülme olacak.

Willy Brandt gibi SPD'nin ileri politikacıları, bütçe hazırlık çalışmalarında alınan sonuçları genelinde "sosyal" olarak nitelendirmeye çalışmaktadırlar. Böyle bir değerlendirme, çalışan insanların alaya alınmasından başka bir şey değildir. 1982 yılı bütçesi için geçen hafta alınan bu kararlar, emekçilerin sosyal haklarının işverenlerin çıkarları yönünde büyük ölçüde kısıtlanması ve bütçe politikasında bir dönüşümdür. Bu politikayla hükümet partileri olan SPD ve FDP, halka düşman yüzlerini açıkça göstermişlerdir.

SPD'nin büyük sözlerle abarttığı "çalışma programı" (bu programla sözde işsizliğin giderilmesi için işyerleri sağlanacaktı) artık bir tarafa itilmiş durumda. Bunun yerine geçen hafta alınan kararlarla kapitalistler için yeni devlet yardımları öngörülmüştür. Şimdiye kadar altı ev çalışan bir işçi, işsizlik parası al-

maya hak kazanırken, bundan böyle en az 12 ay çalışması gerekiyor. Ve bunun yanı sıra hasta olup da çalışmayan işçilerin "KRANK" parasında kısıtlama yapmak için çalışmalar yapıyor.

Emekçilere yapılan bu acımasız saldırılara karşı DGB yönetiminden gelen tepki bütünüyle yetersiz kalmaktadır. Sözde DGB sendika ağaları bu kararlara karşı çıkmakla beraber, pratikte en ufak bir çabaya başvurmaktan kaçınmaktadırlar. Sadece sözde protesto etmek ve bu kararların geri alınmasını talep etmek, hiç bir şeyi değiştirmez. Bu saldırıları engelleyebilecek tek şey, sendikal gücün harekete geçirilmesidir.

Ama sermayenin olduğu gibi, DGB sendika yönetim de işçilerin ve memurların sendikal eylemlerinden çekinmektedirler.

Emekçilerin sosyal haklarına karşı girişilen bu saldırılara

ilk tepki geçen hafta kamu işletmelerinde çalışan emekçilerden geldi. Offenbach'ta yaklaşık 1000, Kassel'de 300'ün üzerinde işçi ve memur kısa süreli uyarı grevlerine gittiler. Bu eylemler somut olarak kamu işletmelerinde çalışan emekçilerin "özel kurban" olarak seçilmesine yöneliyorlardı: Bu işkolunda çalışan memurların maaşlarının istegine göre işçilerin ve sözleşmeli memurların ücretleri de kısıtlanabilecek veya dondurulabileceklerdir.

Federal Hükümet, kamu işletmeleri için planladığı bu çabalarında başarılı olursa, öze işletmelerde de ücretleri ve maaşları üç ay dondurmaya hayata geçirmeye çalışacaktır. Böylece emekçilerin sosyal haklarının kısıtlanması için Bonn'da alınan kararların yanı sıra, işçilerin gerçek ücretleri de yeniden düşürülmek istenmektedir. Başbakan Schmidt, geçen hafta sonunda yaptığı açıklamada bunu onaylıyordu ve işçilerin gerçek ücretlerinin düşürülmesinin "doğru reçete" olduğunu söylüyordu.

Emekçiler, sosyal haklarımızın işverenlerin ve silahlanmanın yararına kısıtlanmasına, ücretlerimizin düşürülmesine karşı direnelim, mücadele için işyerlerinde ve diğer alanlarda güçlerimizi birleştirelim!

(„Haushalt 82“, RM/Nr. 37)

Faşist cuntayı protesto yürüyüşüne katılalım!

Zaman : 12 Eylül Cumartesi, saat: 12,00

Yer : August-Bebel Platz, Duisburg-Hamborn

Cuntayı protesto toplantısı

Düzenleyen: "Türkiye'ye Özgürlük Komitesi"

Zaman : 19 Eylül Cumartesi, saat 14.00

Yer : Rhein-Ruhr Halle, Duisburg-Hamborn



Her hafta Cuma günü çıkar

Bu yılki 1 Eylül Anti-Savaş Günü'ne ilişkin yapılan sendikal yürüyüş ve mitinglerde KPD'li yoldaşlar, Doğu Almanya'da tutuklu bulunan komünistlerle dayanışmaya girmeye çağıran bir bildiri dağıttılar. Bildirinin yanı sıra, üstteki resimde Bremen Barış eğlencesinde görüldüğü gibi, çeşitli yörelerde enferyasyon masaları da açıldılar. Ayrıca yoldaşlar Kiel'de, ASTA ve Jusolar tarafından düzenlenen barış kongresinde, Doğu Almanya'daki tutuklu komünistlerle dayanışmaya girmeye çağıran bir imza kampanyasıyla, kongreye katılan 80 üzerindeki kişiden imza topladılar.

Heinze firmasında çalışan kadın işçilerin davaları basılıyor!

Eşit işe eşit ücret

KASSEL. — 6 Eylül günü "Heinze" firmasında çalışan kadın emekçilerin eşit işe eşit ücret talebini desteklemek için 7000 kadın ve erkek işçi yürüdü. Bu yürüyüş kadın emekçilerin eşitsizliğe karşı başkaldırışlarını simgelediği bir yürüyüş ve 9 Eylül günü Federal İş Mahkemesinde başlayacak 29 Heinze firması kadın emekçisinin davasının sonuçlarını etkileme doğrultusunda büyük bir destek oldu.

Yürüyüşe Basım ve Kâğıt Sendikası'nın yanı sıra, çeşitli sendikalarından delegeler ve işçi arkadaşlar katıldılar. Güçlü yürüyüşün bitiminden sonra "Heinze" kadın işçileri ile dayanışmayı dile getiren mücadeleci bir gece yapıldı. Bu gecede mahkemede davanın önemine değinildi ve mücadelenin sadece mahkemede davanın sonuçlarını etkilemek için değil, aynı zamanda işyerlerinde kadın ve erkek işçi arka-

daşların daha güçlü bir şekilde ortaklaşa mücadelesini sağlamak olduğu vurgulandı.

Gecede konuşan Basım ve Kâğıt Sendikası Başkanı Leonhard Mahlein şunlara değindi: "Ücret mücadeleleri işçi hareketi için birer deneyimlerdir." Ve devamla uzlaşmaz sendikal mücadelenin önemine değinerek, kapitalistleri hedefleyen konuşmasında işçi arkadaşlara şunları söyledi: "Bu düzenin

asalakları onlardır, biz değiliz." Haksız ücretlere karşı sürdürülen mücadelede kapitalistlere karşı "bir çok uykusuz geceler" hazırlamalıydı dedi. Daha sonra konuşan Basım ve Kâğıt Sendikası kadın sekreteri Gisela Kessler, Rosa Luxemburg ve Klara Zetkin'in mücadelelerine değinerek, Kadın İşçi Hareketi'nin geleneğini ele aldı. Heinze kadın emekçileri adına konuşan kadın temsilci şunları söyledi: "dayanışma ve mücadele devma ediyordur" Heinze kadın emekçilerinin başlattıkları mücadele, hepimiz için eşit işe eşit ücret talebini gerçekleştirmek için bir ilham kaynağı olmalıdır.

(„Prozess der Heinze-Frauen vor dem BAG beginnt“, RM/, Nr. 37)

Kahrolsun faşist cunta

Faşist generallerin "anarşi ve terörü durdurma", "sağa ve sola karşı" olma adı altında darbe yaparak, işçi sınıfının ve emekçi halkın siyasi ve sendikal haklarının son kırıntılarına da azgınca saldırarak, ortadan kaldırmalarından bu yana, aradan bir yıl geçti. O günden beri ülkede azgınca bir sömür, sokak ortalarında kurşunlamalar, işkence ve idamlar hüküm sürmektedir. Cuntanın işbaşına gelişinin 1. yıldönümü nedeniyle 12 Eylül'de Duisburg'ta KPD'nin yanı sıra, çeşitli anti-faşist örgütlerin çağrı yaptığı bir yürüyüş yapılacaktır.

Faşist generallerin çetesi bundan bir yıl önce yönetime zor yoluyla el koyarken, bunu "anarşi ve terörü durdurma", ve "ekonomiyi istikrara kavuşturmak" için yaptıklarını ilan etmişler. Bunun ne kadar gerçek dışı olduğunu cuntanın bir yıllık pratiği göstermektedir. Daha cunta başa gelişinin hemen ardından gözü dönmüşçesine, işçi sınıfının ve emekçi halkın kanı canı pahasına kazandığı haklara azgınca saldırı. Grev, toplu sözleşme hakkını ortadan kaldırdı. Sendikaları yasakladı. Kırım tazminatını kısıtladı ve ücretleri düşürdü... Kürt ulusu üzerindeki vahşice baskı ve katliamlarını daha da artırdı. Kısacası: İşçi sınıfına, yoksul köylülere, memurlara küçük üreticilere, gençliğe Kürt halkına ve diğer azınlık milliyetlere karşı azgınca bir baskı ve sömürü uyguladı.

Ama cuntanın azgınca terörü boşuna. 12 Mart 1971'de de gene böyle bir kez daha başlamıştı. Fakat cuntanın mezar sessizliğini sağlama çabası geçici oldu. Bu gün de sessizlik geçicidir. Çünkü halkın gerçek yaşa-

mında bir düzelmeye olmak yerine, dahada kötüleşti. Ve bugün halk içten içe kaynayan ve er geç patlayacak olan bir volkan gibidir.

Diğer yandan bu bir yıllık süre içerisinde Avrupa'da sürdürülen teşhir propagandasının sonucu bir çok insan cuntanın karakterini daha iyi kavramaya başladı. Başlangıçta cuntanın terörizme karşı başa geldiği etkili propagandası giderek geçerliliğini artık yurtdışında da yitirmekte. Çünkü ülkeden gelen her haber cuntanın halka ve devrimci harekete karşı terör estirdiğini doğrulamaktadır.

Uluslararası kamuoyunun baskısı cuntayı finanse eden devletleri, başta Almanya olmak üzere "cuntanın demokrasiye geri dönüş" vaadinde bulunmasını şart koşmaya zorladı. Bu Türkiye halkını ve dünya kamuoyunu yanıltmaya yönelik manevraya ilişkin, cuntanın başa gelişinin 1. yıldönümü dolayısıyla Türkiye Devrimci Komünist Partisi (Yurtdışı Örgütü) yayınladığı bildiride şunları yazıyor: "Sözde yeni Anayasayı ha-

zırlayacak ve parlamenter sisteme geçiş için gerekli hazırlıkları yapacak olan kurucu 'meclis', beşli çetenin emir kurallarından oluşacak faşist bir organ olacaktır. Beş genarelin seçtiği ve halkın hiç bir etkisinin olmadığı bu 'meclis' faşizmi yasallaştırmanın bir aracı olacaktır. Yeni kurulacak parlamenter sistemin ne olacağı şimdiden bellidir. Tüm yetkiler devlet başkanının ve onun altındaki bir danışma meclisinin (veya senatonun) elinde toplanacaktır. Elbet devlet başkanı da şimdiki beşli çeteden biri, büyük olasılıkla Evren olacaktır, senato ise generallerden oluşacaktır. Parlamento ise, faşizmi yasallaştırılmasını sağlayan yetkisiz bir asma yaprağından başka bir şey olmayacaktır."

Cuntanın bu konumundan dolayı, Almanya'da olan tüm anti-faşistlerin ve anti-emperyalistlerin görevi, cuntanın teşhiri-ni daha da yoğunlaştırarak, Türkiye halkının özgürlük mücadelesine destek olmaktır. Zira bugün cuntayı ABD emperyalistleri ile anlaşılarak finanse eden ve onu "meşrulaştırmaya" çalışan ülkelerden biri de Federal Almanya Devletidir.

Öyleyse darbenin 1. yılı olan 12 Eylül'ün cuntaya vurulan bir darbe olması için haydi göreve. Kahrolsun faşist cunta! Yaşasın bağımsız, demokratik Türkiye!

(„Nieder Mit der faschistischen Junta in der Türkei“, RM/Nr. 37)

HAFTANIN YORUMU!

12 Eylül 1980'de Türkiye'de gerçekleştirilen faşist darbe bir yılını doldurdu. Bu bir yıl içinde Türkiye emekçi halkı üzerindeki sömürü ve baskı alabildiğine yoğunlaştırıldı, işkence daha da sistemleştirildi, idamlar yeniden gündeme geldi, yüzlerce insan faşist diktatörlüğün resmi güçleri tarafından sokak ortalarında ve baskınlarda katledildi, yüzbinin üzerinde komünist, devrimci ve anti-faşist işkence tezgahlarından geçirildikten sonra cezaevlerine dolduruldu. Geçen bir yıl içinde Kürt ulusu üzerindeki milli zulüm on kat daha da artırdı; Kürt köylerine ardı arkası kesilmeyen baskınlar düzenlendi, çocuk yaşlı ayrımı yapılmadan insanlar toplu işkencelere tabii tutuldu.

Askeri faşist cunta iktidara el koyar koymaz, emekçilerin ekonomik ve demokratik haklarını — bu haklar çok kısıtlı olsa bile — bütünüyle kaldırdı, işçilerin sendikalarını yasakladı, yasaklanmayan bütün kitle örgütlerini kapattı. Cuntanın borazanlığını yapmayan tüm yayın organları yasaklandı. Daha doğrusu Türkiye'de emekçi halkın yararına olan her şeye "yasak" konuldu.

Ama bununla da yetinilmedi. Faşist cunta, işçilerin ücretlerini dondurdurdu, kıdem tazminatını hemen hemen bütünüyle ortadan kaldırdı, işçileri dipçik zoruyla fabrikalarda çalıştırmaya başladı. 12 Eylül 1980'den beri fiyat artışları yüzde 300'ü bulduğu halde çalışan insanların ücretleri en ufak bir kıpırdanma görülmektedir. Köylüler edindikleri ürünleri yok pahasına satmak zorunda bırakılmaktadırlar.

Cunta, faşist terör ve azgın sömürü

Kısacası: Bir taraftan alabildiğine yoğun bir sömürü, diğer taraftan giderek sistemleştirilen — ve hatta yasallaştırılan — azgın faşist bir terör. Cuntanın bir yılda getirdiği budur. Emperyalistlerin yeminli uşaklarından bundan başkası beklenemez.

Bütün bu gerçekler, cuntanın asıl hedefinin emekçi halkın sömürüye baskıya karşı mücadelesini bastırarak olduğunu açıkça göstermektedir. Emperyalistler ve onların Türkiye'deki uşakları olan komprador burjuvazi ve toprak ağaları, 12 Eylül 1980'den önce emekçi halk kitlelerinin düzene ve sivil faşist saldırılara karşı güçlü bir biçimde gelişen mücadelesini engellemek için son çare olarak cuntaya başvurmuşlardır. "Aşırı sola ve aşırı sağa karşı" olduğunu söyleyen faşist generaller, onbinlerce devrimciye ve anti-faşiste karşın, faşist cinayet örgütlerinin sadece bir grup yöneticisini tutuklamışlardır. Greve giden işçiler, iktidarı yıkmakla suçlanırken ve onlarca yıl ceza giyerken, binlerce devrimciyi ve yurtsever katleden faşist caniler bugün cuntaya muhbirlik yapmaktadırlar.

Cuntanın gerçekleştirmesinde en büyük rolü oynayan ABD ve Batı Alman emperyalistleri, 12 Eylül'den hemen sonra geniş ölçüde cuntanın propagandasını yapmaya başladılar. Diğer batılı emperyalistler ve onların hükümetleri, bunların yanı sıra Sovyet sosyal emperyalistleri de cuntayı desteklemekten geri kalmadılar. Çünkü, emperyalistlerin Türkiye'deki varlığını güvenceye alacak son araç cuntaydı. Ve cuntanın gerçekleşmesiyle beraber emperyalist sömürü daha da yoğunlaştı.

Cunta ve onun destekçileri, "demokrasiye geri dönüş", "huzur ve düzen" yaygaralarıyla Türkiye'de bir mezar suskunluğu yaratabileceklerini ve halkın muhalefetine bastırabileceklerini ummuşlardır. Gerci bunu bir dereceye kadar başarabildiler; devrimci demokrat örgütlere önemli darbeler vurabildiler. Ama teşhir olmaktan kurtulmadılar. Yurtdışında ve özellikle de Batı Almanya'da cuntaya karşı yükselen protestolar Alman ve Batı kamuoyunda cuntanın ve onu destekleyen emperyalist hükümetlerin teşhir olmasına yol açtı. Bu teşhirin sonucu batılı emperyalist ülkelerin hükümetleri, cuntaya yaptıkları askeri, ekonomik ve siyasi desteğe karşın, görünürde de olsa bazı koşullar öne sürmektedirler.

Almanya'da Türkiyeli ve Alman anti-faşistlerinin cuntayı teşhir için yürüttükleri kampanyalar ve düzenledikleri eylemler Federal Hükümet'in yanısıra, Kluncker gibi Türkiye'deki askeri faşist yönetimi destekleyen sendika ağalarını da işçiler arasında teşhir etti ve bunun sonucu sendika ağaları cuntayı desteklemekten vazgeçmek zorunda kaldılar. Ve DGB yönetimi son günlerde yaptığı "barış çağrısında" askeri yönetimlere yapılan yardımlara son verilmesini talep etti.

Yurtdışında yükselen protestolar cuntanın destekçilerini zor durumda bırakırken, yurt içinde de cuntaya karşı direnişler giderek artmaktadır. Gerci cunta, terör olmamak ve gelişen muhalefeti engellemek için basın ve terörün yanı sıra, çeşitli taktiklere, demagogik açıklamalara ve türlü manevralara başvurmaktadır. Ama hiç bir güç cuntacı generallerin yok olup gitmesini engelleyemeyecektir. Açlık ve sefaletle karşı karşıya bırakılan halk kitleleri, dipçik altında çalıştırılan işçi, ürününün karşılığını alamayan köylü, milli zulmün en azgının yaşayan Kürt emekçileri susmayacaklardır. İşçi sınıfı ve emekçi halk, geçmiş mücadelelerinden edindiği tecrübelerle ekonomik ve demokratik talepleri yönünde mücadeleyi yeniden yükseltecek ve bunları söke söke alacaktır. Türkiye halkı, Devrimci Komünist Partisi'nin önderliğinde ayaklanarak, askeri faşist diktatörlüğü yerle bir edecek ve işçi-köylü diktatörlüğünü kuracaktır.

Almanya Komünist Partisi, bugüne kadar olduğu gibi, bundan sonra da Türkiye halkının bağımsızlık, demokrasi ve sosyalizm mücadelesini desteklemeye devam edecek, Batı Alman emperyalizminin cuntaya sağladığı askeri, ekonomik ve siyasi desteği engellemeye çalışacaktır.

Kahrolsun askeri faşist diktatörlük!

Yaşasın Türkiye halkının bağımsızlık, demokrasi ve sosyalizm mücadelesi!

Cuntaya yapılan her türlü yardıma son verilmelidir!

Yürüyüş çağrısını şimdiye kadar 521 örgüt imzaladı:

Bonn'da yapılacak barış yürüyüşü büyük destek görüyor

10 Ekim'de savaşa ve silahlanmaya karşı Bonn'da yapılacak olan büyük barış yürüyüşü çağrısını 27 Ağustos ögle saatlerine kadar 521 örgüt imzaladı. Bu açıklama 27 Ağustos'ta Bonn'da yapılan yürüyüş hazırlık toplantısında yapılmıştı. Yeni bir atom sava-

Barış yürüyüşü çağrısını imzalayan 70 örgüt, Federal Almanya çapında faaliyet gösteren örgütlerdir. Ve bunların içinde ağırlıkta olan özellikle gençlik örgütleridir. Ayrıca altı eyalet gençlik örgütü (Landesjugendring) de yürüyüşü desteklemektedirler. Bunların yanısıra 100'e yakın kilise örgütü, 300 civarında yerel barış komitesi (Friedensinitiative) ve bir dizi diğer örgüt de yürüyüşü desteklemektedirler.

Özellikle sevindirici olan, DGB Merkez Yönetim Kurulu'nun, sendikaların ve sendika gençliğinin Bonn'daki barış yürüyüşüne katılmalarını yasaklamasına karşın, bir dizi sendika görevlisinin ve sendika grubunun Bonn'daki yürüyüşü destekleyeceklerine ilişkin görüş belirtmeleri ve katılıma çağrı yapmalarıdır. Bu yürüyüşün aynı zamanda silahlanma kararına, silahlanma ve savaşa hazırlık politikasına, silahlanma yararına emekçilerin sosyal haklarının yokedilmesine karşı sendikal hareketin güçlü bir protestosu olacağı daha şimdiden göz önündedir. 10 Ekim Bonn'da yapılacak yürüyüşe işletmelerden büyük çapta katılımın ne derece büyük bir öneme sahip olduğunu işçi arkadaşlara, işyeri sendika temsilcilerine ve işyeri işçi temsilcilerine açıklamalıyız ve onları bu konuda ikna etmeye çalışmalıyız. Bu, özellikle partimiz taraftarı bütün yoldaşlar tarafından yerine getirilmesi zorunlu bir görevdir.

27 Ağustos'ta Bonn'da yapılan açıklamaya göre, yürüyüş başlangıç mitingleriyle beş ayrı koldan başlayacak. Saat 11.00'de hareket geçecek olan yürüyüş kolları, saat 13.00'e doğru

Hofgarten'de olacaktı. Ve saat 13.00'de kapanış mitingi başlayacak. Diğerlerinin yanı sıra mitingdeki konuşmacılar şunlar: IGM'den Georg Benz, Heinrich Albertz, Martin Niemöller, Erhard Eppler, Petro Kelly, Uta Ranke-Heinemann. **Kültür gösterisinde programda yer alacaklar:** Udo Lindenberg, die Bots, Walter Mossmann, Hannes Wader ve diğerleri.

Eylem sırasında yapılması öngörülen diğer şeyler: Bonn'daki Münsterplatz alanında bir çocuk festivali düzenlenecek, Münsterplatz'ın çevresinde ve yakın caddelerde "olanak pazarı" adı altında sergiler açılacak ve yürüyüşe katılan örgütler bağımsız olarak kendi görüşlerini açıklayan faaliyetler yürüteceklerdir. Yürüyüş çağrısında da belirtildiği gibi, bu eyleme katılacak örgütler veya gruplar sadece ortaklaşa yürüyecek, aynı zamanda barışa olan arzu ve tutumlarını bu şekilde dile getirmek için özgürce faaliyet gösterecekler. Daha doğrusu yürüyüş esnasında herhangi bir sınırlandırmaya gidilmemektedir.

Türkiyeli emekçiler!

Bugün yaşadığımız ülke olan Federal Almanya, çeşitli nükleer silahların yerleştirildiği, daha doğrusu nükleer silahların en yoğun olarak bulunduğu bir ülkedir. Federal Almanya bugün bir barut fıçısı durumundadır ve patlamaya hazır bir bomba özelliğini taşımaktadır. Yükselen savaş tehlikesi, sadece Alman halkını değil, Almanya'da yaşayan yabancıları da aynı şekilde tehdit etmektedir. Ve savaş, sadece Almanya'da yaşayan halkı de-

şini engelleyebilecek tek güç, halk kitlelerinin mücadelesidir. Bonn'daki barış yürüyüşüne en geniş kitleyi katabilmek için şimdiden bütün gücümüzü seferber edelim.

göl, bütün dünya halklarını tehdit etmektedir. Bugün Federal Almanya'da savaşa karşı hızlı bir biçimde gelişen mücadele, ezilen halkların emperyalizme karşı verdiği mücadelenin bir parçasıdır. Çünkü, yeni bir dünya savaşıyla emperyalist ülkeler, dünyanın toprak bakımından yeniden bölüşülmesini hedeflemektedirler. Ve barış mücadelesi; sınıf mücadelesinin, ülkemizde yaşayan bütün emekçilerin sömürüye ve baskıya kar-

şı verdikleri mücadelenin bir parçasıdır.

Partimiz KPD, bütün yabancı emekçileri, özellikle de yurtdışında cuntaya karşı kararlı bir mücadele sürdüren bütün Türkiyeli anti-faşistleri ve devrimcileri 10 Ekim'de Bonn'da yapılacak yürüyüşü desteklemeye çağırılmaktadır.

(„Breite Unterstützung für die Friedensdemonstration in Bonn“, RM/Nr.37)



10 Ekim'de Bonn'da savaşa ve silahlanmaya karşı yapılacak olan "Barış Yürüyüşü"nü'nün afişi.

Emlakçılar sivil birlikler kiralyor

Ev işgalçilerine karşı sivil saldırılar yoğunlaştı

AACHEN. — Son dönemlerde polis yanısıra, ev işgalçilerine karşı sivil faşist çetelerin saldırıları da giderek yoğunlaştı. Sadece polis ve sivil faşist çeteler değil, aynı zamanda emlakçı firmaları da saldırganlar kiralayarak, işgal edilen binaları zorla boşaltma çabası içindedirler. Geçen hafta Consultation AG adında Aachen'deki bir emlakçı firması da böyle bir girişimde bulunmuş ve 40 kişilik bir saldırı grubu oluşturarak, ev işgalçilerine azgınca saldırmıştı.

Bilindiği gibi Batı Almanya'nın bir dizi şehrinde konut sorunu dayanılmaz bir hal almıştır. Emlakçı tekelleri, henüz oturulabilir durumda olan binaları yıkmakta, yerine emekçilerin ödeyemeyeceği yüksek kiralı evler yaptırıyorlar veya başka yapılar inşa ediyorlar. Örneğin Stuttgart şehrinde 20 bin kişi, kiralık ev ararken, emlakçı firmalar eski yapıları evleri ardı arkası kesilmeden yıkmaktadırlar. Bu durum karşısında evlerin işgal edilmesi bütünüyle haklı bir mücadeledir. Ve bu mücadele partimiz tarafından desteklenmektedir.

Birçok sorun gibi, konut sorunu da, bu sorunun giderek dayanılmaz bir hal alması serma-

yenin ve onun temsilcisi Federal Hükümet'in emekçilere karşı izlediği sözde "sosyal politika"dan kaynaklanmaktadır. Hükümet, emekçilerin konut sorununun çözümü için en ufak bir önlem almadığı gibi, ev spekülasyoncularının ekmeğine yağ sürmekte, milyonlarca milyonlar katmaktadır. Diğer taraftan da ev ve arsa spekülasyoncularının işini kolaylaştırmak için ev işgalçilerinin haklı mücadelesini polis birlikleri vasıtasıyla bastırmaya çalışmaktadır. Bugün ev işgalçileri hakkında yüzlerce dava açılmıştır. Kitleleşen tutuklamalara gidilmiştir ve tutuklananların birçoğu bugün henüz cezaevinde yatmaktadır.

Ama spekülasyonlar sadece

resmi güçlerin desteğini almamaktadır. Onlar aynı zamanda sivil faşist çetelerden de destek almakta ve bu çeteleri ev işgalçilerinin üzerine saldırtmaktadırlar. Son dönemlerde gazete ve radyo aracılığıyla ev işgalçilerine karşı sivil saldırılar yoğunlaşmıştır. Sivil saldırılar, emlakçıların işgal edilen evleri boşaltmak için sivil saldırganlardan oluşan birlikler kiraladığı ve bunların vasıtasıyla da ev işgalçilerine saldırdıkları görülmektedir. Aachen şehrinde bir emlakçı firması olan Consultation AG, her birine 300 DM ödediği 40 kişilik sivillerden oluşan bir saldırı grubuyla — ki bu saldırganların içinde çok sayıda faşistin olduğu söylenmektedir — işgal edilen bir binaya girmiş, kapı ve pencereleri, binanın içindeki diğer malzemeleri tahrip ederek, ev işgalçilerini sopalayarak zorla dışarı çıkarmak istemiştir.

Saldırı esnasında olay yerine gelen 200 kişilik polis birliği, saldırganlarla beraber ev işgalçilerini avlamaya çalışmıştı. Ama, televizyon kameralarının olay yerine gelmesi üzerine boşaltma işlemine son verilmişti. Bunun üzerine olaya el koyan Aachen

savcılığı, "meskene tecavüz" ve "yaralama" suçlarından sadece saldırganlar hakkında değil, aynı zamanda saldırıya uğrayan ev işgalçileriyle saldırganları aynı kefeye koyması, diğer taraftan polis saldırganları yanında yer alması, devlet güçlerinin emlakçı tekellerinin yanında nasıl yer aldığını açıkça göstermektedir.

Türkiyeli emekçiler!

Bugün konut sorunuyla en çok karşı karşıya kalan yabancı emekçilerdir, özellikle iltica talebinde bulunan insanlardır. Yabancılar en kötü evlerde oturmakta ve en yüksek kiralarda ödemektedirler. Ev bulamayan bir yabancı yurtdışı edilmekle tehdit ediliyor. Diğer sorunlarımızın çözümünde olduğu gibi, konut sorunumuzun da çözümü için Alman ve yabancı emekçiler olarak birlikte mücadele edelim. Sorunlarımızın çözümü, ancak birlikte vereceğimiz mücadeleyle mümkündür.

Ev işgalçilerine yönelen sivil ve resmi saldırılara son!

(„Schlaegertruppe gegen Hausbesetzer“, RM/Nr. 37)

Tüm Neofaşist örgütler yasaklanmalıdır!

Faşist NPD'nin yasaklanmasının önemi

SON BÖLÜM

Yazımızın ikinci bölümünde NPD'nin açık terörist Nazi Çeteleri ile olan ilişkisini açıklamıştık. Bu yazıda ise resmi varlığı nedeniyle doğal parlamenter ve

Faşist NPD'nin ajitasyonunun önemli ağırlık noktalarından birini yabancılara karşı sürdürdüğü şöenist, ırkçı kışkırtmacılık oluşturmaktadır. Ve bu propaganda NPD'nin Federal seçim kampanyasının ana içeriğini oluşturmaktaydı. Son dönemlerde ise NPD tarafından yönlendirilen ırkçı Bürgerinitiative Ausländer Stop (Yabancıları durdurma Halk İnisiyatifi) ağırlığı Ruhr bölgesinde olmak üzere Almanya çapında geniş bir yabancı düşmanlığı faaliyeti yaygınlaştırmaya başladı. "Yabancılar dışarı!" — Bu slogan bu gün henüz duvarlarda yazılı. Bu sloganla gerici güçleri yabancılara karşı hareketi geçirmeyi amaçlamaktadırlar.

Böylesi bir kışkırtma faşistlerin değişmeyen silahlarından biridir. Daha 1920 yıllarında faşist NSDAP (Milliyetçi Sosyalist Alman İşçi Partisi) parti programında yabancılara karşı durulmasını ve son dönemlerde gelen göçmenlerin ise sınır dışı edilmesini taleptiyordu. Ve tüm bu bilinen örneklerin en aşırı is, korkunç sonuçlara yol açan, Yahudilere karşı sürdürülen kışkırtmacılıktı.

İşte bu gün yabancılara karşı izlenen çizgide aynı çizgidir. Bu çizgi ile işçi sınıfını bölmeyi, gerici düşünceleri uyandırmayı ve gerçek ortak düşmana, yani Alman sermayesine ve onun devlet cihazına karşı sürdürülen mücadeleyi saptırmayı amaçlamaktadırlar. Ve bu kışkırtma bu gün tam da ekonomik ve sosyal buhranın derinleştiği, işsizliğin milyonlarca insanı kapsadığı bir dönemde adım adım yoğunlaştırılmaktadır. Buhran dönemlerinde işçi sınıfının bölünmesi kapitalistler için hayati öneme sahiptir. İşte bu dönemde her işçi arkadaş da iş yerini kaybetme korkusunun başlaması ve böylece geçimini sürdürmesi, bir boyun derdi haline gelmesi ile birlikte, onların böyle bir yabancı düşmanlığı propagandasından etkilenme olasılıkları daha büyüktür. Çünkü sürdürülen yabancı düşmanlığı propagandası ile buhranın ve işsizliğin sorumluları olarak yabancılar gösterilmektedir.

İşte buhranın giderek derinleştiği bu dönemde böyle bir propaganda, yani yabancı işçileri buhranın ve işsizliğin sorumluları olarak göstererek işçi sınıfını bölmeyi ve sorunların esas kaynağından uzak tutmayı başarmak kapitalistler için tam da yerinde olan bir propagandadır. Ve Bonn'daki partiler de açıkça söylemeye genelinde cesaret etmeseler bile içlerinden bu duruma seviniyorlar. Çünkü böylece onlar da bu zor durumdan kurtarılmış ve pis işlerini kendilerinin yerine faşistler üstlenmiş olacak. Bundan dolayı da faşistlerin ağıttan açığa faşist bir diktatörlük kurma taleplerini ileri sürmeleri ve yaygınlaştırmaları, aynı şekilde onların da siyasi planlarına tamamen uymaktadır.

NPD'nin yasaklanması için kitlesel eylemler örgütlenmelidir

Görüldüğü gibi devletin faşist NPD'nin resmi olarak varolmasında gerçek bir çıkarı vardır. Ve devletin bu çıkarından dolayı NPD'nin yasaklanması sağlanamaz. Bu talebin gerçekleşmesi için demokratik kamuoyunun baskısı ve özellikle işçilerin ve işçi örgütlerinin bu talep doğrultusunda hareketi geçirilmesi gerekmektedir. Bu baskının yapılmasının imkanı vardır. Ve bu doğrultuda sendikalar içerisinde ilk adım atılmıştır. Örneğin; "Nazi terörü durdurulmalıdır" imza kampanyası 15 000 kişi destekledi. Fakat diğer yandan bu gün mücadele nin önünde aşılması gereken engellerde vardır. Örneğin bu mücadeleyi, büyük etkileri olan sendika yöneticilerinin desteklememesi gibi. Faşistlere karşı mücadelede böyle bir engel olmasaydı, DGB'nin Münih Ekim Şenliği faşist katliamına ilişkin acıklı tutumu düşünülmezdi.



Faşist örgütlerin yasaklanması talebi her tarafta yükselmektedir.

Faşistlere oldukça geniş bir güç karşıdır. Bu karşılık ifadesini onlara karşı ortaklaşa hareket etmede bulmalıdır. Eğer faşistlere karşı ortaklaşa hareket edilmeseydi, o zaman bu adım için gerekli olan tüm görevleri küçümsememeliyiz. Bunun için NPD'nin hedeflerini, karakterini, önemini ve buna karşı atılacak adımların aydınlığa kavuşturulması için bir faaliyetin sürdürülmesi gerekmektedir.

Çeşitli dönemlerde Nazilere karşı olan bunlara karşı ne yapılması gerektiğini düşünen bir çok insan tarafından anti-faşist mücadele ve ajitasyon üzerine belirli sorular sorulmaktadır. Bu tür sorular aynı zamanda faşist NPD'nin "niçin" ve "nasıl" yasaklanması gerektiği üzerine konuşulduğunda da gündeme gelmektedir. Bu iki soru tamamen birbirinden farklı iki ayrı konuyu sorulardır. Ve bu sorulara bakış sık sık burjuva propagandasının etkisini gösterdiğinden dolayı, dikkatli cevaplandırılması gerekmektedir.

NPD'nin yasaklanması gereksiz mi?

Bu noktada sorunlardan birisini, NPD'nin yasaklanması ile, Nazilerin daha tehlikeli olabileceği korkusu oluşturmaktadır. Çünkü illegalite şartlarında onları "izlemek" daha güç olacak

prensip olarak yönetme hakkına sahip bir alternatif olarak ele alınan bir faşist partinin hakim sınıflar ve onların devlet için oynadığı rolü ortaya koyacağız.

ve onlara karşı büyük bir zorlukla adım atılabilmemiştir. Bu gerekçelendirmeyi sık sık resmi makamlardan da duymaktayız. Bu gerekçelendirmenin ne kadar çürük bir gerekçelendirme olduğu şimdiye kadar ki ayrıntılı açıklamalarımızdan açığa çıkmış olması lazımdır.

Devlet hemen hemen kendi izlenimlerinden çıkan sonuçları, Nazilerin caniyane faaliyetlerine karşı bir tedbir almak için hiç bir zaman kullanmamaktadır. Bir çok izlenim sonuçlarını kamuoyuna karşı açıklamamaktadır. Ve faşistlerin bu caniyane faaliyetlerinin teşhirini ise resmi makamların tüm engellemelerine karşın demokratik çevreler yapmaktadır.

Fakat bunlardan daha da önemlisi, daha bu günden bile Naziler kendileri gerekli görüldükleri yerde illegal çalışmaktadırlar. Bundan dolayı silah ve patlayıcı madde deposunu yakan legal Nazi partisi değildir.

ler. "Evet bu gün resmi olarak boykot etmeye gerek duyulmasın diye, uğruna cesur yüreklerimizin mücadele ettiği, acı çektiği ve kanını akıttığı savaşı bir kez daha belleğimizden silip çıkarmaya yemin ettik" diyordu komünist şair Erich Weinert 1946 yılında. Hitler faşizmi ikinci dünya savaşında bir çok ülkeyi yakıp yıkp çöle çevirmişti. Ve bunu bu gün bize ve kendilerine Hitler barbarlığından canlarını kurtaran ve Hitler birlikleri tarafından ülkeleri çöle çevrilen halklar henüz sormaktadırlar. Ve bu nedenle Almanya da yaşayan her anti-faşistin, özel olarak anti-faşistlerinin görevi, faşist propaganda ve eylemlere mücadele etmemektir.

NPD Hitler'in izleyicisidir

NPD'nin Hitler'in izleyicisi olduğu konusunda birliği sağlamış olsak bile, bu gene yeterli

"...Komünist canileri idam edin!..." (NPD Federal Yönetim Kurulu üyesi Dröse, Göttingen 1978) "...Kızıl Cephe yok olmalıdır! Bu slogan bu gün tüm Almanya'ya yayılmaktadır." (NPD elemanı, H. Gerlach, Göttingen 1978) "Yalnızca askerlerin ölmesi, bir halka bireylerin kendisine ne kadar sadık olduğunun, görevlerini yerine getirme ve fedakarlık borcunun ölçütüdür. Bunun için yeminlerine ve emirlere sadık kalarak Almanya için hayatlarını kaybedenleri derin saygılarımızla anıyoruz. Onların halka, devlete ve tarihe ilişkileri ne kadar tabiidir, bizimki de öyle olmalıdır." (NPD-Gazetesi, "Deutsche Stimme", 2/76)

"NPD henüz küçük bir partidir. Fakat yandaşlar tarihe geri baktığımızda, geçmişte hareketimizin bir kez daha küçük olduğunu, daha sonra gelişip ve kimsenin durduramadığı bir se gibiyi büyüdüğünü görürüz..." (NPD'li bir bin başı Lindner, Dortmund 1981).

Görüş ve hedeflerinde NPD Hitler'in partisinin izleyicisidir.

Bunun içinde 14.2.1978 tarihinde Baden Württemberg Mannheim İdari Mahkemesinin "NPD'nin Federal Anayasa Mahkemesinin adalet sınırları dahilinde, anayasaya aykırı hedefler güttüğü ispatlanmıştır" Bu tür açıkça yanlış olan ve faşizmi himaye ve ona destek sağlayan kararların temeli, ancak NPD'nin siyasi olarak yasaklanması ile ortadan kaldırılabılır.

Devletin planları boşa çıkarılmalıdır

Faşist eylemlerin açıkça yasaklanması, devletin kendisini "sağa ve sola karşı" demokrasinin temsilcisi olarak gösterme demagogisini hazırlamasını zorlaştıracaktır.

Eğer devlet faşist NPD'yi yasaklamaya ve buna bağlı olarak faşist düşünce hazinesini ve faşist tedbirleri kanun dışı kılmaya zorlanırsa, bununla sadece faşist Nazi örgütlerinin her türüne ve entrikalarına karşı mücadele daha da kolaylaştırılmış olmakla kalmaz, bununla aynı zamanda anti-faşist ve demokratik mücadele için esas olarak daha iyi bir zemin yaratılmış olur. Çünkü bu adım atılmasıyla devletin temsilcisi partiler maskelerini düşürmeye zorlanmış olacaktır. Ve bu noktada onların faşistlere karşı söz ve eylemlerinin ne derece ciddi olduğu, böyle bir yasaklama adımı ile ölçülebilir. Bir yasaklama eylemi ile kurulu burjuva partileri içeresindeki, özellikle sağcı, en gerici kampın Neofaşizmi ile arasındaki sınırları daha da belirsiz hale getirme ve faşist düşüncüyü "normal" burjuva demokrasisinin sınırları içine alma çabaları boşa çıkar-

ılmış olur. Tüm gerici güçler prensip olarak gerici tedbirlerin uygulanmasını ve somut biçiminden bağımsız olarak bir faşist diktatörlük kurma hazırlığının yapılmasını istiyorlar. Bunn için tüm bu güçler faşistlerin faaliyetlerinin resmîleştirilmesini istiyorlar. İşte bu nedenle NPD'nin yasaklanmasının sağlanması tüm gerici güçlerin bu adımlarını zorlaştıracaktır.

Böylece NPD'nin yasaklanması için sürdürülen mücadele, aynı zamanda devletin faşistleştirilmesine karşı verilen mücadeleye de katkıda bulunacaktır.

Fakat burada şu tehlikede göz ardı edilmemelidir. Eğer sağa karşı bir adım atılırsa, o zaman sola karşı daha sert tedbirlerle başvurulmaya çalışılacaktır.

İşte bu bugün faşistlere karşı "mücadele"nin boş bir şey olduğu dönemde, tam da sola karşı uygulanıyor. Bu gün artık resmi makamların şu sözleri her tarafta duyulmaktadır: "Eğer Neonaziler yasaklanacaksa, o zaman (komünist) örgütler de yasaklanmalıdır." Resmi makamların bu caniyane insanlık düşmanlarını, onların en kararlı muhalifleri olan komünistlerle aynı kefeyle koyma adımlarını sadece bir takım tanıtılarla yürütmek yetmez. Aynı zamanda NPD'nin ve tüm Neofaşist çetelerin yasaklanmasının pratikte de olumlu sonuçlar vermesine ve net kararları içermesine dikkat edilmelidir. Bu gene demokrat güçlerin yaygınlaştırabilecekleri baskıya bağlıdır.

Öyleyse Almanya da Neofaşistlerin faaliyetlerinin gerçekten yasaklanması için harekete geçelim. NPD'nin Dortmund'da yaptığı "Almanya Buluşması" ile odak noktasına ulaşan faşist provokasyonları cevapsız bırakmıyalım. Faşistlere karşı, NPD'nin yasaklanması ve Nazilerin cezalandırılması için sendikaları, Halk Komitelerini v.b. örgütleri seferber edelim. Gericiğe, faşizme ve savaşa karşı en berrak politik temeli olan anti-faşist kitle örgütü, Halk Cephesi'nin faaliyetini destekleyelim. Şimdiden NPD'li faşistlere resmi makamlar tarafından hiç bir caddenin, meydanın ve salonun bir daha verilmemesini sağlayalım. Bu tür talepler NPD yasaklanmadan da gerçekleştirilebilir. Ve NPD'nin yasaklanması talebini daha geniş kitlelere mal etmek için böylece eylemlerden faydalanmalıyız. Örneğin bu noktada NPD'nin 18 Eylül'de Iserlohn'da yapacağı Kuzey Ren Westfalen Eyalet Parti Kongresi'ni hatırlatmak istiyoruz.

Ayrıca tüm anti-faşistler, önemli bir tarih olan, Münih Ekim Şenliği faşist katliamının 1. yıldönümü, 26 Eylül'de Almanya'nın tüm şehirlerinde faşist eylemlerin yasaklanmasının gerekliliğini bir kez dah vurgulayalım. Bu konuda Neofaşizmin her türüne karşı direnişin ilan edildiği bir gün olması için katkıda bulunalım!

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen"ı... sayısından itibaren ismarlamak istiyorum

● Yıllık 60 DM ● 6 aylık 30 DM ● Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellinhofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.